



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 16. September 2019**,
in der Welser Stadthalle stattgefunden

35. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.01 Uhr.
Ende der Sitzung: 20.11 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 34. Sitzung des Gemeinderates vom 01.07.2019 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 04.09.2019 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Mitteilungen

Bgm. Dr. Rabl: Ich habe heute eine traurige und eine erfreuliche Mitteilung zu machen. Die traurige liegt darin, dass wir Gemeinderätin Sybille Prähofer aus diesem Gremium verabschieden müssen. Wie wir alle wissen, ist sie als Vorständin in die Welser Heimstätte gewählt worden und hat dort eine neue, sehr verantwortungsvolle Aufgabe für die Stadt Wels wahrzunehmen. Zu dieser Aufgabe wünschen wir ihr alles Gute. Was ihre Tätigkeit im Gemeinderat betrifft, wird es ja noch eine eigene Laudatio geben.

GR. Prähofer hat sozusagen als „junges Küken“ 2015 in diesem Gremium begonnen, hat sich aber sehr schnell in alle Materien und Ausschüsse eingearbeitet. Sie war daher nicht nur immer bestens vorbereitet, sondern konnte auch sehr viele Anregungen geben, was anders, besser gemacht oder noch geprüft werden soll. Sie war ein sehr aktives Gemeinderatsmitglied, das durch regelmäßige Redebeiträge auffiel und erfüllte die Tätigkeit als Gemeinderätin in diesem Gremium vorbildlich. Jeder im Gemeinderat weiß, es reicht nicht aus, es gibt noch eine Tätigkeit als Gemeinderat außerhalb des Gremiums. Sie ist in vielen gesellschaftlichen Bereichen in dieser Stadt aktiv. Ich bedanke mich daher an dieser Stelle für das laufende Kommunizieren mit den Bürgern, das Näherbringen der gefassten Beschlüsse, das Erklären, das Dasein als Anlaufstelle für die Sorgen unserer Bürger. Wir bedauern ganz besonders, dass uns Frau Gemeinderätin Prähofer verlässt. Aber sie ist nicht „aus den Augen – aus dem Sinn“, denn sie wird regelmäßig zu den Anlässen als Vorstandsmitglied der Welser Heimstätte eingeladen werden. Deswegen werden sich noch viele Gelegenheiten ergeben diesmal nicht die Interessen aller Welser, aber jedenfalls die Interessen der Mieter der Heimstätte - einige tausende - wahrzunehmen. Ich bin mir sicher ihre Arbeit wird nicht weniger und sich nicht wesentlich unterscheiden. Danke daher an dieser Stelle.

Ich komme jetzt zum erfreulichen Teil:

Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates
Verf-015-A-7-2019

Nach dem Verzicht von GR. Sybille Prähofer ist deren Mandat im Gemeinderat neu zu besetzen. Nach den Bestimmungen der O.ö. Kommunalwahlordnung wurde Andreas Weidinger in den Gemeinderat nachberufen, welcher die Berufung angenommen hat. Das vorgereichte Ersatzmitglied StR. Peter Lehner hat auf eine Nachberufung verzichtet.

Das neue Mitglied des Gemeinderates ist daher in der heutigen Sitzung anzugeloben.

Nach § 10 des Statutes der Stadt Wels haben neu berufene Mitglieder vor dem versammelten Gemeinderat ein Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten. Ich ersuche sie daher sich von ihren Plätzen zu erheben.

Zur Angelobung darf ich den Herrn Magistratsdirektor um Verlesung der Gelöbnisformel ersuchen.

Der Herr Magistratsdirektor liest vor:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

Andreas Weidinger: Ich gelobe.

Bgm. Dr. Rabl: Vielen Dank für dieses Gelöbnis. Ich ersuche sie wieder Platz zu nehmen. Lieber Andreas, dein Platz ist dir sicher bekannt.

Nachwahl der Ausschüsse des Gemeinderates
Verf-015-W-21-2019

Bgm. Dr. Rabl: Aus Anlass des Verzichtes von GR. Sybille Prähofer hat die ÖVP-Gemeinderatsfraktion einen Wahlvorschlag für die Nachwahl in die Ausschüsse des Gemeinderates eingebracht. Dieser betrifft die sonstigen Ausschüsse. Die Wahl ist in Fraktionswahl vorzunehmen; stimmberechtigt sind die Mitglieder der ÖVP-Gemeinderatsfraktion. Der Wahlvorschlag liegt auf.

Der Wahlvorschlag (Anlage 1) wird in Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

Anfragen

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an Stadträtin Margarete Josseck-Herdt betreffend Kindergarten Verf-015-W-18-2019

Sehr geehrte Frau Stadträtin Josseck-Herdt!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

1. Bereits in den Anfragebeantwortungen vom 16.10.2017 und 09.07.2018 wurde darüber Auskunft gegeben, dass eine wissenschaftliche Evaluierung der Sprachförderung im Kindergarten kommen wird. Leider gibt es nun diesbezüglich keine weiteren Informationen.
 - a. Wann ist mit einer Evaluierung zu rechnen?
 - b. Wer wird die Evaluierung durchführen?
2. Im Generationenausschuss vom 20.11.2017 wurde bereits angekündigt, dass eine Anfrage an das Land Oberösterreich gestellt wurde, um die Liste außerordentlicher SchülerInnen zu erhalten, anhand derer die konkreten Verbesserungen bei den Sprachkenntnissen abzuleiten sind.
 - o Gibt es diese Liste bereits und wenn ja, was ist das Ergebnis?
3. Kindergärten in der Pernau
 - a. Wie lautet der genaue Zeitplan für den Neubau bzw. die Sanierung der Kindergärten in der Pernau?
 - b. Wann wird mit dem Bau des Kindergartens auf dem neu erworbenen Grundstück in der Pernau begonnen?
 - c. Wann wird das Gebäude in der Lessingstraße abgerissen?
 - d. Wann übersiedeln die Kinder der Lessingstraße in einen anderen Kindergarten?
 - e. Wann ist mit dem Neubau in der Lessingstraße zu rechnen?
 - f. Wird der Kindergarten Herderstraße ebenfalls ausgebaut? Falls ja, wie ist der Zeitplan?

StR. Josseck-Herdt: Bereits in den Anfragebeantwortungen vom 16.10.2017 und 09.07.2018 wurde darüber Auskunft gegeben, dass eine wissenschaftliche Evaluierung der Sprachförderung im Kindergarten kommen wird. Leider gibt es nun diesbezüglich keine weiteren Informationen.

Wann ist mit einer Evaluierung zu rechnen? Dies ist abhängig von der Vergabe an eine externe Institution bzw. einer internen Auswertung. Ein nächster persönlicher Termin mit der Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz ist für den 25.09.2019 vereinbart. Bei diesem Termin wird eine mögliche Vorgangsweise und Umsetzung besprochen.

Wer wird die Evaluierung durchführen? Im Frühjahr 2019 wurde bei drei Hochschulen, Universitäten angefragt (Universität Wien, Salzburg und Linz). Bei einer externen Vergabe wurde die Pädagogische Hochschule der Diözese Linz präferiert. Das Team um Forschungsleiter Hochschulprofessor Mag. Dr. Emrich Boxhofer zeigt Interesse und hätte auch die nötigen Ressourcen zur Evaluierung.

Im Generationenausschuss vom 20.11.2017 wurde bereits angekündigt, dass eine Anfrage an das Land OÖ gestellt wurde, um die Liste außerordentlicher SchülerInnen zu erhalten, anhand derer konkrete Verbesserungen bei den Sprachkenntnissen abzuleiten sind. Gibt es diese Liste bereits, wenn ja, was ist das Ergebnis? Wir haben die Liste der außerordentlichen Schüler vom Land erhalten. Ein Rückschluss auf eine Verbesserung der Sprachkenntnisse ist allerdings nicht möglich.

Kindergärten in der Pernau: Wie lautet der genaue Zeitplan für den Neubau bzw. der Sanierung der Kindergärten in der Pernau? Die Planung, Einreichung und Ausschreibung an den Generalunternehmer sollen bis Ende 2019 fertiggestellt sein. Die Vergabe und der Baubeginn erfolgen im Frühling 2020.

Wann wird mit dem Bau des Kindergartens auf dem neu erworbenen Grundstück in der Pernau begonnen? Mit dem Bau des Kindergartens Negrellistraße wird im Frühjahr 2020 begonnen.

Wann wird das Gebäude in der Lessingstraße abgerissen? Der Abriss des Gebäudes in der Lessingstraße soll direkt nach der Übersiedelung in den Kindergarten Negrellistraße erfolgen. Geplant ist eben das erste Quartal 2021.

Wann übersiedeln die Kinder der Lessingstraße in einen anderen Kindergarten? Die Kinder aus dem Kindergarten Lessingstraße übersiedeln fix in den Kindergarten Pernau neu in der Negrellistraße. Geplanter Termin: Frühjahr 2021.

Wann ist mit dem Neubau in der Lessingstraße zu rechnen? Der Neubau in der Lessingstraße soll 2021/2022 errichtet werden.

Wird der Kindergarten Herderstraße ebenfalls ausgebaut? Falls ja, wie ist der Zeitplan? Für den Kindergarten Herderstraße ist zum jetzigen Zeitpunkt kein Ausbau geplant. Nach Übersiedelung der Kindergartenkinder werden die vier Hortgruppen aus der Lessingstraße in die Kinderbetreuungseinrichtung Herderstraße übersiedeln.

GR. MMag. Rumersdorfer: Danke für die Beantwortung. Wenn die Kinder der Hortgruppen in die Herderstraße übersiedeln, was passiert mit den Kindern in den Kindergartengruppen? Müssen diese weichen?

StR. Josseck-Herd: Diese kommen im neuen Kindergarten Negrellistraße unter.

GR. MMag. Rumersdorfer: Die Kinder von der Herderstraße?

StR. Josseck-Herd: Ja, wenn der gesamte Ausbau vollzogen ist.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die Anfragebeantwortung.

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an Stadträtin Margarete Josseck-Herdts
betreffend Schäden am APH Vogelweide
Verf-015-W-24-2019

Sehr geehrte Frau Stadträtin Josseck-Herdts!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

1. Welche Art von Schäden sind bis jetzt am APH Vogelweide bekannt?
2. Seit wann weiß man von den Schäden?
3. Wurde bereits ein Verfahren eingeleitet um die Schäden zu beheben?
4. Wann ist mit der Behebung der Schäden zu rechnen?
5. Wer wird für die Kosten aufkommen?

StR. Josseck-Herdts: Antwort zu Frage 1: Aktuell bekannt sind vier Schäden – Wasserschaden im Keller, Wasserschaden an der Untersicht der Fassade über dem Parkplatz, Wassereintritt bei Fensterbänken im dritten und vierten Obergeschoss und Wassereintritt bei der westlichen Fassade.

Antwort zu Frage 2: Die ersten drei Schäden wurden Anfang April d.J. vom Haustechniker des Hauses Vogelweide Laahen entdeckt. Die Risse an der westlichen Fassade wurden im Jahr 2018 erstmals entdeckt.

Antwort zu Frage 3: Am 10.04.d.J. wurden von der Dst. Seniorenbetreuung Maßnahmen getroffen um die Zuständigkeit zu ermitteln und in der Folge das weitere Vorgehen besprochen. Wie z.B. Schadensmeldungen, Einbindung der Welser Heimstätte, des Generalunternehmens, der Versicherungen und des Facilitymanagements der Stadt Wels.

Antwort zu Frage 4: Der Wasserschaden im Keller wurde bis auf die Erneuerung von Teilen der Lüftungsanlage behoben. Für die Behebung des Schadens an der Untersicht der Fassade über dem Parkplatz benötigt das Facilitymanagement noch die Prüfungsergebnisse der Versicherung. Mit der Freigabe ist unmittelbar zu rechnen. Der Wassereintritt bei den Fensterbänken im dritten und vierten Obergeschoß ist bereits behoben. Der Schaden an der westlichen Fassade liegt im Zuständigkeitsbereich der Welser Heimstätte. Diese lässt sich in der Sache anwaltlich vertreten. Es wurde bereits ein Beweissicherungsantrag gestellt, um die Schadensursache zu ermitteln. Je nach Ergebnis kann der Schaden frühestens im Frühjahr 2020 behoben werden. Nach Abschluss der Prüfungsarbeiten der Sachverständigen wird das Gerüst vorübergehend entfernt.

Antwort zu Frage 5: Teile der durchgeführten Schadensbehebungen wurden bereits von der Versicherung geprüft und übernommen. Diese Sanierungsarbeiten wurden bereits durchgeführt. Die Behebung des Schadens an der Untersicht der Fassade über dem Parkplatz sowie des Schadens an der Lüftungsanlage im Keller wird gerade von der Versicherung geprüft. Ihre Stellungnahme wird in den nächsten Tagen erwartet. Die Behebung des Wassereintritts an den Fensterbänken wurde im Kulanzweg durchgeführt

und verursachte uns keine Kosten. Die Ursache des Schadens an der Fassade wird, wie schon unter Punkt 4 angeführt, bei Gericht von Sachverständigen ermittelt.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für diese umfangreiche Anfragebeantwortung.

Anfrage der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an Stadträtin Margarete Josseck-Herdts
betreffend elementarpädagogischer Einrichtungen der Stadt
Verf-015-W-27-2019

Sehr geehrte Frau Stadträtin Josseck-Herdts!

1. Wie sieht der momentane Personalschlüssel in den Kindergärten der Stadt Wels aus und wie veränderten sich diese Zahlen mit jeweiligem Stichtag 1. Oktober und jetzt (2017, 2018, 2019)?
 - a. Anzahl der betriebenen Gruppen je Kindergärten samt Gruppengröße
 - b. Anzahl der betriebenen Krabbelstübchengruppe samt Gruppengröße
 - c. Anzahl der alterserweiterten Gruppen samt Gruppengröße
 - d. Beschäftigte Pädagoginnen (Vollzeit und Teilzeit samt Stundenausmaß) je Kindergarten
 - e. Beschäftigte Helferinnen (Vollzeit und Teilzeit samt Stundenausmaß) je Kindergarten
 - f. Wie viele Stellen sind im Moment nicht besetzt?
 - g. Anzahl der Kinder in Betreuung je Kindergarten / Krabbelstube aufgeschlüsselt nach Betreuungsausmaß
2. Wie ist der aktuelle Stand bei der Nachmittagsbetreuung?
 - a. Wie viele Kinder besuchen in den einzelnen Kindergärten die Nachmittagsbetreuung?
 - b. Wie viele Kindern konnte in diesem Jahr kein Krabbelstübchenplatz zugewiesen werden?
 - c. Wie vielen Kindern konnte beim Erreichen des Kindergartenalters kein Kindergartenplatz zugewiesen werden?
3. Haben Eltern, die nicht berufstätig sind, jetzt Anspruch auf Nachmittagsbetreuung, wenn sie dafür zahlen? Dürfen deren Kinder auch dort Mittagessen?
4. Wie steht es um die bereits seit mehreren Jahren angekündigte wissenschaftliche Evaluierung der Sprachförderung?
 - a. Konnte bereits jemand dafür gewonnen werden?
 - b. Wenn ja, wann darf man mit Ergebnissen rechnen?
 - c. Wenn nein, warum nicht?
5. Wie viele Kinder sind momentan in der Sprachförderung?
 - a. Wie viel Prozent der Kinder mit Sprachförderbedarf sind auch in der Nachmittagsbetreuung mit Stand Herbst 2019?

Bgm. Dr. Rabl: StR. Josseck-Herdt wird diese Anfrage mündlich in der nächsten Sitzung beantworten.

Anfrage der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an Bürgermeister Dr. Andreas Rabl
betreffend das Konzert der „Böhsen Onkelz“ am 07.09.2019
Verf-015-W-28-2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

1. Welche Kosten, die dem Konzert der „Böhsen Onkelz“ am 7. September zuzuschreiben sind, verbleiben bei der Stadt und somit bei der Allgemeinheit und in welcher Höhe werden diese an die Veranstalter weiterverrechnet?
2. Welche Abteilung und Dienststellen waren mit der Vor- und Nachbereitung bzw. während der Veranstaltung befasst?
3. Welche Abteilungen und Dienststellen wurden vorab in die Gespräche mit den Veranstaltern beziehungsweise mit der Exekutive und den Rettungsorganisationen eingebunden?

Bgm. Dr. Rabl: Für die Umsetzung des von der Polizei erstellten Verkehrskonzepts sind der Stadt Sach- und Personalkosten entstanden. Nach § 32 Straßenverkehrsordnung sind die Kosten der Anbringung und Erhaltung von Einrichtungen zur Regelung und Sicherung des Verkehrs, die wegen der Benützung der Straßen zu verkehrsfremden Zwecken angebracht werden müssen, vom Inhaber der Bewilligung zu tragen und werden die Personal- und Sachkosten von der Dst. BauT dem Veranstalter derzeit mit einer voraussichtlichen Höhe von 4.959,00 Euro in Rechnung gestellt. D.h. dafür bekommen wir alles zurück was wir verauslagt haben. 4.959,00 Euro erhalten wir zurück unter der Voraussetzung, dass der Veranstalter nicht insolvent wird, wovon ich derzeit nicht ausgehe.

Mit dem Veranstalter wurden bereits im Vorfeld folgende Leistungen betreffend die Abfallentsorgung, die Bereitstellung und Reinigung von Abfallbehältern sowie die Muldenbereitstellung mittels LKW in der Höhe von 1.576,10 Euro vereinbart. Diese Leistungen werden zur Gänze dem Veranstalter in Rechnung gestellt. Das sind diese eindeutig zuordenbaren Kosten für Leistungen aus der Abfallentsorgung.

Der Stadt Wels sind zusätzliche Kosten für Reinigung bestimmter Wege zu und vom Konzertgelände in der Höhe von 7.139,- Euro entstanden. Voraussetzung für eine Verrechnung dieser Kosten ist eine zweifelsfreie Zuordnung des Verursachers. Da eine genaue Zuordnung welche Verschmutzung von wem verursacht wurde nicht möglich ist, kann eine Verrechnung dieser Reinigungskosten rechtlich nicht erfolgen.

Die Personalkosten der Stadt als Rechtsträger der Bewilligungsbehörde für die Durchführung der behördlichen Verfahren nach dem Oö. Veranstaltungssicherheitsgesetz einschließlich der Anwesenheit eines Behördenvertreters bei der

Durchführung der Veranstaltung vor Ort trägt die Stadt Wels. Gemäß Tarifposten 18 Oö. Landes-Verwaltungsabgabenverordnung hat der Veranstalter für die Erlassung eines Veranstaltungsbescheides eine Verwaltungsabgabe in der Höhe von 48,-- Euro zu entrichten. Auch trägt die Stadt Wels die Kosten für die Anwesenheit von drei Personaleinheiten des Katastrophenschutzes vor Ort am Tag der Veranstaltung. Eine Weiterverrechnung an den Veranstalter ist rechtlich nicht möglich.

Welche Abteilungen und Dienststellen waren mit der Vorbereitung und Nachbereitung während der Veranstaltung befasst? – Verwaltungspolizei, Verkehrsrecht, Liegenschaften, Straßenmeisterei, Kommunale Dienste.

Welche Abteilungen und Dienststellen wurden vorab in die Gespräche mit den Veranstaltern beziehungsweise mit der Exekutive und den Rettungsorganisationen eingebunden? Ebenfalls Verwaltungspolizei, Verkehrsrecht und Kommunale Dienste, auch der Herr Magistratsdirektor war im Vorfeld eingebunden sowie mein Büroleiter Mag. Paul Hammerl.

Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Klimaveränderung – Maßnahmen der Stadt Wels
Verf-015-I-31-2019

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

GR. Mag. Teubl: FPÖ und ÖVP bringen also heute einen Dringlichkeitsantrag zum Thema Klimaschutz ein. Man könnte daraus schließen, dass auch sie endlich erkannt haben, dass Klimaschutz eine sehr dringliche Angelegenheit ist. Dann wäre nur interessant warum ihnen diese Erkenntnis ausgerechnet erst am letzten Freitag um 11.25 Uhr gekommen ist und nicht schon zwei Wochen vorher, also zu jenem Zeitpunkt, zu dem regulär Anträge eingebracht werden können. Eine meines Erachtens sehr wohl meinende Mutmaßung wäre, sie hätten vielleicht am Donnerstagabend ferngeschaut und auf ORF 1 die hochinteressante Dokumentation zum Klimawandel gesehen und sich daraufhin gesagt, na wenn das so ist, dann müssen wir endlich auch etwas tun. Aber auch das glaube ich nicht wirklich, denn ich denke die meisten waren ja beim Festbieranstich und hatten keine Zeit.

Bgm. Dr. Rabl: Herr Mag. Teubl, sie sollten zur Dringlichkeit und deren Begründung sprechen, nicht zu Sache selbst. Das habe ich noch nicht erkannt.

GR. Mag. Teubl: Ja, es geht um die Dringlichkeit. Ich glaube nämlich, das ist ganz anders gelaufen. Sie haben vor zwei Wochen unsere zehn Anträge zum Thema Klimaschutz erhalten und dachten sich, „uui das ist aber blöd“.

Bgm. Dr. Rabl: Herr Mag. Teubl, ich weiß sie hören das ungern. Sie sollen zur Dringlichkeit sprechen.

GR. Mag. Teubl: Nein, sie unterbrechen mich jetzt nicht!

Bgm. Dr. Rabl: Oje – Herr Mag. Teubl, die Dringlichkeit ist relevant.

GR. Mag. Teubl: Die Dringlichkeit ist deshalb nicht gegeben, weil sie vor zwei Wochen genauso wussten was notwendig ist. Sie wollten nur mit diesem Antrag uns zuvorkommen. Diese zehn Anträge kommen ihnen jetzt nicht zurecht. So kurz vor der Wahl, wo alle über das Klima reden, wollen sie auf diesen Zug aufspringen. Da hatten sie die rettende Idee wir machen einen eigenen Antrag, schreiben alle Überschriften ab, alles was die GRÜNEN fordern, aber wir formulieren es so, dass wir anschließend eh wieder nichts tun müssen.

Bgm. Dr. Rabl: Herr Mag. Teubl, die dritte und letzte Aufforderung zur Dringlichkeit.

GR. Mag. Teubl: So war der Antrag fertig, er liegt uns nun vor. Er ist an Inhaltlosigkeit kaum zu übertreffen.

Bgm. Dr. Rabl: Herr Mag. Teubl, ich erteile ihnen den ersten Ruf zur Sache.

GR. Mag. Teubl: Das was sie hier machen mit diesem Dringlichkeitsantrag ist Populismus. Sie springen auf einen fahrenden Zug auf, sie wollen den Leuten sagen was sie hören wollen, aber nichts Konkretes tun. Sie sind die Maulhelden der Klimapolitik. Schöne Worte, schöne Plakate

Bgm. Dr. Rabl: Herr Mag. Teubl, der zweite Ruf zur Sache.

GR. Mag. Teubl: Sie setzen keine konkreten Maßnahmen. Jetzt wollen sie auch noch diesen Antrag am Beginn der Sitzung behandeln. Das hat es in der Geschichte des Gemeinderates zumindest die letzten Jahre nicht gegeben. Eine Vorziehung der Behandlung dieses Antrages lehnen wir ausdrücklich ab.

Bgm. Dr. Rabl: Herr Mag. Teubl, sie strapazieren heute wirklich die Geduld des Vorsitzenden!

GR. Mag. Teubl: Ja, sie strapazieren auch meine Geduld.

Bgm. Dr. Rabl: Das ist ein demokratisches Recht, das wir ausüben. Ich erteile ihnen jetzt den dritten Ruf zur Sache! Danach entziehe ich ihnen das Wort.

GR. Mag. Teubl: Ich schließe nun meine Ausführungen wie folgt ab. Meine Damen und Herren, wenn sie unseren zehn Anträgen zustimmen, dann ist der Dringlichkeitsantrag ohnedies obsolet, denn dann hat sich nicht nur der Inhalt erübrigt, sondern sie sind noch viel weiter gegangen und haben tatsächlich etwas für den Klimaschutz getan. Wenn sie unseren Anträgen nicht zustimmen, was ich eher annehme, dann ist klar gestellt, wo hier im Gemeinderat die Populisten sitzen. Am Ende der Sitzung können wir diesen Antrag, den ich als Nebelgranate bezeichnen würde, gerne diskutieren. Aber ihn jetzt schon am Beginn der Sitzung vorzuziehen, dagegen sprechen wir uns ganz heftig aus. Wir werden dem Antrag zwar die Dringlichkeit zuerkennen, aber diesem Geschäftsordnungsantrag, so wie sie ihn jetzt formulierten, nicht zustimmen.

Bgm. Dr. Rabl: Danke schön, wenngleich ein Großteil ihrer Wortmeldung nicht die Dringlichkeit betraf. Der großzügigen Vorsitzführung ist es geschuldet dies hinzunehmen.

Dem Antrag (Anlage 2) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Weil es unmittelbar Einfluss auf die Tagesordnung hat, kommen wir zur Abstimmung über den Antrag diesen Dringlichkeitsantrages zu Beginn der Sitzung zu behandeln.

Der Antrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion den Dringlichkeitsantrag zu Beginn der Sitzung zu behandeln wird mit

gegen 19 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
12 Nein-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
angenommen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Ich bin froh heute dieses durchaus wichtige Thema im Gemeinderat lang und breit diskutieren zu können. Herr Mag. Teubl an sie gewandt – Klimaschutz ist nicht etwas, was die GRÜNEN erfunden hätten oder wofür sich die GRÜNEN besonders einsetzen. Klimaschutz ist etwas, was uns alle angeht. Sie können mir glauben, dass aus meiner Sicht alle Gemeinderäte gleichermaßen besorgt sind über die Auswirkungen der Klimaveränderung unabhängig davon wie das Verhältnis der Klimaveränderung entsteht, also ob der Mensch oder die Umwelt mehr zu dieser Klimaveränderung beitragen, sind doch die Folgen dieser Klimaveränderung für alle durchaus sichtbar.

Sie alle wissen, dass das Klima der langjährige Mittelwert von Wetterdaten ist. Es zeigte sich gerade in den letzten Jahren, gerade die Sommer sind heißer und die Winter sind wärmer und milder geworden. Das ist einmal eine Bestandsaufnahme, die für uns in Österreich gilt, die vielleicht nicht überall auf der Welt gilt, weil es auch sehr schwierig ist in diesem komplexen System der unterschiedlichen Klimadaten tatsächlich zu verlässlichen validen Werten zu kommen. Ich suchte es mir heraus, etwa 7.200 Messstationen gibt es auf der ganzen Welt. Daraus wird es abgeleitet. Davon sind aber 4.000 nur in den Vereinigten Staaten und der große überwiegende Rest in Europa. D.h. wir haben kaum Klimadaten was die Meerestemperatur und das Meeresklima betrifft. Dieses ist ja doch der Großteil unserer Erdoberfläche, weshalb eine ganz verlässliche Aussage zur Entwicklung des Klimas nicht konkret möglich ist.

Unabhängig davon – das sei schon gesagt – hat es Klimaveränderungen immer gegeben. Das Thema und der Unterschied sind, dass sie nicht so rasch erfolgten wie jetzt. Das indiziert naturgemäß schon, dass ein Teil dieser Klimaänderung von Menschenhand verursacht wurde, wenngleich wir auch nicht wissen welcher Anteil und wodurch. Das kann man natürlich auch untermauern wenn man überlegt, dass der CO₂-Anteil vor etwa 500 Mio. Jahren zwanzigmal so hoch war wie jetzt, dann wissen wir eines schon relativ sicher, dass nur ein Teil des jetzigen Klimawandels durch CO₂ verursacht

worden ist. Die von mir zitierten Daten sind jene, die verschiedene Institutionen herausbrachten. Eine Quelle habe ich natürlich für jedes Datenmaterial mitgenommen, wenn es jemanden interessieren sollte.

Wir wissen auch, dass der CO₂-Anteil seither ständig gesunken ist und jetzt etwa 0,04 % der Luft ausmacht. Damit möchte ich sagen, wir erkennen in der raschen Veränderung des Klimas, dass darin ein von Menschenhand gemachter Anteil steckt, sonst würde sich das Klima nämlich langsamer verändern. Diese langsame Veränderung des Klimas, die wir wie gesagt bereits öfters erlebt haben, hätte der Natur die Möglichkeit gegeben sich an diese Klimaveränderung anzupassen. In der Vergangenheit ergab eine Klimaveränderung immer wieder eine neue Art der Entstehung aber auch ein Artensterben war damit verbunden je nachdem, ob sich die Organismen an diese neuen Klimaveränderungen anpassen konnten oder nicht.

Das fällt jetzt weitgehend weg, weil derzeit die Natur diese Möglichkeit nicht mehr hat sich in wenigen Generationen an diesen Klimawandel anpassen zu können. Das muss uns natürlich Sorgen machen. Wir haben daher beschlossen und beraten was wir konkret in der Stadt Wels gegen diese Klimaveränderung tun können. Dazu möchte ich schon noch ein paar Dinge anmerken, es ist auch aus der Begründung des Antrages zu entnehmen.

Die CO₂-Emissionen von Österreich liegen bei 0,2 %, in Europa bei 9,3 %. Wenn man sich insgesamt ansieht, wie hoch der Anteil des durch Menschenhand gemachten CO₂ liegt, dann liegt er insgesamt bei 4 %. 96 % des CO₂ sind natürlichen Ursprungs. Dazu kommen Themen wie das Auftauen des Permafrosts, das ja sehr große CO₂-Mengen freisetzen soll, wo wir noch nicht genau wissen, wie wir mit diesem Bereich tatsächlich umgehen sollen. Also große Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Klimadebatte stellen. Das soll aber nicht verhehlen, dass wir als Stadt Wels unseren Beitrag leisten können. Wenngleich ich trotzdem glaube, es ist immens wichtig, dass hier die Weltgemeinschaft Anstrengungen macht etwas an dieser Klimaveränderung, insbesondere am CO₂-Ausstoß zu verändern, weil ein Großteil dieser CO₂-Emissionen nicht in Österreich gemacht werden. Die ganze EU produziert 9,6 % des CO₂, der ganz große Anteil dieses CO₂ wird in China und in den Vereinigten Staaten produziert. D.h. wenn wir diese Länder nicht davon überzeugen können, dass sie mitmachen sollen bei einem Schutz des Klimas bzw. bei einer Reduktion des CO₂-Ausstosses, wird es relativ schwierig hier Erfolge zu verzeichnen.

Aber auch kleine Erfolge sind Erfolge, deswegen ist es aus meiner Sicht durchaus wichtig, uns als Stadt dazu zu bekennen. Es ist völlig klar, der sinnvollste Klimaschutz ist jener, der zusätzlichen Grünraum und zusätzliche Bäume schafft. Deswegen, weil gerade die Pflanzen im Wege der Photosynthese diese CO₂-Bindung ermöglichen, weshalb neue Wälder, neue Bäume, neue Grünflächen den CO₂-Anteil in der Luft verringern. Gerade deswegen sollten bei uns die Alarmglocken schrillen wenn wir hören, dass tausende Hektar Wald im Amazonas-Gebiet abbrennen oder dass gerade in Russland riesige Wälder durch Waldbrände zerstört werden und eigentlich völlig unkontrolliert sich dieser Brandherd dort ausdehnen kann, weil die Witterungsbedingungen so sind wie sie sind.

Das macht es für uns schwierig all diese Aspekte als Stadt mit zu berücksichtigen. Wir glauben aber trotzdem, dass Klimawandel sehr viel mit Bewusstsein zu tun hat, vor allem was die Maßnahmen betrifft, die man dagegen unternehmen kann, weshalb wir der

Meinung sind, dass wir einen Klimabeauftragten im Rahmen der Koordinierungsstelle im Magistrat beschäftigen und etablieren sollten. Die Aufgabe dieses Klimabeauftragten liegt darin, gerade diese Klimaaktivitäten zu akkordieren und zu koordinieren. Sie wissen alle, wir sind Mitglied des Klimaschutzverbandes. Dort zahlen wir einen nicht unerheblichen Mitgliedsbeitrag, der von der Bevölkerungszahl abhängt. Es gibt immer wieder gemeinsam mit dem Klimaschutzverband Veranstaltungen. Vzbgm. Huber kann davon berichten, dass wir Aktivitäten in der Stadt Wels durchaus regelmäßig umsetzen.

Ein zweiter wesentlicher Punkt um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, ist die Reduktion der Verbrennung fossiler Energieformen; das hat eng mit dem Mobilitätskonzept zu tun und mit dem öffentlichen Verkehr. Hier sind wir der Meinung, dass ein Schwerpunkt naturgemäß auch in der Förderung genau dieses öffentlichen Nahverkehrs liegen sollte. Einerseits durch die Attraktivierung der Linienführung, andererseits durch bessere Informationskanäle, günstigere Fahrpreise. Hier präsentierten Dr. Csar und Klaus Hoflehner erst kürzlich eine Initiative, wie aus unserer Sicht das funktionieren kann. Eine Initiative, die der Stadt Wels übrigens sehr viel Geld kostet. Was gerade sie Herr Mag. Teubl interessieren sollte, weil sie sagen, wir geben nur Placebo-Wortmeldungen ab und verstricken uns im puren Populismus. Das kann ich so nicht nachvollziehen. Hätten sie gelesen was wir hier präsentiert haben, dann wüssten sie auch, dass es ein tatsächlich umsetzbarer Plan ist und es auch ein Plan ist, der für die Stadt Wels trotz der hohen Kosten gerade noch leistbar ist.

Ein weiterer Bereich betrifft den Radverkehr und die Förderung desselben. Auch hier haben wir neue Initiativen gesetzt, weil ich zutiefst überzeugt davon bin, dass es neue Mobilitätsformen im Radverkehr braucht. Der Grund warum heute ein Rad nicht verwendet wird liegt überwiegend darin, dass sehr viele Benutzer die Unsicherheit dieser Fortbewegungsart kritisieren und sagen, es gibt keine Ausgewogenheit zwischen Auto- und Radfahrern und dieses Risiko, gerade wenn es sich um Jugendliche oder Kinder handelt, nicht eingehen wollen. Deswegen ist es erforderlich infrastrukturelle Maßnahmen zu ergreifen. Auch hier wurde mit den neuen Radleitlinien, die wir im Gemeinderat gemeinsam beschlossen haben, bereits ein Weg aufgezeigt, wie das funktionieren kann. Damit verbunden ist ebenso eine Erhöhung des diesbezüglichen Budgets.

Dass wir Zahlen wie andere Städte nicht sofort erreichen können sondern dies als Ziel definieren, sei uns nachgesehen, weil wir einfach einen Budgetprozess haben, wo es sehr viel aufzuholen gibt, weshalb nicht alles sofort und gleich erledigt werden kann sondern wir in anderen Bereichen aus meiner Sicht Handlungsbedarf haben. Der Kinderbetreuungsbereich ist eine der großen und wichtigen Baustellen dieser Stadt. Aber auch beispielsweise der Zustand der Welser Straßen. Auch da gibt es noch genug Sanierungs- und Investitionsbedarf, weshalb wir eine ausgewogene Verteilung der Budgetmittel benötigen.

Eine weitere Notwendigkeit ist sicher die Schaffung von zusätzlichen Parkflächen bzw. die Errichtung von zusätzlichen Baumalleen oder überhaupt die Pflanzung von Bäumen. Warum ist das so ein wesentlicher Teil? Das ist etwas, wo wirklich die Stadt Wels, unabhängig von den dramatischen Aussagen, von Lippenbekenntnissen und den von ihnen so kritisierten Populismus, Herr Mag. Teubl, die Möglichkeit hat tatsächlich aktiv in das Mikroklima einzugreifen weil wir wissen, es gibt Untersuchungen welchen großen Unterschied es macht gerade bei der Erwärmung von Gebäuden und Straßen, ob schattenspendende Bäume daneben stehen oder nicht. Jetzt ist mir trotzdem klar, dass

nicht überall und sofort Bäume gepflanzt werden können. Bäume haben den Nachteil oder auch den Vorteil, dass sie nur in der natürlichen Geschwindigkeit wachsen, abhängig vom Untergrund, Boden, Witterungsverhältnissen etc. Weshalb so eine Entwicklung langfristig ist und wir hier sehr wohl von den Bürgermeistern Jahrzehnte oder Jahrhunderte davor profitieren. Wie ich weiß sind noch einige Platanen, die im Volksgarten stehen, gepflanzt worden von Bürgermeister Schauer. Also man merkt, wie nachhaltig auch damals schon die Bürgermeister gedacht haben, vielleicht nicht in Bezug auf den Klimawandel aber doch jedenfalls in Bezug auf die Errichtung von Parkanlagen und dass das zu einer Lebensqualität der Welser Bevölkerung beiträgt. Die Schaffung von zusätzlichen Parkanlagen ist jedenfalls ein richtiger Schritt in die richtige Richtung, wo die Stadt Wels selbst etwas einbringen kann. Vielleicht „springt“ mir hier Vzbgm. Huber auf die Seite indem sie bestätigt, dass derzeit und in den letzten Jahren so viel Geld in die Parkanlagen fließt wie nie zuvor. Deswegen konnten wir schon sehr viel tun und auf den Weg bringen. Einiges liegt noch vor uns – aber auch hier geht nicht alles auf einmal und es kann nicht alles sofort gemacht werden, sondern nach Maßgabe der vorgesehenen budgetären Mittel.

Ein weiterer Punkt ist das angemessene Verhältnis zwischen bebauter Fläche und Grünfläche, um im Bereich des Wohnbaues und bei Betriebsbauflächen das Bewusstsein für ausreichenden Grünraum zu schaffen. Aber hier ist Peter Lehner als Stadtrat und zuständiger Referent sicher Vorreiter gewesen, der die Notwendigkeit frühzeitig erkannte und daher gerade bei den Bebauungs- und Flächenwidmungsplänen entsprechende Schritte einleitete. Jetzt gab er sogar eine neue Richtlinie heraus, die es jedem Bauwerber ab einer bestimmten Größe bzw. wenn gewisse Voraussetzungen vorliegen verpflichten derartige Grünräume zu schaffen bzw. mitzufinanzieren. Auch das ist ein Weitblick, den ich mir in anderen Städten oft wünschen würde. Ich glaube, es ist nicht jede Dienststelle oder Abteilung so gut geführt wie jene Planungsabteilung in Wels. Schaut man sich beispielsweise in Wien um, was dort zum Teil passierte, dann kann man sich nur fragen wie denn das wohl möglich ist. In Wels ist es anders. Es werden Grünräume mitgeplant, das ist durchaus der richtige Weg.

Weiters ist es naturgemäß sinnvoll und erforderlich, dass der Magistrat sich selbst bei der Nase nimmt. Das haben wir schon früh begonnen, sie alle können sich erinnern, Bgm. Dr. Koits rief zur damaligen Zeit die „Energiehauptstadt Wels“ aus. Damals wurde ein großes Projekt gestartet. Es gab schon frühzeitig das Bekenntnis bei Gebäudeneubauten oder Gebäudesanierungen besonders auf den CO₂-Ausstoß, die Klimaverträglichkeit und die Energieeffizienz zu achten. Wir sind als Stadt Wels weit voran vor allen anderen und leisteten in diesem Bereich sehr viel. In den vergangenen Jahren wurden diese Beschlüsse immer wieder berücksichtigt. Das betrifft natürlich auch Revitalisierungsarbeiten in anderen Bereichen. Wenn wir heute den Fuhrpark modernisieren ist damit auch eine höhere Effizienz des Fuhrparks verbunden. Das betrifft auch den Verbrauch von fossilem Brennstoff und den Ausstoß von CO₂, weshalb ich auch hier glaube, dass wir am richtigen Weg sind.

Die Dachbegrünungen und die Fassadenbegrünungen sind ebenfalls Bestandteil einer Klimastrategie deswegen, weil sie dazu beitragen, dass Flächen bei Gebäuden nicht so heiß werden, weil dieses Grün in den Flächen die Hitze nimmt. Deswegen müssen wir zur Bewusstseinsbildung der Investoren beitragen.

Diese beispielhaft aufgezählten Maßnahmen tragen durchaus dazu bei auf dem richtigen Weg zu sein und ich ersuche diesbezüglich um eine Debatte.

GR. Hufnagl: Sie erlauben mir meine Ausführungen zu diesem Dringlichkeitsantrag aber auch gleichzeitig zu den Tagesordnungspunkten 1., 9. und 15.-25. vorzubringen, weil sich die Themen irgendwie überschneiden. Beginnen möchte ich mit der Klimaleitstelle und dem Klimaschutzbeauftragten, der in diesem Dringlichkeitsantrag sozusagen angegeben ist. Einen Antrag zur Einrichtung einer Klimaleitstelle gab es ja schon mehrmals - zuletzt im Frühjahr 2017. Damals sprachen wir NEOS uns ganz klar dafür aus.

Unsere Argumentation war, es gibt bereits einen Beschluss des Gemeinderates aus dem Jahr 2013 zum Thema Energiestadtconcept Wels, der nie umgesetzt wurde. Stellen sie sich vor, vor sechs Jahren hat man eine solche Klimaleitstelle bereits gefordert und einen Beschluss gefasst, nur wurde dieser nie umgesetzt.

Jede Verwaltungsebene ist gefordert ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Auch das habe ich hier schon erwähnt, d.h. wir sind der Meinung, dass so wie die Stadt oder die Gemeinde ihren Beitrag leisten muss, so müssen auch das Land, Österreich und Europa ihre Beiträge leisten, damit wir alle die international vereinbarten Klimaschutzziele erreichen. Fakt ist, Klimaschutz geht uns alle an und nicht nur den Bund sondern ganz besonders den Kommunen.

Leider wurde 2017 dieser Antrag abgelehnt, soweit ich mich erinnern kann mit den Stimmen von FPÖ und ÖVP. Ein paar Zitate sind mir aus der damaligen Gemeinderatsitzung in Erinnerung geblieben, und zwar „Wir haben schon vor Jahren gesagt, dass diese von uns gesetzten Ziele nicht erreichbar sind, also versuchen wir das gar nicht.“ oder „Darum hat das Land neuerlich die Ziele nach unten gesetzt.“ usw.

Nun sind wieder zwei Jahre vergangen und nichts ist geschehen. Die Dringlichkeit hat sich enorm erhöht. Kaum ein Tag vergeht, an dem man nicht von irgendwelchen Katastrophen hört. Menschen ertrinken in Überflutungen, sterben bei Wirbelstürmen, werden aus ihrer Heimat vertrieben, weil dort Dürre herrscht aufgrund des fehlenden Regens. Wenn es dann doch einmal regnet, hat man Überschwemmungen, Erdbeben usw.

Auch ohne Messstellen merkt man das. In Grönland schmelzen halt die Gletscher und irgendwelche Inseln im Pazifik gehen unter. Zur Erkennung braucht man nicht unbedingt eine Messstelle. Auch in Österreich wird es immer wärmer. Wir haben jetzt den zweitwärmsten Sommer hinter uns. Wenn es regnet haben wir ebenfalls Probleme mit Überschwemmungen. Gerade für die FPÖ müsste der Klimaschutz ein ganz großes Thema sein, weil in Zukunft dadurch auch die Flüchtlingsströme steigen werden. In Zukunft werden die Menschen nicht nur vor dem Krieg fliehen, sondern weil es in ihren Ländern kein Trinkwasser und keine Nahrung mehr gibt aufgrund des fehlenden Wachstums.

Gilt das alles nichts, dann sollte man zumindest auf die Strafzahlungen ein Auge haben. Wir werden 11 Milliarden Euro an Strafzahlungen leisten müssen. Hier denke ich mir es ist doch gescheiter, wenn in Österreich die Investitionen sinnvoll getätigt werden anstatt Strafe zu zahlen, wenn die Ziele nicht erreicht werden.

Ich bin überzeugt davon, dass alle Städte und Länder einen Projektleiter brauchen – einen Verantwortlichen für den Klimaschutz, am besten einen unabhängigen Spezialisten. Da der Umweltschutz eine Querschnittsmaterie ist, braucht es eine Stabstelle, die als Projektleiter fungiert und sich pro aktiv für den Umwelt- und Klimaschutz in der Stadt Wels einsetzt. Das ist noch nicht genug. Diese Stelle benötigt einerseits finanzielle Mittel aber auch eine gewisse Umsetzungskompetenz. Einfach nur eine beratende Stelle einzurichten wird nicht reichen. Diese Stelle muss kleinere Maßnahmen selbst umsetzen können und größere Maßnahmen in Form von Vorschlägen in den Gemeinderat bringen und sich dann natürlich um die Umsetzung kümmern.

Besonders stört mich an diesem Dringlichkeitsantrag die schwammige Formulierung. Die Zeiten der Vorhaben, der Bewusstseinsbildung und der Aufklärung sind vorbei. Es muss entschieden und schnell gehandelt werden. Beispiele dafür hörten wir heute bereits. Es ist schön, wenn es irgendwelche Richtlinien gibt, die irgendwann vielleicht in Kraft treten. Es muss jetzt Maßnahmen und Regelungen geben. Es darf halt keinen Einkaufsmarkt geben, der nicht unterhalb eine Tiefgarage besitzt und darüber keine Wohnungen oder Büroräumlichkeiten hat. Es müssen Flachdächer begrünt werden. Es muss auf jedem Flachdach eine PV-Anlage sein. Es müssen der Radverkehr und der öffentliche Verkehr ausgebaut werden. Es müssen Verkehr und Stadtentwicklung in einem Ressort gebündelt werden. Viele Maßnahmen gehören gesetzt, nicht erst morgen sondern am besten heute - eigentlich wäre es schon gestern notwendig gewesen.

Einige dieser Maßnahmen finden sich in den Anträgen der GRÜNE-Fraktion und im vorliegenden Dringlichkeitsantrag. Wie schon gesagt, der Antrag der FPÖ und ÖVP ist sehr schwammig formuliert. Gestört hat mich die Begründung „Der Einfluss des Menschen auf den Klimawandel ist heute weitgehend wissenschaftlicher Konsens. Die CO₂-Sensitivität des Klimas ist Gegenstand der wissenschaftlichen Diskussion.“ Daraus erlese ich bereits wieder eine Abschwächung. Wenn man den seriösen Wissenschaftlern glaubt, ist es eben nicht so.

Zwischenruf Bgm. Dr. Rabl: Das vertritt die Industriellenvereinigung genauso wie zahlreiche andere Institutionen.

GR. Hufnagl: Es ist halt eine andere Wahrnehmung, die anscheinend seitens der FPÖ vorherrscht. Der Mensch gemachte Klimawandel ist vom natürlichen Klimawandel, auf den der Mensch keinen Einfluss hat, zu unterscheiden, da dieser nicht beeinflusst werden kann. Ich mache mir z.B. nicht wirklich Sorgen um die Erde. Die Erde wird sich schon wieder erholen. Ich mache mir eher Sorgen um den Menschen. Wenn die Erwärmung so weiter fortschreitet und wir vier, fünf oder sechs Grad Celsius mehr haben, gibt es den Menschen nicht mehr. Das ist das große Problem.

Ich sehe in der Begründung die Abschwächung, weil Österreichs Anteil beträgt nur 0,2 %, somit „naja, der Österreicher kann ja eh nichts tun“. Das ist die falsche Einstellung.

Zu den Anträgen der GRÜNE-Fraktion darf ich sagen, sie sind ein bisschen dem Wahlkampf geschuldet und auch nicht alle sinnvoll. Wir NEOS werden nicht jedem Antrag zustimmen - in drei Jahren eine autofreie Innenstadt wird sich nicht verwirklichen lassen. Aber die meisten Anträge sind absolut richtig und sinnvoll und gehen auf jeden Fall weiter als der Dringlichkeitsantrag der FPÖ und ÖVP. Wir werden diesem Antrag und auch den anderen Anträgen zustimmen (bis auf den Antrag betreffend autofreie Innenstadt). Es ist

eine einmalige Chance, auch wenn ich es extrem schade finde, weil ich glaube dieses Umdenken rief die bevorstehende Wahl hervor. Es wäre gescheiter gewesen alles in Ruhe und viel früher zu diskutieren. Das Umweltthema ist wichtig und hat es nicht verdient ein Wahlkampfthema zu sein. Ich hoffe auf Umsetzung der Anträge.

GR. Kroiß: Die Welser FPÖ und ÖVP brachten gemeinsam einen Sachantrag ein, weil wir meinen, der Klimaschutz ist ein wichtiges Thema. Nicht nur die GRÜNEN versuchen vor der Wahl mit dem Klimapopulismus die Aufmerksamkeit der Wähler zu bekommen. Alle Parteien machen das, es ist ihr gutes Recht.

Die Art der Formulierung jedoch ist ziemlich wünschenswert. Teilweise ist die Umsetzung nicht möglich – von den entstehenden Kosten für die Bevölkerung wollen wir gar nicht reden. Den Klimaschutz in Wels voranzutreiben ist eine gute Sache. Das wollen wir alle – immerhin leben wir in dieser Stadt. Nur die Art und Weise wie das gewünscht wird, schießt weit über das Ziel hinaus. Die Stadt Wels bietet mehrere Möglichkeiten um Klima- und Umweltschutz voranzutreiben. Beratungen und Bewusstseinsbildungen von den Kindern bis zu den älteren Generationen. Nicht jeder kennt das von zu Hause, es muss erlernt werden. Themen, wie die Luftreinigung, Feinstaub, Lärmschutz und Energiesparmaßnahmen werden angesprochen.

Im März d.J. fassten wir alle den Beschluss zur plastikfreien Stadt. Das soll auch so umgesetzt werden. Die Installation von Solar- und Photovoltaikanlagen wird von der Stadt gefördert und auch vorangetrieben. Ein wichtiges Projekt für den Umweltschutz wurde bereits von der Wels Strom GmbH mit dem E-Car-Sharing ausgeführt. Auch das Wasserkraftwerk Traunleithen sorgt für eine saubere Umwelt. D.h. wir gehen bereits den richtigen Weg.

Wir sind nicht nur dafür am Papier alles niederzuschreiben, sondern auch das Mögliche umzusetzen. Es mag zwar sein, dass es eine gute Idee ist jedes Flachdach mit Grünflächen auszustatten, jedoch lässt sich das auf ältere Modelle wegen der Statik nicht durchführen. Ich spreche aus Erfahrung. Wir wohnen in einer Wohnung, wir haben ein Flachdach. Es kann nicht begrünt werden, weil es nicht tragbar ist. Die Photovoltaikanlage ist klein - aber wir haben eine. Es ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung und wir hoffen, dass wir alle so weiter machen können.

GR. Ganzert: Den Ausführungen kann ich nur zustimmen. Es fällt mir jedoch schwer, die Worte des Herrn Bürgermeisters zum Sachantrag mitzutragen. Natürlich ist dieser Dringlichkeitsantrag dem Wahlkampf geschuldet. Die Klimadebatte führt die Stadt Wels bereits seit Jahrzehnten. Früher bezeichneten wir uns gerne als Energiehauptstadt. Als Stadt waren wir stolz auf die Energiesparmesse, haben angefangen mit dem Bau von Passivhäusern, wir haben einen klimaneutralen Fuhrpark, Hybrid-Autos, E-Bikes für die Ordnungswache etc. Früher war es selbstverständlich solche Dinge zu tun. Natürlich hat die Stadt Wels eine Vorbildwirkung.

Wenn dem Herrn Bürgermeister eine Sache wirklich wichtig ist, dann macht er das. Das tat er bereits beim Ankauf des Objektes Greif im Dezember 2016. Jedoch wirft er mit Nebelgranaten. Er erzählt uns vor 500 Millionen Jahren hatten wir einen höheren CO₂-Anteil. Er erklärt jedoch nicht warum dies von Bedeutung ist. Er erklärt nur, dass er eine Quelle dazu hat, diese soll das Ganze glaubhaft machen. Auch die Industriellenvereinigung als Quelle ist anscheinend die glaubhafteste, die es gibt. Mir

würden jedoch andere einfallen. Schade finde ich, dass wir im Gemeinderat es noch nicht schafften uns endlich dazu zu bekennen, dass es einen menschlich verursachten Klimawandel gibt. Es ist für mich unmöglich Millionen von Seiten an wissenschaftlicher Literatur durchzuschauen. Die FPÖ kann nicht alles in einem Absatz subsummieren und dann letzten Endes feststellen wo die Ursachen liegen. Es ist doch befremdlich wieso man immer wieder das Gefühl hat, eigentlich möchte man sich ein bisschen herausnehmen und eigentlich möchte man zeigen, wenn du nicht dafür bist sind wir deiner Meinung, aber ein wenig können wir schon präsentieren.

Der Bürgermeister sollte auch, wenn er von Zahlen spricht, die Welt sehen so wie sie ist, und zwar dass wir in einer globalisierten Welt leben. Er schreibt 0,2 % und führt an wie verschwindend gering diese Anzahl von der Gesamtheit ist. 0,2 % ist Österreichs Anteil, der Anteil der EU beträgt 9,3 %. Ebenso führt er den hohen Anteil von China an, als ob wir nicht auch an den hohen CO₂-Werten in China etwas zu tun hätten. Sind es nicht die Produkte, die die reichen westlichen Länder in der EU oder Nordamerika kaufen, um dann auch CO₂-Werte in China und in anderen Ländern, wie Indien etc., zu erzeugen? Das kann man jetzt nicht so als Insellösung sehen. Es hat schon etwas mit uns Europäern und mit der Gesamtheit der Globalisierung zu tun.

Die GRÜNEN brachten 11 Initiativanträge ein, 10 Anträge davon zum Klimaschutz. Schade fand ich nur, dass die Anträge in den meisten Fällen nur aus einem Satz bestehen. Dazu hätte ich mir mehr erwartet.

Für mich ist dieser Antrag der FPÖ und ÖVP jedoch nicht so dringend, weil wir in der letzten Gemeinderatsitzung darüber diskutierten den Klimanotstand auszurufen, worin es um ähnliche Maßnahmen ging. Maßnahmen, die wir über den Sommer hinweg hätten entwickeln, planen oder umsetzen können. Dazu haben wir uns von DI. Haydinger anhören können, wie es früher einmal in Grönland ausgesehen hat bzw. wie es mit dem Klimawandel immer schon war.

Damals wie auch heute bringt man nichts Konkretes auf den Tisch, man sagt halt es ist Wahlkampf. Es ist jeder dafür – sogar unter Ing. Norbert Hofer der FPÖ - „Umweltschutz ist Heimatschutz“ – auf einmal bekannt sich auch dieser dazu. Die FPÖ ist nicht immer schon dafür. Wir sahen ganz klar beim Machtwechsel im Jahr 2015, vor Vzbgm. Huber als Referentin gab es rund eine viertel Million Euro Umweltförderungen, jetzt mit Vzbgm. Huber und Bgm. Dr. Rabl gibt es 25.000 Euro an Budgetmittel. Man versuchte überall zu kürzen.

Dann meint der Herr Bürgermeister Etablierung einer Klimaschutzbeauftragten im Rahmen einer Koordinierungsstelle im Magistrat Wels. Um das zu vernebeln erzählt er, dass die Stadt Wels Mitglied im Klimaschutzverband ist. Das ist natürlich in Ordnung, es lenkt jedoch von vielen anderen Dingen ab.

Die SPÖ-Fraktion stellt heute den Antrag auf Einrichtung einer Stabstelle. Eine Stabstelle deshalb, weil wir dazu die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen wollen. Es spricht natürlich nichts dagegen eine Koordinierungsstelle zu installieren, jedoch hatten wir eine eigene Dienststelle Umweltschutz mit fünf Mitarbeitern. Heute reden wir von der Nachbesetzung eines einzigen Dienstpostens der frei ist, weil der Mitarbeiter in seinen wohlverdienten Ruhestand geht.

Weiters lese ich in diesem Dringlichkeitsantrag die Förderung des Radverkehrs insbesondere durch die Schaffung leistungsfähiger Radverbindungen und von mehr Radabstellplätzen. Dazu blicke ich auf StR. Hoflehner und darf den Erfolg aus dem Verkehrsressort – die im letzten Halbjahr beschlossenen Radleitlinien – ansprechen. Die GRÜNEN stellen auch dazu einen Antrag, sie wollen andere Zahlen in den Leitlinien. Damals gab es eine klassische Kompromisslösung. Darüber bin ich froh, jetzt geht es darum Schritt für Schritt weiterzugehen.

Weiter geht es mit der Attraktivierung des öffentlichen Nahverkehrs, insbesondere durch eine Attraktivierung der Linienführung, bessere Informationskanäle und eine Vergünstigung der Jahrestarife. Letzte Woche gab es eine Pressekonferenz mit Bgm. Dr. Rabl, GR. Dr. Csar und StR. Hoflehner über den aktuellen Stand und Zukunftspläne.

Die aufgeschriebenen Punkte, wie die Schaffung von zusätzlichen Parkanlagen (Erfolg Vzbgm. Huber – der Spielplatz in der Eibenstraße ist wunderschön gelungen) könnte ich nun aufzählen oder die Steigerung der Energieeffizienz im Wirkungsbereich des Magistrats. Dinge, die im Energiebericht 2013 bereits beschlossen wurden. Dazu muss man den Bürgermeister und den Gemeinderat an ihren Taten messen.

Zuletzt wird noch die Schaffung von Bewusstsein bei den Hauseigentümern bzw. Investoren für Fassaden und Dachbegrünungen angeführt. Auch diese Forderung bringen heute die GRÜNEN ein. Jedoch bleibt es hier nur bei der Bewusstseinsbildung. Es ist schade, dass es hier nur um die Hauseigentümer und um die Investoren geht. Könnte man dies unter dem Deckel Wirtschaftsförderung machen, wäre es nicht nur eine reine Bewusstseinsbildung, sondern es wären auch finanzielle Mittel geflossen.

Kollegen Hufnagl darf ich verbessern – ich glaube, der Antrag ist nicht nur schwammig, sondern er ist bewusst löchrig. Die angeführten Maßnahmen sind alle bereits auf Schiene, hinter diesen können wir stehen. Wir haben nichts dagegen eine Koordinierungsstelle einzurichten. Wir haben nichts dagegen weiterhin den Radverkehrsanteil zu erhöhen, den öffentlichen Verkehr attraktiver zu machen usw. Aber es reicht nun einmal nicht aus im Wahlkampf herzugehen, die angeführten Punkte aufzuzählen und die Sachanträge auf die kurze Bank zu schieben.

Aus diesem Grund wird die SPÖ-Fraktion diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen, weil natürlich viele dieser Punkte begrüßenswert sind, wenngleich Zweidrittel der Dinge ohnehin bereits beschlossen wurden und in Umsetzung sind oder zeitnah in Angriff genommen werden. Wir werden den Herrn Bürgermeister und seine Fraktion an den Taten messen und schauen, wie er es dann auch wirklich damit hält. Vor allem wenn der Wahlkampf vorbei ist und wenn die Zeit kommt, in der die GRÜNEN Anträge stellen und dann irgendwie erklärt wird, warum wir das nicht brauchen und diese Anträge in diverse Ausschüsse verwiesen werden. Vzbgm. Huber tut mir direkt leid, da reden wir über Anträge zum Thema Klimaleitstelle, die zunächst einem falschen Ausschuss zugewiesen werden, in dem sie nicht behandelt werden können. Dann gibt man diesen in den nächsten Ausschuss – so schiebt man Dinge auf die lange Bank.

Mit meiner Wortmeldung wollte ich einen Überblick geben, was der Herr Bürgermeister, die Koalition hier zeigen möchten. Es wäre fairer die Diskussion bei den einzelnen Sachanträgen zu führen. Auch wenn die Anträge nicht perfekt sind – es gibt überall ein

Für und Wider. Das könnte man bei den einzelnen Anträgen diskutieren. Diesem Stil, sich einfach die Punkte zusammenzuschreiben, können wir uns nicht anschließen.

GR. DI. Haydinger: Es ist eigentlich schade das Thema Klimawandel heutzutage nicht mehr sachlich diskutieren zu können, daher werde ich es auch nicht tun. Einen Punkt möchte ich ansprechen, Herr Hufnagl, weil sie vorhin sagten, ein Großteil aller seriöser Wissenschaftler ist sich einig, dass der Anteil des Klimawandels hauptsächlich vom Menschen kommt, möchte ich sie darauf hinweisen, Wissenschaft ist keine Demokratie, in der man darüber abstimmt was richtig und was falsch ist. Sondern Wissenschaft beruht immer noch auf Fakten und Tatsachen.

Natürlich ist in Österreich und Europa der Klimawandel ein Thema, aber viel größer ist die Problematik in China und in Fernost. Ich glaube nicht, dass wir in Wels eine geopolitische Problematik lösen können. Da müsstest du doch eher mit den „Friday for Future-Demonstranten“ reden und ihnen sagen, dass sie als Vorbilder nicht jedes halbe Jahr ein neues Handy kaufen müssen und auch dem Herrn Mag. Teubl mitteilen, dass er vielleicht nicht rund um die Welt für einen Yoga-Kurs nach Indien fliegen muss.

Herr Mag. Teubl, weil sie anfangs sagten, dass unser Dringlichkeitsantrag Populismus ist und dass wir in letzter Sekunde drauf gekommen sind wie wichtig diese Themen sind, so möchte ich sie darauf hinweisen, dass wir bereits im Sommer eine Grünflächenrichtlinie in Gang gesetzt haben, die noch heuer umgesetzt wird. Da sind viele der von ihnen angesprochenen Punkte bereits erwähnt und in Umsetzung, wie z.B. das Thema der Bodenversiegelung. Außerdem darf ich sie darauf hinweisen, dass 50 % der Gesamtfläche von Wels Grünland sind. Wir haben eine bestens funktionierende Kanalisation, also ist die von ihnen gesehene Problematik nicht gegeben. Sie besteht einfach nicht – ganz im Gegenteil.

Wenn sie dann noch auf die Idee kommen den Parkplatz vor der Messe umzugestalten und Grünflächen daraus zu machen, ist das ökonomisch gesehen ein Wahnsinn. Abgesehen davon, wie stellen sie sich das denn vor? Dass sich bei Regenwetter die Mitarbeiter der Welsener Messe hinstellen und an die Besucher Gummistiefel verteilen, damit sie nicht in Morast versinken?

Ein Punkt, den sie auch bei ihren Anträgen ansprachen, ist die Fassaden- und Dachbegrünung. Hier darf ich aus unserer Richtlinie zitieren: Wenn auf einem Bauplatz nicht genügend Grünraum vorhanden ist, müssen zusätzlich Grünflächen auf Dächern oder Fassaden geschaffen werden. Also auch dieser Punkt ist schon seit Wochen bei uns in Vorbereitung.

Ich war bei einer Veranstaltung, dort stand auf der Präsentation ein Zitat von Perekles – Perekles lebte im Jahr 440 v.Chr. Dieser sagte damals schon: „Es kommt nicht darauf an die Zukunft vorauszusagen (nämlich wie das sie machen, Herr Mag. Teubl, mit der apokalyptischen Voraussagung, dass in drei Jahren die Welt untergeht), sondern darauf auf die Zukunft vorbereitet zu sein.“ Mit diesen bereits gesetzten Maßnahmen, die wir in weiterer Folge auch umsetzen werden, sind wir bestens vorbereitet.

GR. Dr. Csar: Wir sind uns einig – wir sind alle für Klimaschutz. Wir diskutieren wer hat die Situation verursacht, wer hat schneller einen Antrag eingebracht, wie können wir das von anderen vorgeschlagene schlecht reden. Es geht aber darum was wir gemeinsam

wollen, damit der Klimaschutz vorangetrieben wird. Hier sind wir uns einig. Wir diskutieren immens lang und verbrauchen viel Luft.

Gehen wir ins Handeln über. Die Fernsehberichte der letzten Tage zeigten die Überflutungen in Spanien – das kennen wir leider Gottes auch in Österreich – eine Ursache oder Konsequenz des mangelnden Klimaschutzes. Wir setzen immer wieder verschiedene Maßnahmen, die leider nicht genug sind. Das Klimabewusstsein wird in der Politik und in der Bevölkerung immer besser, Maßnahmen werden umgesetzt. Erinnern darf ich daran, auch die ÖVP-Fraktion machte vor einigen Jahren eine Aussendung und ersuchte die in der Stadt wachsenden Bäume von der städtischen Verwaltung spritzen zu lassen, damit sie bei Dürre nicht eingehen. Es wurde dann gemacht, nur in den Medien stand, das ist nicht wichtig. Man glaubte fast diese heißen Temperaturen haben Hitzeschäden bei den Politikern verursacht, weil sie forderten, dass die Bäume gespritzt werden sollen. Vor ca. 6 Jahren haben die Medien das so kommentiert.

Jetzt ist es anders. Die Medien kommentieren es nun besser. Wir Politiker sind aufgefordert Maßnahmen für den Klimaschutz zu setzen. Daher tun wir einiges mit diesem gemeinsamen Antrag der FPÖ und ÖVP, wir listeten viele Punkte auf, die sehr ähnlich sind mit den Anträgen der GRÜNEN. Sie unterscheiden sich ganz wesentlich darin, dass sie nicht diese Fristsetzungen haben, die einfach nicht möglich sind. Ein Beispiel dafür, mit 1. Dezember d.J. soll der Stadtplatz autofrei sein. Das ist nett und schön, man kann über alles diskutieren, aber ich will nicht die Bevölkerung verunsichern, deren Widerstand spüren. Sondern man muss sich überlegen, ob dieser Vorschlag sinnvoll ist. Allein dieses Beispiel zeigt, man kann viele Anträge einbringen – das Papier ist geduldig -, aber man muss sich auch eine Umsetzung überlegen.

Ich hoffe alle Fraktionen stimmen diesem Dringlichkeitsantrag zu damit wir zeigen können, uns als Gemeinderat ist es wichtig sich zum Klimaschutz zu bekennen, dass die angeführten Maßnahmen möglichst rasch umgesetzt werden können. Wir sehen diese detaillierten Anträge der GRÜNE-Fraktion problematisch, dementsprechend werden wir dazu Position beziehen. Ich ersuche möglichst rasch zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen. Weil mein Vorredner mit einem Zitat seine Wortmeldung schloss, versuche ich das auch: „Was man im Großen nicht erreichen kann, darf man im Kleinen nichts unversucht lassen.“ Daher versuchen wir in der kleinen Stadt Wels gewisse Klimaschutzmaßnahmen zu realisieren, die uns alle von Vorteil sind.

GR. Schäfer, BSc: Es gibt hier im Saal wahrscheinlich niemanden, der den Klimawandel tatsächlich leugnet, jedoch über das Ausmaß des von Menschen gemachten Klimawandels streitet sich sogar die Wissenschaft. Ich als Wirtschaftswissenschaftler nehme mir sicher nicht heraus diese Sache zu beurteilen. Das lasse ich den Klimaforschern über. Falls hier im Saal einer ist – bitte melden, ansonsten sollten wir uns wieder auf die wesentlichen Dinge, nämlich auf die Diskussion über die Maßnahmen, die wir in der Stadt Wels umsetzen können, konzentrieren.

Es kam heute bereits der Solarflächenkataster zur Sprache. Die FPÖ findet grundsätzlich erneuerbare Energie super, das sollte gefördert werden. Bedenkt man aber wieder – der Bürgermeister sagte es bereits -, dass Österreich weltweit für 0,2 % des gesamten CO₂-Ausstoßes verantwortlich ist, muss man sich dringend überlegen, wie wir das Steuergeld unserer Bürger besser einsetzen. Bedenkt man, dass das Kraftwerk Traunleithen der eww ag alle Welsler Haushalte mit Öko-Strom versorgen kann und somit mehr als

85.000 t CO₂ eingespart werden, so kann man die von den GRÜNEN geforderte Maßnahme wirklich nur als „Wahlkampf-Schmäh“ oder als überschießend bezeichnen.

Vzbgm. Huber: Ich bin froh über diesen Antrag. Erinnern kann ich mich daran, dass es in der letzten Gemeinderatsitzung darum ging den Klimanotstand auszurufen. Bei diesem Antrag der GRÜNE-Fraktion, den die SPÖ-Fraktion unterstützte, hat man sich an der Begrifflichkeit gestoßen. Heute gibt es diesen Antrag, den die SPÖ-Fraktion mittragen wird, wobei es schon an den einzelnen Punkten noch zu feilen gibt. Das möchte ich jetzt herausarbeiten:

Ob er populistisch ist oder nicht, werde ich ganz sicher nicht beurteilen. Ich werde wie immer den Herrn Bürgermeister an den Taten messen. Am 1. Oktober d.J. habe ich meine Budgetverhandlungen mit ihm, dann werden wir sehen wie viel Budget für den Klima- und Umweltschutz vorgesehen wird. Ich weiß, bei den Budgetgesprächen mit den Beamten ist so manches derzeit noch auf null gestellt.

Nochmal ausführen möchte ich, warum ich für eine Koordinierungsstelle für Umwelt und Klimaschutz bin, einer tonangebenden Leitstelle. Erstens handelt es sich um eine Querschnittsmaterie. Das formuliertest du Herr Bürgermeister genauso in deiner Wortmeldung am 24.04.2017. Es geht darum, dass Klimaschutzmaßnahmen zwischen den einzelnen Ressorts und Dienststellen des Magistrates aber auch mit unseren Beteiligungen effektiv koordiniert und gebündelt werden. Jetzt werde ich ein wenig mehr ausholen, dafür werde ich mich bei TOP 9. etwas kürzer fassen.

Es stimmt, unsere Mitarbeiter in den unterschiedlichen Bereichen sind rund um den Klima- und Umweltschutz aktiv, aber um eine Stadt klima-fit zu machen, braucht es einfach mehr. Es braucht eine Stadtklima-Strategie, die man z.B. am Energiestadt-Bericht aufsetzen kann. Es braucht ein Abarbeiten dieses Energiestadt-Berichtes, ein Verfolgen der Ziele, ein Evaluieren, ein ständiges Kontrollieren, ein Berechnen der Zweckmäßigkeit der Maßnahmen, es braucht eine Aufbau- und Ablauforganisation. Sieht man sich alleine die heutigen Anträge der GRÜNEN an, dann frage ich mich, wer soll das alles abarbeiten, koordiniert tun? Sehe ich mir den Antrag der FPÖ- und ÖVP-Fraktion an, dann sage ich, es freut mich, dass der Klimaschutz einen neuen Stellenwert in unserer Stadt bekommt. Ich hoffe, die angeführten Maßnahmen werden mit den entsprechenden finanziellen Mitteln versehen.

In diesem umfangreichen Energiebericht wurden sehr viele Ziele definiert – nur wer schaut darauf, wer koordiniert sie? Davon überzeugt bin ich das Projekt Energiestadt Wels kann man nicht so nebenbei betreiben. Erinnern darf ich an das damalige zehnköpfige Projektteam. Ich freue mich, dass der Herr Magistratsdirektor sich persönlich diesem Thema angenommen hat, plötzlich Herr Dr. Törek aus der Pension zurückrief und sagte, schauen wir uns das noch einmal an. Auch Herr DI. Leeb wurde kontaktiert. Es ist ein großer Bereich, der abgearbeitet werden muss. Danke an den Herrn Magistratsdirektor für die persönliche Annahme dieser Angelegenheit. Ich könnte mir vorstellen, dass du persönlich diese Klimastabstelle leiten wirst, das wäre eine tolle Geschichte. Ich weiß, du hast genug anderes zu tun und kannst dich diesem Thema nicht so widmen.

Soll es eine neue Grundflächenrichtlinie geben, so ist das begrüßenswert und ich hoffe vor allem, dass wir bei städtischen Projekten mit Beispiel vorangehen. Vor kurzem hörte

ich, dass bei einem Kostendämpfungsverfahren die Frage gestellt wurde, brauchen wir überhaupt so viele Bäume? Ich hoffe das war eine Falschmeldung.

Die Dst. Umweltschutz hatte fünf Mitarbeiter, jetzt sucht der Herr Bürgermeister einen Sachbearbeiter in FL 14. Mehr ist uns das nicht mehr wert? Das kann es wohl nicht sein. Dieser „Wunderwuzzi“ soll dann den Energiestadtbericht verfolgen, abarbeiten, Veranstaltungen durchführen, Aktionen abhalten, Bewusstseinsbildung machen, Schulprojekte durchführen, Frühjahrsputzaktionen vorbereiten, Subventionen auszahlen, den Umweltpreis ausschreiben, Maßnahmen für eine plastikfreie Stadt im Auge behalten und vorantreiben, sozialgerechten Einkauf verfolgen, Leitfäden erarbeiten, an der Mobilitätswoche mitarbeiten und stets Impulse setzen – das ist jetzt aber nur der Bereich des Umweltschutzes. Wer verfolgt die Reduktion der lokal verursachten CO₂-Emissionen, die Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks, die Installierung eines Leihradsystems, eine Energieausweis-Aktion für Privathaushalte, den Ausbau der Solarthermie, der Wärmepumpen, der Pellets-Anlagen usw. Man sieht im Klimaschutz gibt es viele Handlungsfelder.

Zum Projekt Baumstadt Wels benötigen wir Geld für eine Expertise – dazu komme ich später. Bei Bäumen muss man in Generationen denken. Sie werden erst nach vielen Jahren groß – hier braucht es eine Strategie.

Also meines Erachtens braucht es zur Umsetzung dieser ganzen Themen einen weisungsbefugten Mitarbeiter mit entsprechenden Personal- und Finanzressourcen. Wenn uns die Öffentlichkeitsarbeit eine Stabstelle wert ist, dann müsste uns das doch der Klimaschutz umso mehr sein.

GR. Mag. Schindler: Im letzten Gemeinderat, als wir über den Klimanotstand diskutierten, war die Dringlichkeit der Klimaveränderungen noch nicht ganz so deutlich. Es freut mich, dass heute eine Vielzahl an Maßnahmen auf der Tagesordnung steht. Besonders freut es mich, dass auch sie die Dringlichkeit dieses Themas erkannt haben. Heute ist meine sechste Gemeinderatsitzung. Für mich, nachdem ich noch nicht so lange in der Politik bin, erscheint mir diese Diskussion heute dann doch etwas scheinheilig und wahrscheinlich auch dem Wahlkampf geschuldet, wenn ich an die Wortmeldung des Herrn Kollegen DI. Haydinger denke, der zum Menschen gemachten Klimawandel in der letzten Gemeinderatsitzung auch noch die Wikinger bemühte, dass diese damals bereits mit dem Klimawandel konfrontiert waren.

Zwischenruf Dr. Rabl: Das ist auch so!

GR. Mag. Schindler: Mensch gemacht war der damalige Klimawandel nicht, heute ist er es. Das bringt mich zu einer der renommiertesten Klimaforscherinnen Österreichs, Frau Helga Kromp-Kolb. Sie sagt, wer heute noch den von Menschen gemachten Klimawandel negiert, ist wie die Behauptung, dass es die Erdanziehungskraft nicht gibt. Also darüber braucht man heutzutage nicht mehr diskutieren.

Von bloßen Lippenbekenntnissen habe ich genug – ich denke mir auch eine Vielzahl der Menschen. Es wurde vieles bereits auf den Weg gebracht. Ziehen wir gemeinsam an einem Strang und bringen wir etwas weiter. Auch mich würde es sehr freuen, wenn der von Vzbgm. Huber eingebrachte Antrag unterstützt werden würde. Es wäre ein wahres Signal, wenn wir in der Stadt Wels eine Stabstelle hätten, die wirklich koordinieren kann

und mit den entsprechenden Kompetenzen ausgestattet wird, um in allen Referaten agieren und Vorgaben machen zu können.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Es ist schon viel gesagt. Es ist außer Streit gestellt, dass uns in Wels das Klima natürlich wichtig ist aber auch die Bäume und Parkanlagen. Gerade zu diesem Thema möchte ich ein paar Dinge sagen. Das von GR. Ganzert Gesagte stimmt nicht alles. Das möchte ich ein wenig hinterleuchten.

Zu meiner Zeit als Stadträtin für Umweltschutz habe ich im Jahr 80.000 Euro für die Parkanlagen bekommen. Vzbgm. Wieser bekam noch viel weniger. Das Finanzressort hatte damals die SPÖ. Wo bleibt das damalige Bekenntnis zu Parkanlagen, wenn ich mir die letzten vier Jahre anschau, wie viel Geld für Parkanlagen ausgegeben wurde? Damals hätte ich mich sehr gefreut, wenn mich die SPÖ mehr unterstützt hätte als mit diesen 80.000 Euro.

Das Umweltreferat hatte selbst zu meiner Zeit zwei Personaleinheiten und die Energiehauptstadt war zur Gänze angesiedelt beim damaligen Bürgermeister Dr. Koits. Da konnten wir gar nichts tun, denn dieses Budget wurde nur im Bereich Dr. Koits ausgegeben und zwei Personaleinheiten hatte ich.

Wir haben im letzten Jahr 200 Bäume gepflanzt. 2015 machten wir eine Presseaussendung, wo wir 1.000 neue Bäume forderten. 180 Bäume werden jährlich gepflanzt. Natürlich sind auch Ersatzpflanzungen dabei, aber wir begeben uns genau zu diesen 2015 geforderten 1.000 Bäumen.

Klimawandel geht uns alle an. Wer von ihnen hat noch nie ein T-Shirt oder Textilien getragen, die von irgendwo her, tausende Kilometer über das Meer herangeschafft werden? Oder wer isst nicht gerne im Winter eine Orange, Banane, Ananas? Ich nicht, weil ich kein Obst esse. Ich glaube, ich bin hier die einzige, die aufzeigen kann. Klimawandel geht uns alle an, Angebot macht Nachfrage oder Nachfrage das Angebot. Somit können wir persönlich unseren Beitrag dazu leisten.

GR. Hufnagl: Liebe Kollege Dr. Csar, du hast völlig Recht. Du sagtest, wir müssen ins Tun kommen. Der Unterschied ist nur, es gibt unterschiedliche Ansichten was das Tun heißt. Nämlich unterschiedliche Ansichten über das Ausmaß was wir tun sollen oder müssen.

Wir tun zu wenig, zu halbherzig, zu langsam. Andere sind der Meinung es wird genug getan. Das ist der Unterschied - manche sagen zu wenig, die anderen sagen zu viel.

Jetzt kann man Wissenschaftler leugnen und sagen es gibt andere Studien etc. Es gibt das Thema Risiko. Selbst wenn ich nicht hundertprozentig daran glaube, dann muss ich sagen, wir müssen trotzdem mit aller größter Kraft auf allen Ebenen sozusagen etwas tun, denn wenn wir doch unrecht haben, dann ist der Schaden immens groß. D.h. allein aufgrund der Risikoabschätzung müsste ich doch wirklich alles tun, damit diese ganzen angekündigten Szenarien nicht eintreffen.

Ja, wir pflanzten hunderte Bäume. Aber auch hier wieder das Thema – vielleicht sind es einfach zu wenige, vielleicht müssten dreifach so viele Bäume gepflanzt werden?

StR. Lehner: Diese Diskussion finde ich überaus spannend. Wir diskutieren über das Weltklima. Einen Konsens haben wir im Gemeinderat, das ist für mich als Wirtschaftsreferent überaus erfreulich und positiv - die Welser Betriebe und die stattfindende Produktivität spielt Gott sei Dank in dieser Diskussion um das Klima keine Rolle. Nur in einem Punkt gibt es eine positive Erwähnung: Die Wels Strom baut ein neues Kraftwerk, welches hilft einen positiven Beitrag für das Klima zu leisten. Aber der technische Fortschritt und die Betriebe schafften es keinen negativen Einfluss auf das Klima auszuüben. Das nehme ich aus dieser Diskussion mit. Das sehe ich als sehr positiv.

Wenn wir in der letzten Stunde über das Klima diskutieren, dann merke ich, dass es in Wirklichkeit eine Diskussion über das Mikroklima ist, die für uns im Gemeinderat und für Vertreter der WelserInnen sehr wesentlich ist. Was tun wir, dass die Auswirkungen des Klimawandels für die hier lebenden Menschen nicht dramatisch sind. Es geht um das Hitzeempfinden im verbauten Bereich, was tun wir im Bereich der Grünräume, was tun wir mit Dachbegrünungen, was machen wir im öffentlichen Verkehr. Zahlreiche Maßnahmen, die allesamt in einem gemeinsamen Antrag unsererseits vorhanden sind, wo vieles schon auf den Weg gebracht wird, aber vieles noch zu verbessern ist.

Es muss uns bewusst werden, dass wir als Vertreter der Welser Bevölkerung die letzte Stunde über das Mikroklima diskutieren. Wir diskutieren nicht wie wir mit irgendwelchen Initiativen sozusagen die Wirtschaft der Welt verändern können - dort passiert dramatisch viel. Auch mit unserem eigenen Konsumverhalten – ich nehme uns da gar nicht aus – beeinflussen wir das Klima. Wir beeinflussen es auch in unserem Mobilitätsverhalten. Auswirkung hat unser Mobilitätsverhalten primär, wenn wir daran denken wie wir in unserer Stadt fahren. Walter Teubl zeigt, dass mit dem technischen Fortschritt Umweltschutz auch möglich wird. Denn er benutzt ein E-Bike, das neue Bevölkerungsgruppen dazu bringt im Nahverkehr auf ein umweltfreundliches Verkehrsmittel umzusteigen, vom individuellen motorbetriebenen Kraftfahrzeug steigt er um auf das Fahrrad mit chinesischem Elektroantrieb. Auch das ist eine Verbesserung hier für unser Mikroklima. Ob es wirklich eine Verbesserung für das Weltklima ist, möchte ich in einer anderen Ebene diskutieren. Aber es verändert für uns Menschen in Wels eine Situation, die zum Besseren beiträgt, denn wir bewegen uns Vorort umweltfreundlicher und nicht mit imitierenden Fahrzeugen.

Das trifft viele Dinge. Lesen wir den gemeinsamen Antrag, dann zeigt das, wir sind am richtigen Weg. Auf den Vorschlag Verkehr und Stadtentwicklung zusammenzulegen möchte ich eingehen - dann müssten wir auch die Stadtentwicklung und die Parkanlagen zusammenlegen oder das Thema Generationen, denn alle Referate sind wie Zahnräder – sie wirken ineinander. Das zeichnet uns aus als Stadtregierung, wir versuchen bestmöglich zusammen zu arbeiten und jeder aus seinem Bereich bringt seine Expertise ein, um gemeinsam etwas Gutes zu erreichen. Deswegen sage ich Danke an Klaus Hoflehner. Es sind diese Initiativen für die überregionalen Radverkehrswege, die wir gemeinsam vorantreiben wollen und somit bekennen wir uns gemeinsam zu diesem wichtigen Thema. Die gesamte Stadtregierung hat ein Interesse die Dinge zu verbessern und wir gehen Schritt für Schritt in die richtige Richtung. Ein Schritt in die richtige Richtung wäre der heutige Beschluss. Daher bitte ich alle diesen Beschluss mitzutragen.

GR. KR. Schönberger: Werte Kollegen, wir diskutieren bereits sehr lange über diesen Dringlichkeitsantrag. Es kommt mir schon so vor als ob schnell etwas zusammengeschrieben wurde, aber eigene Ideen wurden wenig eingebracht.

Wir reden alle vom Klimaschutz. Die ÖVP erklärt uns, das was die GRÜNEN wollen kann nicht mit dieser Geschwindigkeit umgesetzt werden. Aber wo sind die eigenen Ideen, die schnell umgesetzt werden können?

Ich gebe ihnen jetzt eine Idee auf den Weg, die schnell umgesetzt werden kann. Ich kenne keine Stadt in Österreich in unserer Größenordnung, wo die LKW's mit 100 km/h auf Autobahnen im Stadtgebiet durchdonnern. Die gibt es nicht. Es gibt auch keine Stadtautobahn, auf der die Geschwindigkeit nicht auf 80 km/h reduziert wird. Jetzt sage ich einmal, das würde zur Reduzierung des CO₂-Ausstosses wesentlich beitragen. Wir reden von 40.000 Autos auf unseren Stadtautobahnen. Diese Maßnahme könnte schnell umgesetzt werden. Wahrscheinlich würde die Stadt auch davon profitieren den einen oder anderen Schnellfahrer zur Kasse zu bitten. Die Strafen werden aufgeteilt zwischen den Kommunen, Land und Bund.

Ich würde mir wünschen, dass die Stadt hier eine Initiative setzt. Durch ganz Salzburg fährt man mittlerweile mit 80 km/h, aber in Wels wird mit 130 km/h durchgefahren. Wenn der Ansprechpartner der Asfinag fehlt, dann würde ich mich vielleicht an das Büro des Herrn Magistratsdirektors wenden. Vielleicht kann er in Wien ein gutes Wort für uns einlegen, um hier schneller voranzukommen. Um das würde ich doch sehr höflich bitten.

Vzbgm. Kroiß: Danke! Nur zwei Berichtigungen: Wir fahren nicht mit 130 km/h durch Wels, da würden wir sehr viel Geld einnehmen. Es gibt eine Beschränkung. Von den eingenommenen Strafgeldern wegen Geschwindigkeitsüberschreitungen auf der Autobahn hat die Stadt Wels gar nichts.

GR. Mag. Teubl: Der Herr Bürgermeister meinte vorhin, die GRÜNEN hätten kein Monopol auf Klimaschutz. Das ist natürlich vollkommen richtig. Ich sehe das auch so. Aber ich finde doch, dass dies ein eher kurzfristiger Sinneswandel ist, denn noch in der letzten Gemeinderatsitzung haben die Dinge ganz anders geklungen.

In der letzten Gemeinderatsitzung vor der Sommerpause stellten wir GRÜNEN den Antrag Wels solle nach dem Vorbild zahlreicher Städte im In- und Ausland folgend den Klimanotstand erklären. Mit der Ausrufung des Klimanotstands hätte unsere Stadt dem Klimaschutz oberste Priorität zuerkannt und sich dazu verpflichtet alle Maßnahmen auf ihre Klimaverträglichkeit zu überprüfen und alles in ihrer Macht stehende zu tun, um einen möglichst großen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Die Blau-Schwarze-Rathaus-Mehrheit verhinderte diesen Beschluss.

FPÖ und ÖVP verwiesen den Antrag zur weiteren Bearbeitung in den Ausschuss. Wir wissen alle was das bedeutet. Dort wird ihm ein Begräbnis erster Klasse verpasst. Das aber Gott sei Dank unter Ausschluss der Öffentlichkeit, denn den Antrag einfach abzulehnen vor allen Augen, das hätten sie sich angesichts der Aktualität dieses Themas denn doch nicht getraut.

Mir ist die Diskussion in der letzten Gemeinderatsitzung noch gut in Erinnerung, die sie recht bald mit dem Geschäftsordnungsantrag abgewürgt haben, denn die zeigte für mich,

dass sie von unserem Antrag aber auch vom Klimaschutz im Allgemeinen sehr wenig halten. Da hat DI. Haydinger beispielsweise zum Besten gegeben: „Den Klimawandel gibt es seit vier Milliarden Jahren. Und auch wenn es ständig durch die Medien geht möchte ich es aussprechen, die Wikinger haben schon im 15. Jahrhundert in Grönland, wo sie Ackerbau betrieben haben, aufgeben müssen aufgrund der einsetzenden Zwischeneiszeit. Die Themse war monatelang zugefroren und auch der Hafen von New York. Sie kennen wahrscheinlich die Bilder von Dieter Bruegel“ Ich will das jetzt nicht weiter vorlesen, es ist einfach unglaublich.

Herr Kollege DI. Haydinger, was wollten sie uns eigentlich damit sagen? Wollten sie uns mit diesen historischen Miniaturen vielleicht weismachen, dass die derzeit zu beobachtende Klimaveränderung quasi ein natürlicher Vorgang ist, zu dem der Mensch nichts beigetragen hat? Wollten sie damit davon ablenken, dass es jetzt um Klimaveränderungen geht, die seit Beginn der Industrialisierung durch die Emissionen aus Verkehr, Industrie, Energieerzeugung verursacht werden? Wenn sie das wirklich wollten, dann reihen sie sich tatsächlich ein in die Gruppe der Klimaleugner. In die Gruppe derjenigen, die sich auf sogenannte Gutachten gekaufter Wissenschaftler berufen. Sie ignorieren einfach diese 99 % der Wissenschaftler, die vor der von Menschen gemachten Klimakatastrophe immer lauter warnen. Aber gut. Faktenbasierte Politik war noch nie die Stärke der FPÖ.

Dass man so etwas heutzutage noch ernsthaft diskutieren muss, finde ich wirklich traurig. Die Jugend, die jeden Freitag demonstriert, die die Aktionen von „Friday for future“ initiiert, ist da schon wesentlich weiter, wesentlich kompetenter in ihren Argumenten und hat einfach viel mehr Ahnung von der Materie als die Mehrzahl unserer Politiker. Das finde ich einfach furchtbar traurig.

Auch die ÖVP hat in der letzten Gemeinderatsitzung nicht wirklich dem Problem ins Auge sehen und dem Antrag nicht zustimmen wollen. StR. Lehner hält offensichtlich auch nichts davon, die unbequeme Wahrheit zu verbreiten. Er rief uns Politiker auf, Optimismus zu verbreiten. Wörtlich: „Angst sollten wir Gemeinderäte nicht unterstützen. Wir sollten den Menschen Mut machen, ihnen Zuversicht geben.“ Meine Damen und Herren, das erinnert mich doch sehr frappant an den Untergang der Titanic. Das Schiff sinkt, aber die Kapelle soll weiterspielen.

Leider gibt es aber sehr wenig Grund für Optimismus. Inzwischen geht es schlicht und ergreifend darum, ob die Welt als Lebensraum für die Menschheit weiterhin geeignet ist. Es ist gar nicht so sicher, ob das der Fall sein wird. Der Biologe Paul R. Ehrlich von der Stanford-University beispielsweise ist der Meinung, wenn wir so weitermachen wie bisher, ist der Untergang der menschlichen Zivilisation in den kommenden Jahrzehnten nahezu gewiss. Hält man sich diese Dramatik vor Augen, dann kann man nicht genug dagegen unternehmen. Da muss man einfach handeln. Ich finde Angst ist durchaus angebracht. Angst ist ja schließlich auch eine Emotion, die in uns Kräfte mobilisiert, die dazu führen, dass wir etwas gegen Gefahren unternehmen. Wenn unsere Urahnen keine Angst vor dem Säbelzahn tiger gehabt hätten, wäre unsere Spezies schon ausgestorben noch bevor sie überhaupt die Gelegenheit gehabt hätte die Atmosphäre zu verschmutzen.

Aber immerhin sagte Peter Lehner auch, wir sollten alles unternehmen im Klima- und Umweltschutz, um die Welt besser zu machen. O.k. – da sind wir einer Meinung. Aber

lieber Peter, dann sollten wir vielleicht endlich einmal damit beginnen. Ernsthafter Klimaschutz ist in Österreich noch nicht passiert. Österreich ist - wie wir wissen - das Schlusslicht bei der Erreichung der vereinbarten Klimaziele. Das ist das Ergebnis der Politik der Türkis-Blauen-Regierung und einer ÖVP-Umweltministerin. Aber wenn es darum geht alles zu unternehmen im Klima- und Umweltschutz um die Welt besser zu machen, ist natürlich nicht nur die Bundesregierung gefordert, sondern effektive Klimapolitik braucht Anstrengungen auf allen Ebenen. International, auf EU-Ebene, auf der Ebene unseres Staates, auf Landesebene und natürlich auch in den Gemeinden.

Ja, auch in den Gemeinden und auch in unserer Stadt. Viele meinen bis heute Klimaschutz sei keine kommunale Aufgabe. So bis vor kurzem auch unserer Herr Bürgermeister. Dieser hat sich in der letzten Gemeinderatsitzung bemüht gefühlt mich in diesem Punkt zu korrigieren und mich aufgefordert das mit einem Protokoll zu belegen. Aber Herr Bürgermeister, es ist nun einmal so. In der Gemeinderatsitzung vom 13.03.2017 sagten sie wörtlich: „Wir sind als Stadt Wels nicht dazu da, die großen Klimaziele, die weltweit formuliert werden, zu schaffen.“ – Nachzulesen im Protokoll auf Seite 12.

Zwischenruf Bgm. Dr. Rabl: Das ist aber schon etwas anderes.

GR. Mag. Teubl: Wenn sie ihre Meinung inzwischen geändert haben, umso besser. Wir GRÜNEN waren immer schon der Meinung, dass jede Gemeinde – auch die Stadt Wels – ihren Beitrag leisten soll, wenn es darum geht, das Ziel die Erderwärmung unter 1,5 Grad zu halten zu erreichen.

Der Herr Bürgermeister änderte also offensichtlich seine Meinung. Der Herr Bürgermeister stellt sich hier als der große Klima-Zampano dar und erklärt uns die Welt. Aber ich bleibe dabei Herr Bürgermeister, sie erhielten vor zwei Wochen unsere Anträge und sie haben es einfach nicht ausgehalten jetzt vor der Wahl der Untätigkeit bezeichnet zu werden. Sie haben einfach es nicht ausgehalten GRÜNE Anträge in Hülle und Fülle vorliegen zu haben, denen sie nicht zustimmen wollen, wo es aber auch schlecht aussieht, wenn sie dagegen stimmen. Ich kann ihnen versichern, ich habe ihren Dringlichkeitsantrag sehr genau gelesen. Ich dachte mir nur, so funktioniert Politik in unserer Stadt? So funktioniert der faire Umgang der Parteien untereinander? Denn sie hatten wirklich keinen Genierer, sie haben die Ideen gestohlen wie es nur geht. Fair wäre es gewesen die von uns eingebrachten Anträge zu diskutieren, von mir aus abzulehnen, abzuändern mittels eines Abänderungsantrags, aber sie schrieben nur eins zu eins ab und haben alles weggelassen was konkrete Maßnahmen und Zielsetzungen betroffen hätte. Deshalb kann ich nur sagen - wer hier die Populisten sind, ist ganz klar. Wir setzten uns immer schon für Klimaschutz ein und jetzt vor der Wahl springen sie auf diesen Zug auf, weil das Thema einfach in aller Munde ist.

Wir werden diesem Antrag trotz der weitgehenden Inhaltslosigkeit zustimmen, weil er ja schließlich die Überschriften von unseren Anträgen enthält. Aber ich bin gespannt wie sie dann stimmen werden, wenn unsere Anträge diskutiert werden und wenn es darum geht tatsächlich etwas zu tun.

GR. KR. Schönberger: Zu den km/h-Beschränkungen, die wir auf unseren Autobahnen haben: Auf der A 25 haben wir keine außer die Baustelle in Wels. Fährt man von Osten nach Westen durch die Stadt Wels, hat man knapp vor der Abfahrt Marchtrenk bis

ungefähr in Höhe Stadthof eine 100 km/h-Beschränkung. Das von 05.00 Uhr früh bis um 22.00 Uhr abends. An Sonn- und Feiertagen nicht, wobei Samstag als Werktag gilt. Das kann man nachlesen, wenn man ein wenig langsamer fährt. Von Westen nach Osten haben wir eine 100 km/h-Beschränkung, die auch wiederum nur temporär ist, nämlich von 05.00 Uhr morgens bis 22.00 Uhr abends, Samstag ist als Werktag zu sehen, an Sonn- und Feiertagen nicht. Enden tut sie dort, wo die 100 km/h-Beschränkung in die andere Richtung beginnt. 100 km/h sind noch immer nicht 80 km/h, so wie durch ganz Salzburg. Jetzt frage ich mich, was an diesem so kompliziert ist zu sagen, ja, das setzen wir bis zum 31.12.2019 um, wir haben die Kontakte. Das ist als Stadt durchaus umsetzbar. Damit würde sofort etwas für den Lärmschutz und für den CO₂-Ausstoß getan. Das ist eine Maßnahme, die man durchaus noch auf die Liste geben kann.

StR. Hoflehner: Mir geht es nicht darum künstlich diese Diskussion zu verlängern. Natürlich fasziniert mich dieses hin- und her-switchen zwischen Mikro- und Makroperspektiven, möglicherweise auch ein Hinweis darauf, dass diese Dinge zusammenhängen. Das wäre für mich kein Widerspruch. Ich möchte nur darauf hinweisen, wir befinden uns jetzt im Wesentlichen in einer CO₂-Diskussion. Klimaschutz und Klimawandel ist nicht nur eine CO₂-Diskussion. Aber das ist bekannt.

Um das auf die Stadt Wels umzulegen, wenn wir auf der einen Seite über unseren Mikrokosmos und über viele Dinge die im Laufen sind sprechen, dann möchte ich, dass wir ernsthaft und mit aller Sorgfalt das betrachten was wir bereits tun. Wir versiegeln im Norden der Stadt Wels, im Bereich der Autobahn große Flächen, das sollte auch ein Thema sein. Das Versiegeln ist für die Wirtschaft und die Betriebe wichtig, das ist tatsächlich Faktum. Das gehört meiner Meinung nach in diese Diskussion miteinbezogen.

Als Stadt Wels haben wir ein umfangreiches Projekt „Energistadt Wels“. Es ist zwar nicht mehr ganz up to date, weil sich viele Jahre hingezogen haben. Wir haben grundsätzlich eine Anleitung für die Zukunft und für die Gegenwart, die wir verfolgen können und sollen. Es hat sich manches verändert, manches hat sich anders gestaltet, die technische Entwicklung ist weiter gegangen, die Entwicklung Stadt hat sich verändert. Ich verstehe nicht warum wir das nicht in das Zentrum unserer Betrachtungen stellen.

Dort wo ich mir denke wir haben etwas getan, kommt jetzt Karl Schönberger mit seiner offensichtlich nicht sehr überzeugenden Forderung, warum wir nicht das Einfachste machen, und fordert von der Asfinag das was grundsätzlich rundherum durchaus üblich ist. Es ist nichts Neues, nichts Ungewöhnliches.

Für mich als Verkehrsreferent und vielleicht auch für andere braucht es natürlich Ziele und Strategien, sonst bleiben wir tatsächlich im Mikroklimakosmos. Dagegen habe ich nichts, auch im Verkehr nicht.

In den späten 70er oder 80er Jahren sagte ein Professor der Uni Innsbruck, wenn wir so weitermachen mit der Versiegelung der Böden im Tirolerischen, Salzburgerischen (dort wo die Skipisten sind), dann werden wir uns in Zukunft über Hochwässer und andere Naturkatastrophen nicht wundern müssen. Jetzt können wir die Frage wieder weiterdiskutieren, ist das jetzt eine natürliche Entwicklung oder eine von Menschen gemachte? Auf jeden Fall glaube ich, dass wir all diesen Entwicklungen unsere dementsprechende Aufmerksamkeit schenken sollen und müssen, insbesondere weil wir wirklich gute Handlungsanleitungen mehr oder weniger auf unserem Tisch liegen haben.

GR. Scheinecker, BA: Wir haben schon sehr viel diskutiert. Aufgreifen möchte ich das „Flaggezeigen“. Daran werde ich persönlich das Ganze messen. Ich freue mich, wenn wir über Dachbegrünungen und Fassadenbegrünungen des Kindergartenprojektes Neu in der Pernaun sprechen. Es wird hoffentlich ein Vorzeigeprojekt mit der Dachbegrünung und jede Menge Bäumen. Darin können wir messen, was dieser Antrag wert ist.

Es war eine sehr emotionale Debatte. Es wurde über Fakten gesprochen. Vorher rechnete ich mir Folgendes aus: Wir reden von Wels als dem Nabel der Welt. 0,2 % vom CO₂-Budget ist mehr als uns zusteht, weil Österreich stellt nur 0,11 % der Weltbevölkerung dar. So klein die Zahl auch ist, es ist mehr als uns zusteht.

GR. DI. Haydinger: Eingangs sagte ich bereits, es macht keinen Sinn seriös den Klimawandel zu diskutieren, aber da ich mehrfach erwähnt wurde, möchte ich nochmals die Gelegenheit für ein paar Worte nutzen.

Frau Mag. Schindler, weil sie Frau Prof. Kromp-Kolb ansprachen, eine kleine Information: Auch ich habe auf der BOKU studiert und sogar eine Vorlesung der Frau Professor Kromp-Kolb besucht, ich schätze sie sehr. Wenn ich möchte kann ich genauso Herrn Gruber, science master, den Chef des Planetariums, zitieren, der genau das Gegenteil behauptet. Der uns sicherlich nicht nahesteht, ganz im Gegenteil. Ich glaube er ist bekennendes SPÖ-Mitglied, also nicht, dass wir das Ganze wieder in den Bereich des Rechtspopulismus drängen.

Natürlich ist es sinnvoll in der Stadt Bäume zu pflanzen, mehr Grünflächen zu schaffen, das Radfahren in der Stadt attraktiver zu machen, nicht nur wegen des CO₂-Ausstoßes, vielleicht auch für die eigene Gesundheit. Aber hören wir doch bitte einmal auf die CO₂-Thematik am Klimawandel aufzuhängen. Wir in Wels und auch ganz Österreich werden den Klimawandel, egal ob von Menschen gemacht oder nicht, sicher nicht stoppen können. Setzen wir die heute zu beschließenden Maßnahmen um, um dadurch auch den Lebensstandard in Wels zu verbessern.

StR. Reindl-Schwaighofer: Die Debatte dauert bereits geraume Zeit. Bereits in den vorhergehenden Gemeinderatsitzungen bemerkten wir, dass dieses Thema den Gemeinderat immer mehr beschäftigt. Das ist der gesellschaftlichen Diskussion zum Thema geschuldet, d.h. es ist nicht egal wie wir mit unserer Umwelt umgehen, wie wir Verkehrsmittel wählen. Es hat eine Auswirkung. Jeder Gemeinderat ist ernsthaft besorgt über Auswirkungen von bestimmten Handlungen der Menschen.

Man kann natürlich Zahlen klein reden. Beim Energiestadtbericht geht es um die Frage des Footprints, d.h. wie viel Fläche auf unserer Erde stehen mir zu meiner Lebenshaltung zu. Das ist die Grundlage wenn es darum geht, ob wir über unsere Verhältnisse leben. Ich billige jedem zu, die Diskussion ernsthaft zu führen, dass es ihm um die Sorge seiner Enkel, seiner Kinder und sonstiger Menschen geht. Darum würde ich vorschlagen zu überlegen, wie wir dieses Thema herausheben können. Wir müssen nicht unbedingt den Klimanotstand beschließen, obwohl ich dem zustimmen würde. Anscheinend ist dieser in der Form nicht machbar, aber wir sollten z.B. eine fraktionell zusammengesetzte Kommission bilden, wo wir gemeinsam Maßnahmen, die wir als Stadt machen können, diskutieren und auf den Weg bringen können.

Wenn wir das aus den täglichen Auseinandersetzungen herausbringen, dann haben wir eine gute Chance bestimmte Dinge weiterzubringen, ohne dass wir mit gegenseitigen Vorwürfen arbeiten müssen. Es geht letztendlich um eine schnelle, umfassende Reaktion und jeder kann seinen persönlichen Einsatz einbringen. Es sind viele Dinge angesprochen worden, daher schlage ich vor die Thematik aus den täglichen Auseinandersetzungen herauszubringen. Es ist ja gerade Wahlkampf, deswegen verstehe ich das auch. Wir werden permanent von der Bevölkerung mit dem Thema konfrontiert. Es bewegt nicht nur die Medien sondern auch die Menschen.

GR. Zaunmüller: Inhaltlich bin ich der Meinung von StR. Reindl-Schwaighofer. Wenn es uns nicht bewegen würde, würden wir nicht bereits über zwei Stunden dieses Thema diskutieren. Ich bin 100%ig der Überzeugung, dass Umwelt- und Klimaschutz die Themen sind, die uns in den nächsten Jahrzehnten ganz intensiv beschäftigen werden. Es ist wichtig als kommunalpolitisch Verantwortliche unseren Beitrag dazu zu leisten. Es wurden einige wissenschaftliche Zitate angeführt und WissenschaftlerInnen namentlich erwähnt. Der große Tenor war bisher immer der extreme CO₂-Ausstoß ist dafür verantwortlich, dass das Ozonloch, welches sich hauptsächlich über der Antarktis gebildet hat, extrem groß ist und immer größer wird. Wenn sie heute in orf.at lesen, dann verwundert mich das. Angeblich ist das Ozonloch so klein wie vor 30 Jahren nicht mehr. Also die wissenschaftliche Diskussion möchte ich bewusst außeracht lassen, ich kann es auch nicht beurteilen. Ich weiß nicht, wer dazu berufen ist.

Karl Schönberger sagte, konzentrieren wir uns auf das, was wir in der Stadt machen können. Konzentrieren wir uns auf das, was jeder einzelne von uns machen kann. Da fallen mir schon ein paar Dinge ein. Wenn wir das ernst nehmen, können wir einen ganz großen Beitrag leisten. Wir werden nicht die Wirtschaftspolitik und die Umweltpolitik von China beeinflussen können. Wir können ganz bestimmt nicht die Wirtschafts- und Umweltpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika beeinflussen und schon gar nicht die von Russland. Aber wir können vor Ort - das jeder von uns im Kleinen - sehr viel dazu beitragen.

Ein bewusstes Einkaufsverhalten wäre ein sehr guter erster Schritt dazu. Brauchen wir wirklich die Mode, die aus Übersee, aus China, aus den Billiglohnländern kommt? Ein bewusster Umgang mit fossilen Brennstoffen hat jeder von uns in der Hand. Nehme ich das Auto oder lasse ich es stehen? Nutze ich den öffentlichen Verkehr? Der Verzicht auf Plastik, wenn wir wissen und hören, dass unsere Meere von Plastikmüll überschwemmt werden. Auch das ist ein Schritt, den wir ganz persönlich und jeder für sich machen kann.

Anschließen möchte ich bei der letzten Gemeinderatsitzung, wo wir uns für neue Leitlinien für den Fahrradverkehr einstimmig entschieden haben. Auch das wäre ein unglaublich produktiver Weg, um dem entgegenzuwirken, was wir alle nicht haben wollen. Bauen wir das Radverkehrsnetz der Stadt Wels aus, schaffen wir geeignete Infrastrukturen. Das beginnt damit, dass die Radwege ganz klar gekennzeichnet werden. Bemühen wir uns in diesem Segment stark zu werden. Ich darf daran erinnern, dass es viele deutsche Städte (z.B. Karlsruhe) gibt, die vor 10 Jahren sagten, wir möchten eine fahrradfreundliche Stadt werden, die es nach 10 oder 15 Jahre auch geschafft haben.

Das heute aufgenommene Foto vor der Stadthalle zeigt doch wie umweltaffin und wie fahrradaffin (mit Elektromotoren) die kommunalverantwortlichen Politiker sind. Also

nehmen wir das auf und schauen wir was jeder von uns selbst dazu beitragen kann. Damit wäre schon ziemlich viel erreicht.

GR. Weidinger: Den Tag wollte ich eigentlich heute nutzen, um in das letzte Drittel der Gemeinderatsperiode hineinzugleiten. Jetzt muss ich mich aber unbedingt zu Wort melden. Beim Betreten der Stadthalle war meine erste persönliche Frage, was hat sich verändert? Verändert hat sich gar nichts. Es gibt Endlosdiskussionen, wobei dieses Thema sehr wichtig ist. Was mich aber fasziniert ist diese gewaltige Explosion des Herrn Mag. Teubl, der mir persönlich vorkommt wie ein kleines Kind, das in der Sandkiste sitzt mit zwei Schauferl und einem Küberl und das Küberl wurde ihm jetzt weggenommen. Jetzt ist er wütend und macht permanent Rundumschläge.

Auch bin ich nicht ganz einverstanden mit diesem Weltuntergangsszenario von Kollegen Hufnagl. Grundsätzlich haben alle Wortmeldungen eines gemeinsam – wir müssen was tun. Das ist ganz wichtig. Kollege Zaunmüller sagte es bereits, Klima- und Umweltschutz fängt im Kleinen an. Eine kleine Episode: Seit kurzem bin ich begeisterter Busfahrer und Radfahrer. Ich wollte mir einen Bus bei einer Baufirma holen und musste dazu von der Noitzmühle Richtung SCW fahren. Das war eine Challenge, das muss ich ehrlicherweise sagen, das kann ich keinem Radfahrer raten. Ich dachte mir, hoppala so einfach ist es doch nicht mit dem Radfahren in Wels. Es passiert sehr viel, aber es gilt noch vieles umzusetzen.

Oder ich kaufe z.B. keine Früchte, die es bei uns im Sommer oder Winter nicht gibt. Es sind Kleinigkeiten, die wir persönlich jederzeit sofort ändern können. Aber ich gebe jedem Recht, es geht um das Klima, es geht um den Umweltschutz. Ich will keine Expertise aus dem Thema Umweltschutz. Mir persönlich ist es ein bisschen zu viel, normalerweise müsste ich sofort weglaufen und sagen, um Gottes Willen in drei oder fünf Jahren geht die Welt unter. Nein, so ist es nicht.

Aber im kleinen Rahmen müssen wir in Wels etwas ändern. Ob es jetzt die unzähligen Anträge der GRÜNEN sind, die nur einen Satz beinhalten, womit wir alle nichts anfangen konnten, denn was heißt das: Wels soll einen Campingplatz errichten. Dann zehnmal dieselbe Begründung – so muss ich sagen, da haben sich die GRÜNEN nicht sehr viel Mühe gemacht, wobei ich natürlich den Inhalt, das Grundgerüst verstehe. Aber allein bei diesem Antrag fehlt sehr viel.

Wir machten uns die Mühe uns mit dem Herrn Bürgermeister zusammenzusetzen und gewisse Punkte herauszuarbeiten, um etwas präsentieren zu können – nicht nur eine Überschrift. Aber, wie gesagt, die Wortmeldungen gingen alle in dieselbe Richtung. Wir müssen etwas tun – auch wenn manche sagen es dauert jetzt schon sehr lange -, das Thema Klima- und Umweltschutz muss uns in den nächsten paar Jahren berühren.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die engagierte und durchaus emotional geführte Diskussion. Meine Abschluss Worte möchte ich mit einer frohen Botschaft beginnen. Ich las gerade im ORF das Ozonloch hat den niedrigsten Stand seit dreißig Jahren erreicht. Nicht weil so wahnsinnig viel der Mensch gemacht hat, es hat sich natürlich geschlossen – so steht es zumindest im ORF. Jeder kann dies sofort nachlesen. Also Herr Mag. Teubl, kein Weltuntergang wie es 1980 noch hieß, das Ozonloch wird uns alle verbrennen, sondern wir sind guter Hoffnung, dass wir diese Katastrophe abgewendet haben.

Die zweite gute Botschaft, die ich ebenfalls gleich mitgeben möchte ist, wenn gesagt wird, wir tun nichts gegen den Klimawandel: Mit Verlaub, wir tun schon ganz, ganz lange etwas. Und zwar schon vor meiner Zeit als Bürgermeister beginnend, das hat sich auch immer fortgesetzt. Es beginnt beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (die Abendbusse wurden nicht umsonst eingeführt) und geht bis zur Pflanzung von 1.000 Bäumen. Bereits im Jahr 2015 gab es eine Presseaussendung der FPÖ, in der enthalten war die FPÖ fordert 1.000 Bäume mehr für Wels. Also wenn jemand von irgendjemanden abschrieb, dann haben sie von uns abgeschrieben und nicht wir von ihnen, um das einmal kurz anzumerken, auch was die Fairness betrifft – aber dazu komme ich ohnehin noch später. Es wurde in den letzten Jahren die Anzahl der Bäume massiv erhöht. Vzbgm. Raggl-Mühlberger sagte, wir haben wahrscheinlich seit 2015 1.000 Bäume mehr gepflanzt in dieser Stadt.

Vzbgm. Huber hat so viel Geld für Parkanlagen zur Verfügung wie nie zuvor. Wir haben das Personal im Umweltbereich nicht abgebaut, liebe Silvia. Wir ließen es gleich wie unter Bgm. Dr. Koits. Damals gab es schon zwei Personaleinheiten, die haben wir jetzt auch.

Vzbgm. Huber: Jetzt haben wir nur mehr eine.

Bgm. Dr. Rabl: Nein, weil Frau Ing. Heindl ebenfalls der Dienststelle zugehörig ist. Bekanntlich sind die naturschutzbehördlichen Aufgaben zur BH Wels-Land gewandert und Frau Ing. Heindl nun in der Dst. Umweltschutz arbeitet.

Insofern kann ich nur sagen Klimaschutz ist nicht etwas was wir erst seit gestern machen, sondern das tun wir schon ganz lange. Das geht weiter in der Niedrigenergiebauweise – das ist in Wels eigentlich Standard. Dazu hat sich der Gemeinderat bereits vor 2015 bekannt. Das wird natürlich fortgesetzt, weshalb ich es nicht mehr hören kann wenn es heißt, wir haben es erst gestern oder vorgestern erfunden. Nein, wir machen das schon ganz lange und schon lange bevor die GRÜNEN Anträge dazu eingebracht haben.

Herr Mag. Teubl, übrigens ist ihre Antragsflut natürlich nur dem Wahlkampf geschuldet. Weil die GRÜNEN endlich ein Thema entdeckten, wo sie irgendetwas vorweisen können. Wenn sie dann sagen, es ist nicht fair wie man hier umgeht, dann möchte ich ganz kurz auf diesen Themenblock eingehen. Ich schaute mir an, wer denn was tatsächlich machte. Also ich sage ihnen zur Förderung des Radverkehrs, hat sich StR. Hoflehner bereits Gedanken gemacht lange bevor dieser Antrag von ihnen gekommen ist. Wir sind gemeinsam nach Kopenhagen gefahren, um uns genau dieses Themas anzunehmen. Wir schauten was dort passiert und haben das lange vor diesem Antrag der GRÜNEN gemacht.

Attraktivierung des öffentlichen Nahverkehrs: Nicht nur, dass wir den Abendbus schon seit längerem eingeführt haben, auch die Pressekonferenz, die GR. Dr. Csar und StR. Hoflehner gaben, wurde schon vor Monaten vorbereitet, weil wir diese Vorlaufzeit für Maßnahmen brauchen. Auch hier haben sie aus meiner Sicht von uns abgeschrieben und nicht umgekehrt.

Was die Schaffung von zusätzlichen Parkanlagen und Pflanzungen betrifft - wie gesagt - wir fordern das seit 2015 und seit vier Jahren werden die Parkanlagen im Budget wesentlich besser bedeckt als je zuvor. Genau weil wir sagten, wir wollen hier etwas tun.

Oder die Berücksichtigung eines angemessenen Verhältnisses zwischen bebauter Fläche und Grünfläche. StR. Lehner hat lange vorher bereits diese Richtlinie vorbereiten lassen, lange bevor sie diesen Antrag eingebracht haben. Die Steigerung der Energieeffizienz im Wirkungsbereich des Magistrates geht auf Bgm. Dr. Koits zurück. Dieser hat den CO₂ Fußabdruck bereits beauftragt, damit ein 500.000 Euro-Projekt auf den Weg gebracht – übrigens mit Zustimmung aller Parteien des Gemeinderates.

Also sich jetzt hinzustellen und darüber zu klagen, dass nicht fair mit ihnen umgegangen wird, kann ich gar nicht nachvollziehen. Immerhin haben sie jene Maßnahmen, die es in der Stadt schon lange gibt, jetzt in Anträge gegossen um ein bisschen Munition für den Wahlkampf zu haben und sind jetzt beleidigt, weil sie aufgedeckt werden, dass es das, was vorhanden ist schon lange gibt. Insofern kann ich das aus ihrer Sicht nicht ganz nachvollziehen.

Wenn sie dann sagen Klimapolitik und Klimaschutz ist keine Aufgabe der Stadt und mich in diesem Zusammenhang zitieren, so zitieren sie mich zwar richtig, aber im Zusammenhang falsch. Damals sagte ich, es ist keine Aufgabe der Stadt Wels die Klimaschutzziele der Welt einzuhalten. Das ist doch etwas anderes als Klimaschutzpolitik in Wels zu betreiben. Das werden auch sie nachvollziehen können – gerade als Deutschlehrer sollten sie ja den Unterschied sehr rasch bemerkt haben. Insofern kann ich auch hier sagen, es ist nicht seriös was sie hier versuchen. Eines möchte ich zurückweisen (ich schrieb mir das von ihnen Gesagte extra auf): „... aus dem sich dann ergibt, dass Klimaschutz für die Stadt Wels oberste Priorität hat“, dann muss ich ihnen sagen, Klimaschutz hat in der Stadt Wels nicht oberste Priorität – zumindest nicht für mich als Bürgermeister. Für mich hat die Bekämpfung der Armut, die Problem Pflege, die Betreuung der Kinder, die Nachmittagsbetreuung, die Grünlandgestaltung, die Ausweitung der Parkanlagen – alle diese Dinge haben für mich oberste Priorität. Aber nicht das Klima. Würden wir das wirklich so handhaben, dann müssten wir es budgetär entsprechend berücksichtigen. Das würde natürlich massive Einschnitte in ganz vielen anderen Bereichen zur Folge haben. Eines ist klar – da gebe ich ihnen wieder Recht – Klimaschutz kostet auch Geld. Das Geld müssen wir woanders wegnehmen, außer wir machen jene verantwortungslose Budgetpolitik, dass wir sagen Schulden sind uns egal, wir können erhöhen was wir wollen. Wie das ausgeht sehen wir dann in Wien, wo die Schulden auf 5 Mia. Euro steigen und schon jetzt nicht mehr bekannt ist, wie man diese jemals zahlen will.

Insofern kann ich ihnen nur sagen, es geht mir um eine verantwortungsvolle Aufteilung dieser Budgetmittel nach ganz vielen Maßgaben und Themen, die wir in unserer Stadt haben. Man kann sich nicht beschränken auf ein einziges Ziel als oberste Priorität und dort alle Mittel hineingeben, sondern man muss schon noch andere Dinge mit Augenmaß im Blick haben. Das ist das, was dieser Koalition und was auch den Stadtsektorenfraktionen offensichtlich ein Anliegen ist. Deswegen setzt man sich zusammen, deswegen macht man mehrere Besprechungen, um diese Verteilung des Geldes in ganz viele Bereiche ebenfalls zu manifestieren.

Vielleicht noch ein kleines Beispiel dazu: Wenn wir vom Lärmschutz reden, reden wir nicht unbedingt vom Klimaschutz, trotzdem vom Umweltschutz. Der Lärmschutz ist für mich aber trotzdem ein Thema mit hoher Priorität. Ich würde den Lärmschutz jetzt nicht opfern dafür, dass ich mehr Klimaschutz betreibe, weil Lärmschutz etwas ist, was die Welser Bevölkerung betrifft. Alleine das Beispiel zeigt aus meiner Sicht sehr wohl, dass

man Umweltschutz ohne Klimaschutz betreiben kann und trotzdem der ganzen Sache eine hohe Priorität gibt. Insofern sage ich ihnen, ich bleibe dabei, Klimaschutz bleibt auch für die Stadt Wels relevant. Wir bemühen uns nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten, die wir haben, hier Maßnahmen und Zeichen zu setzen. Aber es ist für mich nicht die oberste Priorität für diese ganze Stadt. Es ist ein wesentlicher Teilaspekt, aber wie gesagt, diese Einordnung musste getroffen werden. Ich ersuche daher um Unterstützung für diesen Antrag.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

GR. Dr. Csar verlässt um 17.15 Uhr die Gemeinderatsitzung.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Walter Teubl

1.)

vordringlicher Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend „Klimanotstand“
Verf-015-I-15-2019

GR. Mag. Teubl: In der letzten Gemeinderatsitzung war den Kollegen von der FPÖ- und ÖVP-Fraktion offensichtlich der Begriff „Klimanotstand“ ein willkommener Anlass nicht darüber reden zu müssen, was der Antrag eigentlich gemeint hat. Daher versuchen wir es heute noch einmal einen Gemeinderatsbeschluss herbeizuführen, der sicherstellen soll, dass die Stadt Wels dem Klimaschutz oberste Priorität einräumt. Der Herr Bürgermeister hat aber soeben schon alles dazu gesagt. Nämlich, dass er nicht gewillt ist, dem Klimaschutz oberste Priorität einzuräumen. Das zeigt, der Bürgermeister und die Fraktionen der Rathauskoalition haben nicht begriffen was eigentlich auf dem Spiel steht, dass es hier um das Überleben der Menschheit geht und daher alle Themen zweitrangig sind.

Es gab Wortmeldungen, wie Wels ist so klein bzw. Österreich ist so klein und alles was wir machen hat keinen Einfluss auf das in der Welt Passierende. Die Chinesen sollen etwas tun, die Amerikaner sollen etwas tun – nur wir wollen nichts tun. Wenn das alle sagen, dann wird auch nichts passieren. Hier hat der Herr Bürgermeister schon wieder einmal nicht verstanden was es heißt die Weltklimaziele zu erfüllen. Das kann nicht nur ein Thema für die EU sein, sondern es muss auch ein Thema für die Stadt Wels sein. Auch wir müssen unseren Beitrag dazu leisten dieses Klimaziel von 1,5 Grad maximale Erwärmung zu unterschreiten oder zumindest einzuhalten. Dieses Abwälzen auf andere, auf die Chinesen oder Amerikaner, ist die eine Strategie.

Die zweite Strategie, die man häufig hört, jeder Einzelne muss etwas in seinem Bereich tun und wir müssen klein damit anfangen. Natürlich – und die meisten tun auch etwas! Niemanden von ihnen möchte ich absprechen, dass sie auch ihre Beiträge dazu leisten. Beispiele dafür hörten wir. Aber Politiker haben auf allen Ebenen dafür zu sorgen, dass diese Einzelnen auch die Möglichkeit haben etwas beizutragen und die Rahmenbedingungen für ein klimafreundliches Verhalten geschaffen werden. Nur dann wird etwas bewegt werden können.

Wir versuchen es also noch einmal mit dem heutigen Antrag, der lautet: „ Die Stadt Wels startet eine Klimaschutzoffensive, um einen angemessenen Beitrag zur Eindämmung klimaschädlicher Emissionen zu leisten. Als erste Maßnahme wird ein Klimaschutzbeauftragter installiert mit der Aufgabe in allen Ressorts sinnvolle Maßnahmen zu ermitteln und die dafür notwendigen Beschlüsse vorzubereiten.“

Lieber Peter, ich hoffe, dass ist optimistisch genug formuliert und ihr könnt dem zustimmen, zumal der Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion fast wortwörtlich gleichlautend ist. Ich nehme daher an, dieser Antrag wird heute die Zustimmung aller Fraktionen finden. Weil die Meinung vorherrschte Wels sei nicht zuständig, haben wir heute zehn Anträge eingebracht und das nicht, weil die Wahl vor der Tür steht, sondern um ihnen beispielhaft zu zeigen was geht, was die Stadt Wels tatsächlich tun könnte und welche Maßnahmen auch im kommunalen Bereich wirklich sinnvoll sind. Wir brauchen eine Energie-, eine Verkehrs- und eine Ernährungswende. Unseres Erachtens haben wir dafür in den Tagesordnungspunkten 15.-23. geeignete Vorschläge eingebracht.

Dafür hofften wir auf eine sachliche und faire Diskussion, diese Hoffnung war leider vergebens. Zum Einwand ein solch umfangreiches Paket an Maßnahmen sei nicht finanzierbar – u.a. behauptete das auch der Herr Bürgermeister – kann ich nur sagen, wenn wir jetzt nichts in Sachen Klimaschutz tun, müssen wir uns in der Zukunft mit Strafzahlungen auseinandersetzen. Dazu können wir immer noch sagen, das ist Sache der Bundesregierung und das geht uns nichts an. Andererseits müssen wir uns aber auch mit den Kosten der unmittelbaren Folgen der Klimakrise auseinandersetzen. Diese werden wir gerade in der Gemeinde zu spüren bekommen. Wir werden hier bezahlen müssen für Maßnahmen - die dann noch viel härter ausfallen - die Klimaveränderungen für unsere Bevölkerung abzumildern imstande sind.

Klimaschutzinvestitionen sind also Investitionen in die Zukunft und dafür muss Geld da sein. Das ist typisch ein Bereich für den es Sinn macht einen Kredit aufzunehmen. Wenn ich jetzt für dieses Geld mehr erreichen kann als in zehn Jahren, dann habe ich es gut investiert und dann habe ich diesen Kredit auch sinnvoll aufgenommen. Eine Verschuldung ist als Hypothek auf eine bessere Zukunft durchaus sinnvoll. Zugegebener Weise mögen ihnen manche der vorgeschlagenen Maßnahmen radikal erscheinen. Doch in der Klimapolitik läuft uns tatsächlich die Zeit davon und nicht radikale Maßnahmen sind hier einfach zu wenig. Radikal heißt, die Sache an den Wurzeln packen. Diese Wurzeln haben wir versucht in unseren Anträgen zu finden und entsprechende Anpackstrategien entwickelt.

In der Klimapolitik braucht es eine rasche und effektive Vorgangsweise und deshalb müsste sie meines Erachtens oberste Priorität haben. Mit der Zustimmung zu diesem Grundsatzantrag und den weiteren Anträgen, die wir ihnen heute hier vorlegen, können

sie dokumentieren, dass es ihnen doch nicht egal ist welche Lebensbedingungen die kommenden Generationen zu erwarten haben. Ich freue mich auf ihre Diskussionsbeiträge.

GR. Schäfer, BSc: Ich weiß nach wie vor nicht wie wir die geopolitischen Klimaängste von Herrn Mag. Teubl lösen sollen, aber vielleicht findet sich nach der anstehenden Wahl eine grüne Mehrheit im österreichischen Parlament, dann ist Greta bis Weihnachten arbeitslos und alle Probleme sind gelöst. Die Stadt Wien macht es gerade vor - Vorbild der GRÜNEN-Skandalregierung. Zurück zur Gemeindepolitik. Wir haben mit dem vorherigen Dringlichkeitsantrag ein umfassendes Klimaschutzpaket beschlossen und daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Tagesordnungspunktes in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Schäfer, BSc auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 3) in den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 18 Ja-Stimmen (FPÖ+ ÖVP-Fraktion)
8 Nein-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

Vzbgm. Huber, GR. Ganzert, GR. KR. Schönberger und GR. Mag. Simunovic sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend. GR. Dr. Csar hat die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Vzbg. Kroiß dankt für die Berichterstattung

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

2.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem der Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels vom 07.07.1998, MD-Verf-127-1998, über die Förderung der Tätigkeit der im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien aufgehoben wird
BdB-325-01-10-2019

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentalausschuss am 28.08.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge den Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels vom 07.07.1998, MD-Verf-127-1998, über die Förderung der Tätigkeit der im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien aufheben.

Einstimmig angenommen.

3.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend die Übertragung der Zuständigkeit für die Durchführung von Bauvorhaben an den Stadtsenat – Neufassung (Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2019)
Verf-015-W-15-2019

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 28.08.2019, der Gemeinderat möge die beiliegende Verordnung betreffend die Übertragung der Zuständigkeit für die Durchführung von Bauvorhaben an den Stadtsenat (Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2019) beschließen.

Vzbgm. Kroiß: Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es einen Zusatzantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, wie folgt:

Dem Beschlussantrag möge folgender Text hinzugefügt werden:

„Über Beschlüsse, die auf Grund der Anwendung dieser Verordnung übertragen werden, ist der jeweils dafür zuständige Ausschuss in Kenntnis zu setzen.

Der neue Beschlussantrag lautet daher folglich:

„Aus den angeführten Gründen wird beantragt, der Gemeinderat möge die beiliegende Verordnung betreffend die Übertragung der Zuständigkeit für die Durchführung von Bauvorhaben an den Stadtsenat (Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2019) beschließen. Über Beschlüsse, die auf Grund der Anwendung dieser Verordnung übertragen werden, ist der jeweils dafür zuständige Ausschuss in Kenntnis zu setzen.“

Bitte diesen Zusatzantrag in die Diskussion aufzunehmen.

GR. Ganzert: 52 Jahre alt ist diese Bauvorhaben-Übertragungsverordnung, welche wir heute aufgrund rechtlicher Voraussetzungen neu beschließen. Danke für die Verlesung unseres Zusatzantrages und danke an den zuständigen Stadtrat Peter Lehner. Natürlich haben wir volles Verständnis, dass die Informationen aus den Stadtsenatssitzungen im Sommer erst in Nachhinein kommen und das gelebte Praxis ist. Wir wollten das verankern. Deshalb schrieben wir zuständiger Ausschuss, als Information auch für die GRÜNEN und NEOS. Es kann leicht sein, dass sich die vorgesehenen Kosten eines Grundsatzbeschlusses beispielsweise für ein Bauvorhaben der Stadt erhöhen und deshalb soll die nötige Transparenz hergestellt werden.

Danke an dieser Stelle an die gesamte Produktgruppe Verfassungsdienst für die Unterstützung.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung samt Zusatzantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion (siehe oben) wird

einstimmig angenommen.

4.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2019/014

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 28.08.2019:

Die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird mit

gegen 27 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Dr. Csar hat die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

5.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2019/016

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 28.08.2019:

Die in der Anlage 7 dargestellte Kreditüberschreitung wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

6.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2019/017

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 28.08.2019:

Die beantragten Kreditübertragungen (Anlage 1) und Kreditüberschreitungen (Anlagen 2 und 3) werden genehmigt.

Einstimmig angenommen.

7.)

Objekt Magazinstraße 5;
Umbau zu einer Unterkunft für Polizeischüler
der Sicherheitsakademie; Grundsatzbeschluss
SD-KFM-163/1-2019
miterledigt: SD-TFM-1024-2019

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 28.08.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge das im Amtsbericht beschriebene Bauvorhaben betreffend Umbau des Hauses Magazinstraße zu einer Unterkunft für Polizeischüler der Sicherheitsakademie mit voraussichtlichen Gesamtkosten in der Höhe von € 715.776,00 grundsätzlich beschließen.

Bgm. Dr. Rabl: Die Tagesordnungspunkte 7. und 8. werde ich gemeinsam behandeln, weil sie als Beschlüsse mittelbar zusammenhängen und aus meiner Sicht eine getrennte Diskussion wenig Sinn macht.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

Vzbgm. Kroiß: Das Haus Magazinstraße 5 wurde 1967 eröffnet und bildete mit dem Haus Linzerstraße das alte Leopold-Spitzerheim. Natürlich ist das Haus in die Jahre gekommen und entsprach nicht mehr einer modernen Seniorenunterkunft, wurde sozusagen „leergewohnt“. Mit dem „Leerwohnen“ gab es Überlegungen was wir mit diesem Gebäude mit sehr guter Bauinfrastruktur machen können. Es gab Vorschläge für Wohnungen für die FH-Studenten oder auch Wohnungen für Beeinträchtigte.

Letztendlich ist die Entscheidung gefallen, dass das Haus Magazinstraße 5 als Unterkunft für Polizeischüler dienen soll. Rund 170 Schüler werden dort nächtigen. Ich bin wirklich sehr froh über diese Entscheidung zur Polizeischülerunterkunft, weil dadurch die Polizeischüler nicht nur in Wels zur Schule gehen, sondern hier auch nächtigen und ihre Freizeit verbringen. Ich und Kollege Weidinger wissen, dass gerade Polizeischüler neben dem Lernen natürlich auch Land und Leute kennenlernen wollen, Sport betreiben und Kultur genießen möchten und in der Nacht unterwegs sind. Ich bin mir sicher, dass durch die Polizeischüler die Beisel- und Nachtszene in Wels sehr positiv beeinflusst wird.

Diese Polizeiunterkunft bedeutet für mich einen weiteren wesentlichen Schritt für mehr Sicherheit in unserer Stadt. Ich möchte mich bei allen Beteiligten, insbesondere bei den Mitarbeitern der Dst. Rechtsangelegenheiten, für die rasche Umsetzung bedanken. Die Verhandlungen mit dem Ministerium, der Landespolizeidirektion etc. waren sehr schwierig und zeitaufwändig. Besonderer Dank gilt den Mitarbeitern des Facility-Managements, die sehr schnell die Musterzimmer einrichteten, damit wir zeigen können, dass diese Unterkunft realisiert werden kann. Besonderen Dank gilt den Mitarbeitern des Bundesministeriums für Inneres und der Landespolizeidirektion, die gemeinsam an einem Strang zogen um diese Polizeiunterkunft auch umzusetzen. Besonderer Dank gilt natürlich dem Bürgermeister, der mit Nachdruck die Verhandlungen vorantrieb und sich immer wieder selbst daran beteiligte. Natürlich werden wir als FPÖ-Fraktion zustimmen.

Vzbgm. Huber dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Vzbgm. Kroiß.

GR. MMag. Rumersdorfer: Ich hätte dazu zwei Fragen. Grundsätzlich war die Idee in dieses Objekt ein Generationenwohnen mit FH-Studierenden einzurichten. Ist dieses Projekt völlig gestorben oder wird ein anderer Standort überlegt? Warum wurde der Mietvertrag nur für so kurze Zeit vereinbart und nicht beispielsweise für zehn Jahre?

Bgm. Dr. Rabl: Das Generationenwohnen war dort nicht wirklich ein Thema, weil die dortige Barrierefreiheit eine Problematik mit sich bringt. Im Juni wurde im Gemeinderat im alten Teil des Leopold-Spitzer-Heims ein Baurecht für die Welser Heimstätte beschlossen. Diese errichtet nach den derzeit vorliegenden Plänen ein Generationenwohnen. An der Ausformung wird noch mit der Landesförderstelle getüfelt betreffend Förderungen für den Wohnbau.

Der Mietvertrag wurde deshalb nur für fünf Jahre erstellt, nicht weil wir nicht länger bleiben möchten, sondern weil eine mehr als fünfjährige Befristung zur Folge gehabt hätte, dass das Bundesfinanzministerium in die Verhandlungen miteinbezogen hätte werden müssen. Das hätte zu einer weiteren Verfahrensverlängerung geführt und das wollte man von BMI-Seite vermeiden. Nachdem der Mietzins ein durchaus guter ist für den Zustand des Gebäudes und sich vor allem auf die ganze Fläche umrechnet, ist es für die Stadt Wels sicher ein Glücksfall, dass wir diese Liegenschaft so gewinnbringend vermieten konnten.

GR. Weidinger: Ende gut, alles gut! Ich als Polizeibeamter bin natürlich froh über den Ausgang der Verhandlungen. Aus der Not heraus wurde 2015 ein Gebäude gesucht. Damals hatten wir einen Flüchtlingsansturm, den wir nicht mehr bewältigen konnten und es wurde eine Unterkunft für diese Menschen gesucht. Wir wurden mit der ehemaligen Frauenklinik fündig (mittlerweile Polizeischule). Der Strom an Flüchtlingen ist irgendwann versiegt und das Gebäude wurde nicht mehr als Unterkunft benötigt. Desto mehr bin ich stolz, dass sich das BMI bzw. die Stadt Wels dazu bekannt haben die Polizeischule nach Wels zu holen.

Wels liegt im Mittelpunkt von Österreich. Derzeit findet die Polizeischülersausbildung in Linz statt und wir alle wissen die Anreise nach Linz ist eher mühsam. Das BMI und die LPD haben sich entschieden auszusiedeln und in das Gebäude auf Wunsch oder Druck der Stadt Wels gemeinsam mit dem BMI die Polizeischule einzurichten. Jetzt ist der Idealfall eingetreten, denn es ist geplant im Vollausbau 15 Klassen in Linz und 15 Klassen in Wels zu unterrichten. Das ist einmalig in Österreich und sucht seinesgleichen, ist toporganisiert von den zuständigen Stellen. Mein Dank gebührt der Stadt Wels und der LPD, die dies ermöglicht haben. 15 Klassen mit je 25 bis 30 Schüler werden unterrichtet werden.

Natürlich gibt es junge Polizisten, die eine Unterkunft suchen und nicht mehr nach Hause fahren wollen. Es ist auch geplant aus den Bundesländern den Zuzug zu schaffen. Deswegen ist es gut, dass hier etwas angeboten wird. Ich denke, es wird eine Vollaustattung geben. Damit auch Mag. Teubl zufrieden ist - zur Rettung des Klimas müssen diese Schüler nicht mehr nach Hause fahren und können ihr Fahrzeug die ganze Woche stehen lassen. Die jungen Menschen sind vielleicht auch am Abend unterwegs – je nach Größe des Lerndrucks – und werden sich sicher durchaus in positiver Weise in

das Nachtleben mischen. Nicht zu unterschätzen ist der wirtschaftliche Faktor. Außerdem sind es sicherlich keine Personen, die uns hier Probleme machen. Es ist uns eine perfekte, runde Sache gelungen und ich möchte nochmals unseren Dank aussprechen.

GR. Kittenbaumer: Die neue Nachnutzung der Liegenschaft Magazinstraße 5 hat sehr viele positive Effekte. Die Polizeischüler aus der Sicherheitsakademie haben in unmittelbarer Nähe ihre Unterkunft. Außerdem wird der Bildungsstandort Wels positiv hervorgehoben, die Welser Wirtschaft wird davon profitieren und auch die Welser Gastronomiebetriebe, weil sich durch die Vermischung mit den Polizeischülern ein gewisses Sicherheitsgefühl einstellen wird.

Ein ganz wichtiger Faktor für mich ist das Budget der Stadt Wels, welches dadurch sehr positiv beeinflusst wird, weil eine ansehnliche und lukrative Mieteinnahme generiert wird. Der Herr Bürgermeister sagte kürzlich beim Bürgermeisterstammtisch in der VHS Perna, es wird das Sicherheitsgefühl der Bürger und der Gastronomiebetriebe positiv beeinflusst. Die SPÖ-Fraktion wird natürlich diesem Antrag zustimmen.

GR. Hufnagl: Meine Frage bezüglich der Länge des Mietvertrages wurde schon beantwortet. Gelernt habe ich, Polizisten gehen gerne fort. Wie sich die Sicherheit der Stadt Wels dadurch erhöht, erschließt sich für mich noch nicht ganz.

Zwischenruf Vzbgm. Kroiß: Man begleitet die Frauen nach Hause.

GR. Hufnagl: Sehr positiv finde ich, dass sich diese Adaptierungskosten von 715.000 Euro plus 20.000 Euro Erhaltungskosten pro Jahr amortisieren, weil wir in den 54 Monaten 1,3 Mio. an Mieteinnahmen lukrieren. Das heißt, es amortisiert sich relativ schnell und selbst wenn es als Ertragsobjekt zu sehen wäre, wäre das eine gute Rendite. Aus dem gesamtösterreichischen Blickwinkel sind es natürlich Kosten, die dem Steuerzahler erwachsen. Es stellt sich für mich die Frage, warum eine zusätzliche Polizeischule in Wels notwendig ist?

Mich irritierte eine Aussage von Ex-Innenminister Kickl vor einigen Tagen. In den Nachrichten war nachzulesen, dass er sich doch etwas Sorgen um die Polizeischule in Wels macht. Es sagte, dass man alles versucht rückgängig zu machen, was er als Innenminister erreicht hat und bezieht sich dabei konkret auf die Polizeischule in Wels. Dazu sagt er, es fehlen die notwendigen Planstellen und es werden nur Lehrkräfte eingesetzt, die bei anderen Schulen arbeiten usw. Hier stellt sich die Frage, wie gesichert ist, dass diese Polizeischule dauerhaft in Wels bleibt? Würde das wieder rückgängig gemacht, was wäre dann?

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

Vzbgm. Kroiß: Die erste Frage warum Österreich noch eine zusätzliche Polizeischule braucht, ist ganz einfach zu beantworten, weil in den nächsten Jahren mit ganz vielen Pensionsabgängen zu rechnen ist. Wenn die Geburtsjahrgänge 1960-1963 in Pension gehen, brauchen wir viele tausende Polizisten in Österreich und dazu benötigen wir Ausbildungsplätze. Ansonsten haben wir ein zeitliches Ausbildungsproblem. Es hat sich dieses leere Gebäude angeboten. Es gibt keinen besseren Platz im Herzen von Europa, im Herzen von Österreich, an einer Kreuzung, wo Ausfahrten in sämtliche Richtungen gehen. Das ist der Grund, warum die Polizeischule Gott sei Dank nach Wels gekommen

ist. Oberösterreich wird dann das größte Bildungszentrum außerhalb von Wien sein, weil insgesamt rund 1.000 Schüler ausgebildet werden, die wir auch dringend benötigen um die Abgänge zu ersetzen.

Beim angesprochenen Thema von Herbert Kickl ging es um die Planposten, weil derzeit noch viele Lehrer auf einer Polizeidienststelle angesiedelt sind und dort unterrichten. Allerdings müssen diese Planstellen noch geschaffen werden, damit Lehrer fix zugeteilt werden können. Ich bin mir sicher die Polizeischule wird noch lange - wenn nicht ewig - in Wels bleiben.

Vzbgm. Huber dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Vzbgm. Kroiß.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

8.)

Objekt Magazinstraße 5;
Mietvertrag mit der Republik Österreich
SD-KFM-163-2019

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 28.08.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge den Mietvertrag, abgeschlossen zwischen der Stadt Wels, vertreten durch ihre gesetzlichen Vertreter, Wels, Stadtplatz 1, und der Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Inneres, 1010 Wien, Herrengasse 7, betreffend die Liegenschaft EZ 665, KG 51242 Wels, Grst.Nr. 1960/2, mit der Adresse Wels, Magazinstraße 5, beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Silvia Huber

9.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Einrichtung einer Leit- und Koordinierungsstelle für
Umwelt- und Klimaschutz
Verf-015-I-29-2019

Vzbgm. Huber: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um einen Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend die Einrichtung einer Leit- und Koordinierungsstelle für Umwelt- und Klimaschutz. Ich habe diese Thematik bereits zu Beginn der Sitzung beim Dringlichkeitsantrag betreffend Klimaveränderung ausführlich begründet und ersuche um Diskussion und Beschlussfassung.

GR. Wiesinger: Bei diesem Initiativantrag geht es im Grunde um die Koordinierungsstelle. Diese ist im Dringlichkeitsantrag auch so angeführt, deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Wiesinger auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 10) in den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 24 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ+ ÖVP-Fraktion)
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion, NEOS)
angenommen.

Vzbgm. Kroiß und GR. Spindler sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend. GR. Dr. Csar hat die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

10.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Anpassung des oberösterreichischen Mindestpflegepersonal-
schlüssels für die Beschäftigten in den Alten- und Pflegeheimen;
Resolution an die Oberösterreichische Landesregierung
Verf-015-I-30-2019

Vzbgm. Huber: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um einen Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend die Anpassung des Oö. Mindestpflegepersonalschlüssels für die Beschäftigten in den Alten- und Pflegeheimen - Resolution an die Oö. Landesregierung. Diese wird aufgefordert den oberösterreichischen Mindestpflegepersonalschlüssel für die Beschäftigten in den Alten- und Pflegeheimen den aktuellen Anforderungen entsprechend anzupassen. Die Berechnungen, welche dem Personalschlüssel zu Grunde liegen, sind seit dem Jahr 1996 nahezu unverändert. Die Anforderungen an die Beschäftigten in den Alten- und Pflegeheimen haben sich in den vergangenen Jahren maßgeblich verändert. Weder die Altersstruktur der Beschäftigten noch die Einschränkung von z.B. schwangeren Beschäftigten oder von begünstigten Behinderten, von Mitarbeitern mit physischen oder psychischen Einschränkungen spielen eine Rolle – alle Personen werden im Personalschlüssel gleich berücksichtigt.

Ich bin der Meinung Pflege muss attraktiver werden und deshalb muss auch an diesem Schraubchen gezogen werden. Die Bewohnerstruktur hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert, so ist Anzahl der an Demenz erkrankten Bewohner in den Alten- und Pflegeheimen kontinuierlich gestiegen. Klar ist, dass der Pflege- und Betreuungsaufwand von an Demenz erkrankten Bewohnern deutlich höher ist als bei nicht dementen Bewohnern. Dieser zusätzliche Aufwand ist in den, aus dem Jahr 1996

stammenden Berechnungen des oberösterreichischen Mindestpflegepersonalschlüssels nicht erfasst. Für die Beschäftigten und die Bewohner ist es wichtig, dass das Personal sich der Pflege und Betreuung widmen kann.

Die Mitarbeiter in den Pflegeberufen erleben ihre Arbeit als sinnstiftend und bereichernd. Der oberösterreichische Arbeitsklimaindex zeigt, dass 43 % der Pflegekräfte ihre Arbeit auch sehr stark belastend finden. Als Begründung wird der enorme Aufwand an Dokumentation etc. angeführt. Es gibt dazu eine aktuelle Studie der Arbeiterkammer OÖ. Hier wurden Akteure in der stationären Langzeitpflege befragt. Die Befragten begrüßen die gesetzlichen Mindestvorgaben, schildern aber gleichzeitig, dass die derzeitigen Herausforderungen durch den vor über 20 Jahren entwickelten Schlüssel oft nur sehr schwer zu bewältigen sind. Ich glaube, Pflege muss attraktiver sein und dazu braucht es diese erste Maßnahme - eine Ausbildungsoffensive. Aus diesen Gründen darf ich sie ersuchen diese Resolution an die Oö. Landesregierung zu verabschieden, damit das Land rasch tätig werden kann.

StR. Josseck-Herdt: Sehr geschätzte Referentin! Silvia, ich schätze dich, weil du dir ein großes Wissen in diesem Bereich angeeignet hast. Du warst sehr lange Referentin und für die Seniorenbetreuung zuständig und deshalb wundert es mich, dass du diesen Antrag stellst. Du weißt genau, dass die Sozialreferentin (SPÖ) im Land dies sowieso ohne weiteres anregen und den Antrag im Landtag selbst stellen kann. Mir ist nicht bekannt, dass sie das jemals getan hat.

Meiner Meinung nach geht dieser Antrag an der Realität vorbei. Was ist tatsächlich los im Pflegebereich? Wir haben zu wenig Pflegepersonal, wobei wir in Wels noch gut dran sind. Wir berücksichtigen auch die Schwangeren den Vorschriften entsprechend. Ich habe Auftrag gegeben sehr bald schon den Ersatz zu suchen für zukünftig in Karenz gehende Frauen. Es ist doch so, dass wir gerade in Oberösterreich und auch in Salzburg Abteilungen von Alten- und Pflegeheimen zusperrten - Betten bleiben leer, weil kein Pflegepersonal vorhanden ist.

Der Beruf muss attraktiver und Möglichkeiten geschaffen werden. Die Ausbildung muss reformiert werden und es müssen Stipendien für jene, die im zweiten Bildungsweg diesen Pflegeberuf erlernen wollen, gesichert sein. Das alles gehört in eine Pflegereform. Vielleicht kann auch die Pflegeeinstufung überdacht werden, weil die Demenz viel zu wenig beachtet wird und nicht mit dem nötigen Maß in die Pflegeeinstufung hineinfließt.

Aber das sind lauter Rädchen und du sagst, dass du ein Schraubchen drehen möchtest. Mir ist das zu wenig. Aus jeder Ecke wird zugerufen, wie wichtig die Pflege ist, denn das ist ein Thema, welches wir alle im Bewusstsein haben. Vielleicht ist es unmittelbar wichtiger als der Klimaschutz, weil wenn sie Angehörige in den Familien haben, die sie aus beruflichen oder anderen Gründen nicht pflegen können, dann ist das ein existentielles Problem. Von der einen Seite wird gerufen, man muss für die Angehörigen etwas tun und von der anderen Seite für die Mitarbeiter. Je nachdem von welcher Seite man sich Stimmen für die nächste Nationalratswahl erhofft.

Ich bin der Meinung wir bzw. der Bund und das Land müssen die Pflegereform angehen. Dann reden wir über die einzelnen Rädchen, die wir drehen. Jetzt ist es zu bald. Es kommt mir so vor, wie seinerzeit vor der letzten Nationalratswahl als der Pflegeregress abgeschafft wurde mit dem Argument, den Pflegeregress jetzt abzuschaffen und dann

machen wir die Pflegereform. Nein! Die Pflegereform muss angegangen werden, muss auf dem Tisch liegen und dann gehen wir die einzelnen zu erledigenden Schritte durch. Das wichtigste ist Personal zu finden.

GR. Mag. Schindler: Vzbgm. Huber hat in ihren Ausführungen klar und deutlich gezeigt, warum und wieso es eine dringende Überarbeitung des Mindestpflegepersonalschlüssels braucht. Auch Experten weisen hier immer sehr stark darauf hin. Es ist für uns und die Betroffenen in diesem Bereich ganz klar, dass das Personal in den Pflege- und Gesundheitsberufen dringend entlastet werden muss. So haben die Gewerkschaften erst kürzlich mehr als 10.000 Unterschriften für höhere Entlohnung und eben auch bessere Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen gesammelt und Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer aufgefordert in diesem Bereich rasch aktiv zu werden. Dr. Csar ist dankenswerter Weise einer der Hauptakteure in dieser Initiative.

Auch die Betriebsräte zeichneten im Juni erst auf, dass es so einfach nicht mehr weitergeht. Ohne faire Bezahlung und bessere Rahmenbedingungen können wir heutzutage niemanden mehr für diesen Beruf gewinnen. Die Anpassung des Mindestpflegepersonalschlüssels für Beschäftigte in Alten- und Pflegeheimen ist hier ein kleines Rädchen und als Einzelmaßnahme sehr wenig. Aber es ist ein starkes Zeichen, ansonsten hätte Kollege Dr. Csar hier kein Zeichen gesetzt und den Landeshauptmann bereits dazu aufgefordert. Ansonsten hätte Bürgermeister Dr. Rabl nicht gesagt, dass die Pflege eine der obersten Prioritäten ist. Aus diesem Grund bitte ich sie um Zustimmung zu diesem Antrag, dass wir in diesem Bereich gemeinsam noch einmal aktiv werden. Hier kann man sicher ablesen, ob es nur leere Worthülsen sind oder ob sie ein Zeichen setzen möchten.

GR. Wiesinger: Bei diesen drei Wortmeldungen ist überall etwas Richtiges enthalte. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass das Thema Pflege genauso wichtig ist wie das Thema Umwelt. Wir müssten daher darüber genauso lange diskutieren. Es macht einen Unterschied ob jemand Pflegestufe 4 oder Pflegestufe 7 hat und deshalb ist es richtig über die Pflegeschlüssel zu diskutieren. Ja, es ist korrekt, dass Dr. Csar in diesem Bereich Initiativen setzt und das ist auch der Grund, warum er heute früher gehen musste. Es gibt nicht nur in Salzburg, sondern auch in Oberösterreich Pflegeheime mit geschlossenen Stockwerken, weil kein Personal vorhanden ist.

Deshalb muss man mit solchen Anträgen etwas vorsichtig sein auch mit dem Wissen, dass das Land diesen Antrag fast wortgleich schon in einem Ausschuss diskutierte. Dort wurde er ebenfalls zurückgestellt um sich anzusehen, was das Ganze bedeutet. Ich glaube, wir sollten uns in der Stadt Wels auch ansehen welche Auswirkungen es hat, wenn wir den Pflegeschlüssel anheben. Denn ich möchte nicht, dass in Wels Stockwerke geschlossen werden, weil wir eine Resolution an das Land schicken und diese angenommen wird. Deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag im zuständigen Ausschuss zu diskutieren.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Wiesinger auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 11) in den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 20 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
7 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)
angenommen.

GR. Scheinecker, BA, GR. Mag. Teubl und GR. Hufnagl sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend. GR. Dr. Csar hat die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und unterbricht die Gemeinderatsitzung zur Abhaltung der Bürgerfragestunde von 18.00 bis 18.11 Uhr.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

11.)

Planung des kulturellen Veranstaltungsprogrammes für die Saisonen 2020/2021 und 2021/2022; Grundsatzbeschluss BK-K-73-2019

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 03.09.2019:

Die Dienststelle Veranstaltungsservice und VHS wird mit der Planung des kulturellen Veranstaltungsprogrammes für die Saisonen 2020/2021 und 2021/2022 (Internationales Welscher Figurentheaterfestival, Welscher Abonnementkonzerte, Welscher Theaterspielplan, Burggartenkonzerte), basierend auf den Voranschlag für das Jahr 2019 und dem Kulturleitbild der Stadt Wels nach Maßgabe der budgetären Mittel, grundsätzlich beauftragt.

GR. Wohlschlager: Es ist mir bei diesem Tagesordnungspunkt ein besonderes Anliegen die Bedeutung der Burggartenkonzerte hervorzuheben. 8.100 Besucher und 13 Konzerte sind die Bilanz der abgelaufenen Saison. Jeder von ihnen, der bereits einem Burggartenkonzert beigewohnt hat weiß, dass es über die Stadtgrenzen von Wels hinaus einen wahrlich guten Ruf genießt. Nicht nur die Nachfrage der Besucher ist enorm, sondern auch die der Musikkapellen. So gibt es immer Wartelisten bei der Erstellung des neuen Programms. Auch der Plan für 2020 ist bereits wieder fertig. Am 06. Juni wird die Burggartenkonzertsaison traditionell vom Musikverein der österreichischen Bundesbahner Wels eröffnet. Es folgt u.a. die Polizeimusik Oberösterreich, die Trachtenmusikkapelle Bad Leonfelden und traditionell macht die Militärmusik Oberösterreich den Abschluss.

Verweilt man vor oder nach dem Konzert noch etwas in der Innenstadt dann merkt man, dass die Besucher nicht nur zum Konzert kommen, sondern davor gemütlich in der Innenstadt Essen gehen oder sich danach in einen der zahlreichen Gastgärten bei einem Getränk oder Eis noch stärken. Wels pulsiert und erlebt bei den Burggartenkonzerten auf jeden Fall.

GR. Zaunmüller: Selbstverständlich hat all das soeben von der Kollegin Gesagte Berechtigung, aber mir ist es ein wenig zu wenig. Ich sagte vor einigen Jahren, dass

Wels Kultur hat, weil es sehr viele Kulturschaffende, sehr viele Künstler gibt, die Fantastisches produzieren. Außerdem gibt es sehr viele Kulturvermittler, die ihr ganzes Herzblut, ihr Engagement und ihre Ateliers zur Verfügung stellen, damit diese Kultur auch aufgeführt werden kann. Wels hat auch Kultur, weil es ein großartiges Publikum gibt, das diese Kulturveranstaltungen besucht und mit ihrem Applaus, den Eintrittsgeldern und den Käufen das unterstützt. Das nur auf die Burggartenkonzerte zu reduzieren, wäre mir zu kurz gegangen.

Mir fehlen ein wenig, Kinder und junge Leute für Kunst und Kultur zu begeistern und ich kenne die Herausforderungen und Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben. Hier leistet Herr Schmidinger mit den Jeunesse-Konzerten eine ausgezeichnete Arbeit. Es besteht ganz viel Luft nach oben und es sollte uns gelingen Kinder und Jugendliche verstärkt an das Kulturleben der Stadt Wels heranzuführen, denn die Kinder und Jugendlichen von heute sind die Kulturkonsumenten von morgen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Ich bedanke mich herzlich für das Erwähnen der Burggartenkonzerte, aber auch für die Erweiterung von GR. Walter Zaunmüller. Hier geht es darum, dass wir nicht nur Verträge mit den Teilnehmern der Burggartenkonzerte abschließen. Diese finden schon seit mehr als 20 Jahre statt. Wir haben immer wieder hervorragende Theaterproduktionen und Abonnementkonzerte. Hier ist es schwierig und es braucht viele Initiativen, um Jugendliche und Kinder in dieses Kulturleben einzubinden. Nicht zuletzt sind wir mit Unterstützung vom Kollegen Schmidinger auf gutem Weg. Ich danke für die Debatte und obwohl die Zeit schon so weit fortgeschritten ist, ist es für die meisten sehr wichtig, was sich in Wels kulturell tut.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

12.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Weiterführung bzw. Erweiterung der Lernwerkstatt
Verf-015-I-28-2019

StR. Reindl-Schwaighofer: Dieser Antrag beschäftigt sich mit der Lernwerkstätte, welche zum Leidwesen von vielen Eltern, von Pädagogen in den Stadtteilen und auch von mir eingestellt wurde. Beim angesprochenen Nachfolgeprojekt soll in jeder Schule ohne Ganztagesbetreuung eine Aufgabenbegleitung gemacht werden. Das ist eine wunderbare Initiative und passt genau, ist aber kein Ersatz für die Leistungen der Lernwerkstätten in der Noitzmühle und der Gartenstadt.

Der Unterschied ist ein sehr gravierender, weil wir es bei den Lernwerkstätten oder bei Projekten dieser Art schaffen Jugendliche zu erreichen, die wir sonst nicht erreichen werden. Den Pädagogen in diesen beiden Lernprojekten ist es gelungen mit den Eltern zu arbeiten. Durch die Wohnnähe von Kindern mit oft migrantischer Herkunft, von sozial Schwächeren bildungsferner Schichten ist es gelungen, dass auch Eltern eingebunden werden. Das ist der Unterschied auf den es langfristig ankommt, wenn wir davon reden

ein Hausaufgabenprojekt in der Schule zu machen oder die Lernwerkstätten in den Stadtteilen umzusetzen.

Was könnte der Hintergrund sein, warum solch erfolgreiche Projekte mit vielen Kindern, die aus einem Umfeld kommen, das nicht sehr lernaffin ist, eingestellt werden? Soweit ich es nach einigen Recherchearbeiten im Bereich der Fördergeber herausgefunden habe, hat der ÖIF Projekte eingestellt. Lange Jahre wurde das Projekt Lernwerkstätte aus diesem Bereich finanziert, das wurde jetzt eingestellt und eine andere Förderschiene geöffnet. Diese andere Förderschiene fordert aber diese Lernprojekte in den Schulen, deshalb wurden die Stadtteilprojekte eingestellt.

Wenn sich das wirklich so bewahrheitet, dann ist das im Wesentlichen eine vollkommene Fehlleitung von Initiativen. Für uns muss es wichtig sein, dass wir die Jugendlichen und vor allem die Volksschulkinder erreichen, die eine Lernunterstützung brauchen. Wenn wir diese Projekte einstellen, dann vertun wir uns die Chance, dass wir Kinder erreichen, die wir sonst nicht erreichen. Ich habe mir die Mühe gemacht mit den Pädagogen zu reden, die dort sehr engagiert gearbeitet haben. Diese machten in allen Gesprächen deutlich, dass das Besondere an diesem Projekt der niederschwellige Zugang zu den Familien ist. Wenn wir in der Stadt Wels mit den Herausforderungen, die wir im Bildungsbereich haben, wegen fehlender Budgetmittel soweit kommen im Bereich der Integration solche erfolgreichen Projekte einzustellen, dann müssen wir uns die Frage stellen, wie wir langfristig verantworten können, dass wir in Wels noch immer die schlechteste Quote von Jugendlichen bis zum 25. Lebensjahr in ganz Österreich haben.

Setzen wir jetzt nicht bei den Kindern an, werden wir in 10 bis 15 Jahren noch immer die schlechteste Quote haben. Ich ersuche sie gemeinsam eine Chance für Kinder aus bildungsfernen Schichten zu entwickeln. Es geht in diesem Zusammenhang nicht darum Projekte einzustellen, sondern wir müssen diese Familien und diese Kinder suchen und Lernwerkstätten in den anderen Stadtteilen anbieten. Ich bin überzeugt, wir würden das sofort in der Pernau und der Neustadt benötigen. Es ist sehr gut in den Schulen ohne Ganztagesangebote am Nachmittag Lern- und Hausaufgabenunterstützung zu machen, aber es ist kein Ersatz für die Lernwerkstätten in den Stadtteilen.

Laut einer OECD-Studie wurde bei der Frage der jungen Menschen bis zum 25. Lebensjahr wieder ausgewiesen, dass wir in Wels über dem Durchschnitt liegen. Der Österreichdurchschnitt liegt bei 14 % und in Wels sind wir bei fast 21%. Wenn wir hier weiterhin schlafen, sparen auf Kosten der Zukunft der Kinder, dann sind wir gemeinsam mitverantwortlich dafür wenn sich in Zukunft in diesem Bereich nichts verändert. Ich ersuche sie diesen Antrag gemeinsam zu beschließen und bin gerne bereit mit den Zuständigen in einen Dialog zu treten, um diese Projekte so aufzusetzen, dass es unsere Kinder weiterbringt.

Vzbgm. Kroiß: Es ging uns nicht um die Einstellung eines erfolgreichen Projektes, sondern es geht uns darum dieses Projekt noch zu verbessern. Ich bin der Meinung, dass dieser Antrag obsolet ist, weil dieses bereits von dir ausgeführte Projekt in den Schulen weitergeführt wird und damit wird das Projekt auch in den Stadtteilen weiter ausgeführt. Ich weiß, es sind sehr viele mit dem Thema Lernwerkstatt vertraut, erlaube mir aber trotzdem die Chronologie dieser Lernwerkstatt darzustellen.

Im Frühjahr 2014 wurde in der Noitzmühle und der Gartenstadt die Lernwerkstatt ins Leben gerufen. Damals hatte nur die Leitung eine pädagogische Ausbildung. Wir fragten uns wie wir diese Lernwerkstatt quantitativ und qualitativ verbessern können. Es wurden damals 36 Kinder unterstützt. Ab dem Schuljahr 2016/17 erweiterten wir in der Noitzmühle und Gartenstadt diese Lernwerkstätten so, dass alle Lehrer eine pädagogische Ausbildung benötigen und es wurde die Werteschulung eingeführt. Wir dachten bereits damals nach wie wir das Angebot noch weiter verbessern können, um noch mehr Kinder zu erreichen und haben jetzt in Absprache mit den Schulleitern uns entschlossen die Lernförderung in die Schulen zu verlagern. Manche sagen zu dir, das war schlecht, aber ich unterhalte mich auch mit den Pädagogen, viele befürworten das Ganze. Es gibt dazu ein Für und ein Wider. Tatsache ist, wir haben das mit den Schulleitern abgesprochen.

Warum verlagerten wir die Lernförderung? Nicht, wie du mutmaßt aus budgetären Gründen. Wir fragten uns wie wir das Angebot erweitern und verbessern können und bieten es jetzt in den Stadtteilen und nicht nur in den Quartieren an. Mit der Ausweitung in den Schulen können wir wesentlich mehr Kinder erreichen und diesen Unterstützung anbieten. Gerade durch das direkte Anbieten am Schulstandort kommt es zu einem besseren Verständnis und Vernetzung von Schülern, den Eltern und den Pädagogen. Wie bereits ausgeführt haben die Schulleiter diese Verlagerung in die Schule befürwortet. Johnny, du kannst den Kopf schütteln, es wurde befürwortet.

Zwischenruf StR. Reindl-Schwaighofer: Ich habe andere Mails.

Vzbgm. Kroiß: Dann haben wir beide unterschiedliche Informationen und auch in der BIFI-Studie wurde darauf hingewiesen, dass die Lernunterstützung am besten in den Schulen oder in der unmittelbaren Umgebung erfolgen soll. Das heißt, wir haben den besten Weg gewählt.

Wir werden ab Oktober 2019 im Quartier zwei Mal in der Woche eine Kreativwerkstatt für Volksschulkinder anbieten und werden dieses Angebot nach der Startphase auch auf die Noitzmühle erweitern. Bei dieser Kreativwerkstatt geht es auch um soziale kognitive Kompetenzen, spielerisches Deutschlernen, Bildungskarriere unterstützen. Das heißt abschließend, das Projekt wird in verbesserter Form fortgeführt, es können noch mehr Kinder das Angebot annehmen und wir gehen in die Stadtteile.

Johnny, du möchtest noch die Gespräche suchen und dein Satz, dass für viele Kinder der nachmittägliche Schulbesuch eine Hürde darstellt, darüber kann noch diskutiert werden. Deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Vzbgm. Kroiß auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 13) in den zuständigen Ausschuss wird mit

	<u>29 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
gegen	<u>1 Nein-Stimme</u> (NEOS)

angenommen.

GR. Dr. Csar hat die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadtrat Peter Lehner

13.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die
Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015, Änderung Nr. 60,
und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015, Änderung Nr. 25
BauR-269-05-4-2019

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 02.09.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015, Änderung Nr. 60, und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015, Änderung Nr. 25, beschließen.

StR. Josseck-Herdt: Was lange währt, wird endlich gut! Es ist noch nicht ganz gut, weil der Kindergarten noch nicht steht, aber der erste Schritt in die richtige Richtung wird mit der Umwidmung gesetzt. Ich habe den vorläufigen Plan gesehen, dieser ist sehr klug gemacht, denn das Grundstück mit seinen Macken, mit dem Bach und dem Grünland dazwischen wird wirklich sinnvoll ausgenützt. Sinnvoll ausgenützt betreffend die Erweiterungsmöglichkeiten. Wir sind ursprünglich von einem 6-gruppigen Kindergarten (Krabbelstube + 5 Kindergartengruppen) ausgegangen, dann erweiterten wir auf mein Anraten auf sieben zusätzliche Kindergartengruppen und weil der Plan so klug ist, können wir ohne weiteres noch um eine Gruppe erweitern. Der Herr Bürgermeister erachtet das auch für sinnvoll und ich bin sehr froh für 8 Gruppen den Bau zu starten.

Dadurch können wir nicht nur die Kinder aus der Lessingstraße unterbringen, sondern sind auch für zusätzliche Anfragen und Bedürfnisse gerüstet. Das ist zukunftsorientiert - es handelt sich dabei um einen wirklich ansprechenden Plan. Heute kann man es sich nicht mehr leisten, wie in der Herderstraße, ein riesengroßes Grundstück zu haben, darauf einen Kindergarten mit 4 Gruppen zu errichten ohne Option auf Erweiterung oder Aufstockung. Dieser gehört in einigen Jahren abgerissen. Ein neuer Kindergarten muss gebaut werden, denn anders ist dieses Grundstück nicht zu nützen.

Wir haben natürlich vor sämtliche Klimaschutzmaßnahmen zu treffen. Es wurde auch beschlossen die Feuerwehrezufahrt nicht zu verdichten, sondern es soll ein Rasen mit entsprechender Befestigung werden. Es wird keine Asphaltierung dort stattfinden. Es werden sehr viele Bäume gesetzt, wobei ich mich frage, ob überhaupt so viele Bäume dort Platz finden. Sie können sich darauf freuen, der Kindergarten wird klimafreundlich und vor allem kinderfreundlich.

Bgm. Dr. Rabl: Danke! Beim Kindergarten zählt wahrscheinlich die Kinderfreundlichkeit mehr als Klimafreundlichkeit.

StR. Lehner: Wir werden bei der nächsten Sitzung des Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschusses nach erfolgtem Kostendämpfungsverfahren den Planungsschritt präsentieren, damit sich alle ein Bild machen können. Es ist wirklich eine sehr gelungene Planung, wir werden hier natürlich sehr transparent vorgehen.

Liebe Margarete, ich möchte dir widersprechen, denn das Grundstück hat keine Macken sondern ist bestens geeignet. Jedes Grundstück hat entsprechende Herausforderungen. Ein Grundstück mit einem Bach in unmittelbarer Nähe zu einem Kindergarten birgt sicherheitstechnische Herausforderungen. Speziell zur Vermeidung einer sommerlichen Überhitzung sind nicht nur die geplanten baulichen Maßnahmen von Vorteil, sondern auch dieser sich in unmittelbarer Nähe befindliche Bach. Dadurch kommt es zu einer positiven Beeinflussung des Mikroklimas. Das heißt, wir haben für unsere Kinder wirklich ein makelloses Grundstück gefunden und ich bin froh, dass wir diesen Beschluss für die Widmung heute fassen können.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die Ausführungen! Zum Mikroklima möchte ich ein kleines Geheimnis verraten, der Kindergarten wird sogar mit einer Nachtlüftung ausgestattet, sodass optimale Temperaturbedingungen für die Kinder vorhanden sind. Das alleine kostet allerdings mehr als 50.000 Euro.

Der Antrag zu Punkt 13. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

GR. Haböck und GR. Hufnaql verlassen die Sitzung des Gemeinderates um 18.35 Uhr.

Berichterstatterin Gemeinderätin Mag. Sabine Brenner-Nerat

14.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
den Erhalt und die Attraktivierung des Vogelweider Wochenmarktes
Verf-015-I-27-2019

Bgm. Dr. Rabl: Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es einen Abänderungsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, wie folgt:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Wels bekennt sich dazu, den Markt in der Vogelweide zu erhalten und alle Beteiligten zu unterstützen, um den Markt wieder attraktiver zu gestalten.“

Bitte diesen in die Diskussion miteinzubeziehen.

GR. Mag. Brenner-Nerat: Der Vogelweider Wochenmarkt besteht seit dem Jahr 1952 und versorgt die Bewohner der Vogelweide mit Gütern des täglichen Bedarfs. Dieser Antrag

ist nach der heute schon geführten Debatte sehr wichtig, weil wir gleich handeln können für die Bürger der Stadt Wels.

Es ist richtig, dass der Markt in den letzten Jahren an Attraktivität verlor. Das liegt aber vor allem daran, dass der Vogelweider Wochenmarkt in den letzten Jahren seitens der Stadt Wels sehr stiefmütterlich behandelt wurde. Während in die Infrastruktur des Wochenmarktes im Stadtzentrum investiert wurde, wurde der Markt in der Vogelweide leider vernachlässigt. Das führte dazu, dass die Attraktivität und auch das Interesse am Markt ständig sank. Wir wollen aber keine ausschließliche Konzentration auf das Zentrum, sondern eine Wertschätzung und Aufwertung der Stadtteile, im konkreten Fall den Ausbau der Infrastruktur bzw. die Erhaltung des Marktes in der Vogelweide.

Es ist schade und eine verpasste Chance, dass das geplante Ende des Vogelweider Marktes ohne Rücksprache mit den Marktbesuchern beschlossen wurde. Nach zahlreichen Gesprächen mit Personen rund um die Vogelweide, bei Hausbesuchen, am Markt oder einfach spontan, ist darüber ein weiterer wichtiger Aspekt aufgekommen, der für das soziale Leben dort ausschlaggebend ist. Der Vogelweider Markt ist vor allem ein sozialer Treffpunkt und oft die einzige Möglichkeit für manche Menschen in regelmäßigen Kontakt mit anderen Personen zu treten. Alle geführten Gespräche zum Thema verliefen positiv und jeder unterzeichnete unsere Unterschriftenliste bei Hausbesuchen und am Samstag am Vogelweider Markt, als wir diese publik machten.

Egal, welche Partei die Personen generell wählen würden, sie möchten alle, dass der Markt erhalten bleibt und fordern einen Zusammenhalt der Stadt Wels. Es wurden auch Gespräche mit Personen geführt, die schon seit über 20 Jahren regelmäßig diesen Markt besuchen. Und das, obwohl sie nicht einmal dort wohnen, sondern aus Tradition und weil sie der Meinung sind, dass dieser Markt unbedingt erhaltenswert ist.

Wie schön öffentlich gemacht wurde, wären sogar mehrere potentielle Nachfolger für den dortigen Gemüsehändler gefunden worden. Voraussetzung für das Verkaufen eines Marktstandes ist natürlich das Versprechen, dass der Markt weitergeführt wird. Daher ist es heute wichtig, dass nach unserer Vorarbeit mit dem vorliegendem Abänderungsantrag ein Schulterschluss aller Parteien gelingt, um die Tradition im Stadtteil Vogelweide zu erhalten. Nun freue ich mich auf eine positive Diskussion und hoffentlich Zustimmung für die Vogelweide.

GR. Schatzmann: Liebe Sabine, ich bin vollkommen bei dir, wenn es um den Vogelweiderplatz und für einen neuen Beschicker für den Markt geht. Gewisse Dinge verstehe ich nur nicht. In der Gemeinderatsitzung am 09.04.2018 ersuchte ich diesen Platz zu sanieren - bis heute ist nichts geschehen! Sich jetzt herzustellen und das zu fordern, finde ich etwas grotesk. Damals wurde mir mit fadenscheinenden Argumenten erzählt, dass es nicht machbar ist, weil ein paar Balkone auf den Vogelweiderplatz gerichtet sind oder es handle sich um Schlaf- und Wohnräume. Als wenn es nicht in jeder Siedlung Wohn- und Schlafräume geben würde; deshalb gibt es auch einen Park in einer Siedlung. Es kamen noch die Argumente betreffend eventuelles Zurückkommen von Rauschgiftsüchtigen oder lärmende Motorradfahrer.

Bei der Begehung des Platzes erlebten wir mit, dass einige dort wohnende aber auch dort nicht wohnende Personen mit solchen Argumenten die Sanierung des Parks boykottiert haben. Es gibt Personen, die das nicht wollen und dort ihren Frieden haben.

Es wäre ganz wichtig diesen Platz zu sanieren. Der Platz sieht fürchterlich aus. Redet man sich immer darauf aus, dass die Welser Heimstätte den Park pflegt, dann sollte man sich diesen Park einmal ansehen – dieser wird nicht gepflegt! Es sind nicht einmal die Sträucher geschnitten worden und das Unkraut ist einen halben Meter hoch. Dann wird davon gesprochen, dass die Welser Heimstätte einen Vertrag hat und diese kümmert sich um den Park. Die kümmert sich nicht um den Park!

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

StR. Lehner: Liebe Kollegin, zuerst einmal eine Berichtigung: Es gibt sicherlich in diesem Raum niemanden - und schon gar nicht mich als zuständigen Referenten -, der die Schließung eines Marktes plant. Das Marktwesen ist abhängig vom Engagement der Beschicker. Die zuständigen Mitarbeiter im Marktamt haben sich bemüht einen Nachfolger für den Gemüsehändler am Vogelweider Markt zu finden. Das ist aber nicht gelungen.

Jetzt gibt es eine nette Unterschriftenliste. Ich gebe zu, dass eine mediale Berichterstattung einen positiven Einfluss darauf hat, damit ein wichtiges Thema an die Öffentlichkeit gelangt. Für mich als Referent ist der Markt wichtig und ich führte die entsprechenden Gespräche. Aus den angeblich drei möglichen Nachfolgern ist am Ende nur mehr einer übrig geblieben. Dieser ist sehr jugendlich und es freut mich, dass 15-jährige Menschen bereits darüber nachdenken unternehmerisch tätig zu werden. Die Betreuung eines Marktstandes ist eine große Herausforderung, denn es braucht zusätzlich einen Mitarbeiter mit entsprechenden Berechtigungen ein Fahrzeug zu lenken, um die Waren für die Kunden in die Vogelweide zu bringen.

Deshalb sprach ich mit landwirtschaftlichen Vertretern im Bereich Eferding, ob in Eferding irgendwo noch Potenzial vorhanden ist, damit ein Beschicker den Weg von Eferding in die Vogelweide findet. Auch in der Noitzmühle gab es den Versuch einen Markt zu etablieren. Jetzt steht am Freitag ein Beschicker alleine dort und bemüht sich ein Marktgeschehen aufzubauen. Als Stadt Wels unterstützen und forcieren wir das.

Der heutige Abänderungsantrag zeigt wir wollen es und so bin ich wieder beim Klimathema - eine regionale Versorgung mit hochqualitativen Lebensmitteln ist etwas Wertvolles. Es ist wertvoll, wenn sich die Menschen in einem Stadtteil treffen, am Markt diskutieren, sich austauschen und das eine oder andere Getränk zu sich nehmen. Das ist eine Qualität, die wichtig ist und wenn es uns gemeinsam mit dem Abänderungsantrag und mit diesem Bekenntnis zum Marktwesen in Wels gelingt einen positiven Beitrag zu leisten, dann ist das sehr willkommen. Ich sagte den möglichen Beschickern zu, dass wir für eine notwendige finanzielle Unterstützung im entsprechenden Ausschuss und in Abstimmung mit dem Herrn Bürgermeister noch ein Budget finden werden.

Natürlich spielt das Umfeld eine Rolle, nur für die Gestaltung des Platzes bin ich als Marktreferent nicht zuständig. Hier ist die Welser Heimstätte gefordert das entsprechende Umfeld in diesem Bereich so zu gestalten, dass das Marktwesen dort attraktiv abgehalten werden kann.

StR. Reindl-Schwaighofer: Es wurde jetzt einiges diskutiert und auch ich kann nur beipflichten, dass das Gelände nicht wirklich gepflegt ist. Zur Zuständigkeit hörte ich, dass Frau Vizebürgermeister diesbezüglich schon Kontakt aufnahm, denn es kann nicht

sein eine Vereinbarung zu treffen und diese nicht einzuhalten. Die Aufenthaltsqualität hat mit Sitzmöglichkeiten zu tun, um verweilen zu können. Sind keine Bänke vorhanden, gibt es keine sozialen Treffen.

Ausgelöst durch das WT1-Interview wurde von Kollegin Mag. Brenner-Nerat eine Unterschriftenliste gestartet. Es gab de facto niemanden der sagte, den Markt brauchen wir nicht. Es war jedem klar, es handelt sich hier um einen Nahversorger, um einen sozialen Treffpunkt, sozusagen um ein Stadtteilzentrum. Es geht meiner Meinung nach in dieser Frage immer darum, was kann ich für den Markt machen, auch wenn es schwierig ist.

StR. Lehner sagte, dass sich Herr Gangl in der Noitzmühle stark um einen Markt bemüht und immer wieder unterschiedliche Marktbesucher einlädt. Diese bleiben einige Wochen und hören dann aber wieder auf. Zurzeit gibt es das Problem mit dem Zwischenlager des Marktstandes.

Wenn wir wollen, dass sich in den Stadtteilen so etwas wie Stadtteilzentren entwickeln wenn es um soziale Treffs geht, müssen wir gemeinsam eine Möglichkeit finden. Gerade in der Noitzmühle wäre eine Verweilqualität wichtig - dort sind Sitzbänke vorhanden. In den Stadtteilen ist die Entwicklung eines Stadtteilens wichtig. Dafür wird eine Infrastruktur benötigt, wie Naherholungsgebiete, Nahversorger und Frischemarkt.

Heute möchten viele Menschen gesunde Lebensmittel einkaufen. Das müssen wir unterstützen und hier hätte ich mehr Initiative erwartet, weil ich das Gefühl habe, wenn etwas nicht leicht geht, dann wird es nicht umgesetzt. Danke noch einmal für diese Initiative.

GR. KR. Schönberger: Der Markt in der Vogelweide hat natürlich eine lange Tradition, aber es setzte sich in den letzten Jahren durch, dass die Menschen mehr im Supermarkt einkaufen als am regionalen Markt. Wir hatten zuerst eine lange Debatte über das Klima und den Klimaschutz. Es werden Initiativen von der Stadt gefordert, um ein Umdenken bei den Menschen für regionale Produkte zu erzeugen. Wenn keine Kunden kommen, kann der beste Marktlieferant nicht überleben.

Auch für die Neustadt wäre eine Initiative wünschenswert. Der Bauer gegenüber dem Krankenhaus wird seinen Vertrieb dort einstellen und somit ist der letzte regionale Nahversorger mit seinen Produkten in der Neustadt weg. Das Haus soll abgerissen werden und Parkplätzen weichen. Wir sollten versuchen in allen Stadtteilen zumindest Angebote zu schaffen, wobei wir dafür sorgen müssen, dass die Kunden das auch annehmen. Trotzdem brauchen wir eine Art Masterplan für die regionale Versorgung im Stadtgebiet. Es kann hier durchaus mit den regionalen Landwirten bis nach Eferding zusammengearbeitet werden.

GR. Mag. Brenner-Nerat: Danke für die Diskussion und die heraushörende Zustimmung. Egon, ich bin im Antrag weggegangen von der Infrastruktur, denn dass diese bei der Heimstätte liegt wissen wir. Die Bewohner der Vogelweide erfuhren durch das WT1-Interview, dass der Markt mit 31. Oktober beendet wird.

Mir war klar, es kann nicht gesagt werden, dass sie bleiben können und wir reißen alles nieder und bauen alles um. Es geht um den Erhalt und das wollen wir inklusive des

Abänderungsantrages heute erreichen. Ich hoffe wir werden den Markt erhalten und gemeinsam Lösungen zur Attraktivierung finden.

Der Initiativantrag (Anlage 15) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion samt Abänderungsantrag (siehe oben) der ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Walter Teubl

15.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend autofreie Innenstadt
Verf-015-I-16-2019

GR. Mag. Teubl: Es tut mir sehr leid, dass ich sie zu später Stunde noch mit einer Reihe von Anträgen behelligen muss, aber sie haben sich das selbst zuzuschreiben, denn wenn sie sich den Dringlichkeitsantrag verkniffen hätten, dann wären wir wahrscheinlich schon weiter.

Dieser Tagesordnungspunkt ist ein Antrag zum Thema autofreie Innenstadt. Fast ein Drittel der Treibhausgase stammt aus dem Verkehr. Deshalb bringen wir diesen Antrag unter dem Aspekt Klimaschutz ein. Während sich in allen anderen Bereichen Reduktionen feststellen lassen, nimmt die Menge der Autoabgase trotz aller technologischen Entwicklungen weiter zu. Wir brauchen nicht mehr und nicht weniger als eine echte Mobilitätswende, die den motorisierten Individualverkehr drastisch reduziert und umweltfreundliche Fortbewegungsformen fördert. Hier ist die Welser Verkehrspolitik völlig gescheitert. Während der Autoverkehr in München und Zürich etwas unter 40 % der Wege ausmacht und in Wien lediglich 35 %, sind es bei uns fast zwei Drittel aller Weg, die mit dem Auto zurückgelegt werden und der motorisierte Individualverkehr nimmt auch noch immer weiter zu.

Eine Welser Mobilitätswende liegt also in weiter Ferne. Wir verherrlichen immer noch das Auto, und das nicht nur bei so sinnlosen Events wie der „Night of Wheels“ sondern auch im verkehrspolitischen Alltag. Lenkungsmaßnahmen zur Verringerung des Individualverkehrs werden aus purer Feigheit vor dem nächsten Wahltermin nicht ergriffen, obwohl deren Effizienz augenscheinlich ist. Eine echte Verkehrswende muss den motorisierten Individualverkehr deutlich beschränken und eine autofreie Innenstadt wäre eine wirksame Maßnahme zur Erreichung dieses Zieles. Interessanterweise fehlt dieser Punkt auch in ihrer Abschreibübung, die sich Dringlichkeitsantrag nennt.

Eine autofreie Innenstadt bedeutet nicht nur mehr Lebensqualität für das Stadtzentrum, sondern bewirkt auch eine deutliche Verlagerung der Mobilität in Richtung Rad- und

Busverkehr. Wir stellen daher den Antrag, die Stadt Wels bekennt sich zur Eindämmung des motorisierten Individualverkehrs. Der Verkehrsausschuss wird daher beauftragt, einen Zeitplan und einen Maßnahmenkatalog zu erstellen, wie innerhalb der nächsten drei Jahre eine autofreie Innenstadt realisiert werden kann. Als erster Schritt wird ab 1. Dezember 2019 der westliche Stadtplatz weitgehend autofrei gemacht. Zu diesem Zweck wird in der Traungasse mit der Beschilderung „Einfahrt verboten – RadfahrerInnen, Anrainer- und Zulieferverkehr frei“ die Durchfahrt und der Parkplatzsuchverkehr unterbunden.

Was an diesem Antrag nicht konkret genug bzw. schwer umzusetzen ist, weiß ich nicht. Genau ein Taferl aufzuhängen würde schon bedeuten, dass wir bereits in der Adventzeit, welche die Menschen in die Innenstadt lockt, einen autofreien Stadtplatz haben. Der Fristsetzungsantrag mit drei Jahren würde bedeuten, dass die autofreie Innenstadt nicht ein Projekt ist, welches zum St. Nimmerleinstag realisiert wird, sondern eine realistische Perspektive hat.

Meine Damen und Herren, machen sie Ausflüge, schauen sie sich schöne Städte im In- und Ausland an und sie werden feststellen überall dort, wo es uns besonders gut gefällt, gibt es eine autofreie Innenstadt. Stimmen sie für unseren Antrag, trauen sie sich diesen Schritt zu setzen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Ich denke es ist nicht verwunderlich, dass gerade ich mich zu diesem Thema melde, denn als Innenstadtreferentin ist eine autofreie Innenstadt derzeit nicht möglich. Als Unternehmerin mit einem Geschäft in der Innenstadt ist das schon ein wahres Reizwort.

2005 und 2006 haben zwei Einkaufszentren in der Randlage von Wels mit 54.000 m² an Verkaufsfläche eröffnet und die Folgen für die Innenstadt waren damals fatal. Jetzt, gut zehn Jahre später hat sich die Innenstadt ein wenig aufgrund der Attraktivierung und der intensiven Ansiedlungspolitik des Wirtschaftsservice Wels erholt. Wir können derzeit einen Vermietungsgrad von ca. 94 % erreichen und sind damit in Österreich an der Spitze. Wir fragil und auf welchen dünnen Beinen dieses System jedoch steht, zeigte letztes Jahr die Baustelle am Stadtplatz, denn die dortigen Unternehmer mussten massive Umsatzrückgänge hinnehmen.

Die GEMA-Studie 2018 zeigte wie wichtig Parkplätze in der Innenstadt sind. Sie wurden mit 2,3 und 3 bewertet. Sie gehören zu den Dingen, die am Schlechtesten bewertet wurden und wo Verbesserungspotential gesehen wird. Einkaufszentren punkten mit Gratis-Parkplätzen und mit immer freien Parkplätzen. Jetzt werden wir doch nicht die Innenstadt noch schlechter stellen als die Einkaufszentren und die Autos generell verbieten. Ich möchte nicht wissen was die Gastronomen in der Innenstadt dazu sagen, denn die Ausgehmeile ist mit genug Problemen behaftet. Die Realisierung mit 01.12. d.J. ist weder realistisch noch machbar.

Haben sie sich schon einmal vorgestellt wie leer unserer Stadt aussehen würde, wenn wir Ringstraße, Pfarrgasse und den Stadtplatz als Fußgängerzone umbauen würden? Wir dürfen nicht dem Trugschluss unterliegen eine Touristenstadt zu sein mit Frequenzen von denen wir nur träumen können. Ich möchte ihnen einen Vergleich mit Innsbruck zeigen, weil diese Stadt einen grünen Bürgermeister hat und auch nicht komplett autofrei ist. Innsbruck hat Nächtigungen von jährlich über 3 Mio., 1,4 Mio. Gästeankünfte und 4 Mio.

Tagestouristen im Jahr. Innsbruck ist fünf Mal größer wie Wels. Wels hat im Gegenzug dazu 224.472 Übernachtungen. Das heißt, uns fehlt grundsätzlich die Frequenz. Wenn nicht einmal Innsbruck eine autofreie Innenstadt hat, warum soll Wels jetzt sofort eine autofreie Innenstadt haben?

In Zeitschriften warnt man davor, dass Innenstädte veröden, wenn man sie mit dem PKW schlecht erreichen kann. Natürlich gibt es im Netz sehr viele Beispiele für autofreie Innenstädte. Allerdings gibt es auch Städte, die wieder rückbauen und sich von der autofreien Innenstadt verabschieden. Selbst die touristisch sehr wichtige Stadt München spricht sich gegen eine autofreie Innenstadt aus. Der Handel in der Innenstadt in Wels hat mit genug Widrigkeiten, wie zu hohe Verkaufsflächen, verdichtetes Einkaufszentrum, Fachmärkte auf der grünen Wiese und dem steigenden Onlinehandel zu kämpfen. Wir brauchen keine zusätzlichen Themen wie eine autofreie Innenstadt. Statt ständig etwas zu verbieten wäre ein entspanntes Miteinander für Wirtschaft und Bewohner am Sinnvollsten.

GR. Ganzert: Zur Geschäftsordnung! Ich hätte inhaltlich diesen Antrag etwas anders als meine Vorrednerin behandelt, nicht primär mit dem Klimaschutz alleine, sondern maßgeblich mit dem Gefühl der Lebensqualität. Frau Kollegin Kroiß meldete sich, weil sie wie ich Innenstadtbewohnerin ist und so wie ich auch den Stadtplatz mit dem Auto befahren muss. Innenstadtbewohner können oft zu Fuß Erledigungen machen.....

Vzbgm. Kroiß: Kollege Ganzert, Antrag zur Geschäftsordnung ist ein Antrag.

Bgm. Dr. Rabl: Sofort, ohne Wortmeldung!

Vzbgm. Kroiß: Keine Diskussion, lieber Stefan!

GR. Ganzert: Es folgt sofort der Antrag. Insofern sind diese Problematiken bekannt. Für mich ist es immer etwas schwierig sich mit anderen Städten zu vergleichen. Der eine vergleicht Innsbruck und der andere erklärt, dass in der Getreidegasse in Salzburg und im Wiener Graben auch keine Autos fahren und ich kann berichten, dass New York City beginnt blockweise immer wieder Straßen zu sperren, um den Cafes und Geschäften einen zeitlich befristeten Platz zu geben.

Ich möchte hervorheben, dass laut Antrag der Verkehrsausschuss beauftragt wird und dieser die Dinge auch zu behandeln hat. Ich habe selbst etwas geschaut als ich las „autofreie Innenstadt“. Ich erwartete den autofreien Stadtplatz nach den Sommergesprächen von Mag. Teubl erwartet, jetzt ist es die ganze Innenstadt geworden. Für die Innenstadt braucht es eine ordentliche Regelung und es wird dafür eine Probezeit benötigt.

Bgm. Dr. Rabl übernimmt den Vorsitz und erklärt: Der Antrag zur Geschäftsordnung ist sofort zu stellen, weil jeder; der einen Geschäftsordnungsantrag stellt, die Rednerordnung unterbrechen kann oder seine Wortmeldung vortragen und dann erst den Antrag zur Geschäftsordnung stellt. Ich möchte, dass du den Antrag zur Geschäftsordnung sofort stellst, ansonsten entziehe ich dir das Wort. Das ist ein Missbrauch des Mittels. Das ist inkorrekt! Das ist keine Praxis. Es wird sich im Rahmen der Ordnung zu Wort gemeldet und dann können sie nach der Wortmeldung den Antrag zur Geschäftsordnung stellen.

Kollege Ganzert hat sich aber sofort zur Geschäftsordnung gemeldet, weshalb sofort der Geschäftsordnungsantrag gestellt werden muss und keine inhaltliche Debatte geführt werden darf. Lieber Stefan, ich gebe dir keine halbe Minute mehr, sondern stelle sofort den Geschäftsordnungsantrag, ansonsten entziehe ich dir das Wort.

GR. Ganzert: Danke für die Einwände, es ist immer eine Frage der gelebten Praxis. Es gibt solche und solche.

Bgm. Dr. Rabl: Nein, es ist keine Frage der gelebten Praxis!

GR. Ganzert: Wir können es jetzt künstlich in die Länge ziehen oder nicht. Ich stelle jetzt den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem Verkehrsausschuss zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Ganzert auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 16) in den zuständigen Ausschuss wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Zur Klarstellung: Es ist ein Unterschied, ob sich jemand zu Wort meldet im Rahmen der normalen Rednerliste und im Anschluss an seine Wortmeldung einen Geschäftsordnungsantrag stellt, oder ob jemand die Rednerliste unterbricht und einen Antrag zur Geschäftsordnung alleine stellt. In diesem Fall ist der Antrag zur Geschäftsordnung sofort vorzutragen, andernfalls kann zuerst die Wortmeldung abgehalten und dann der Antrag zur Geschäftsordnung gestellt werden. Weshalb GR. Ganzert dieses Instrument sehr, sehr weit ausgenützt und ausgedehnt hat.

Ich ersuche daher, wenn ein Antrag zur Geschäftsordnung erfolgt, diesen sofort und ohne Wortmeldung zu stellen. Will man eine Wortmeldung abgeben, soll man sich zu Wort melden und dann nach der Rednerliste den Geschäftsordnungsantrag stellen, sonst ist es jenen gegenüber unfair, die sich vorher gemeldet haben und noch eine Wortmeldung abgeben möchten, weil diese um ihre Wortmeldung gebracht werden. Ich ersuche das zu berücksichtigen.

16.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Förderung des Radverkehrs
Verf-015-I-17-2019

GR. Mag. Teubl: Wir haben heute eine eindrucksvolle PR-Aktion dahingehend gestartet, dass wir an der Stadthalle mit unseren Fahrrädern aufgefahren sind. Also müsste man meinen, dass es uns allen ein großes Anliegen ist den Radverkehr in unserer Stadt zu fördern. Nichtsdestotrotz führt der Radverkehr in Wels nach wie vor ein Schattendasein, obwohl wir bekanntlich wegen der flachen Topografie beste Bedingungen dafür hätten. Keine 10 % der Wege werden mit dem Rad zurückgelegt. In Kopenhagen sind es 30 %.

Sie müssten eigentlich wissen, warum das so ist, weil sie doch teilweise eine Exkursion auf Kosten der Steuerzahler dorthin unternahmen.

Wenn wir eine echte Mobilitätswende erreichen wollen, müssen wir dem Vorbild von Kopenhagen folgen. Wir müssen auch in Wels alles tun, um den Fußgänger- und Fahrradverkehr bessere Bedingungen zu verschaffen. Einen kleinen Lichtblick stellen natürlich die kürzlich beschlossenen Leitlinien für den Fahrradverkehr dar. Aber auch diese werden an der Realisierung gemessen werden müssen. Hier muss man feststellen, dass der finanzielle Rahmen dafür jedenfalls viel zu eng gesteckt ist. In Salzburg betragen die jährlichen Budgetmittel für den Radverkehr 13 Euro, in Innsbruck 37 Euro und in Bad Radkersburg 145 Euro pro Einwohner; in den Welser Leitlinien sind allerdings nur magere 4 Euro vorgesehen. Es braucht hier wahrlich nicht befürchtet werden, dass unsere Stadt das Kopenhagen Oberösterreichs wird.

Wir GRÜNEN finden, dass eine deutliche Erhöhung unbedingt notwendig ist. Wir stellen daher den Antrag, dass die Stadt Wels eine Radverkehrsoffensive startet, um innerhalb kürzester Zeit – um das geht es – den Anteil des Radverkehrs an der innerstädtischen Mobilität drastisch zu erhöhen. Mit den in den Leitlinien für den Fahrradverkehr vorgesehenen Budgetmitteln in der Höhe von 4 Euro pro Kopf der Bevölkerung ist das nicht möglich. Deshalb werden die im Doppelbudget 2020/21 für Radverkehrsmaßnahmen vorgesehenen Budgetmittel auf jeweils 20 Euro pro Kopf der Bevölkerung festgeschrieben. Das heißt, wir wollen eine Verfünffachung dieses Betrages. Ja, das ist viel, aber das ist auch notwendig, wenn man etwas erreichen will, das sich sichtbar in der Stadt zeigt: „Radfahrer willkommen – wir bieten euch gute Bedingungen!“

Im Dringlichkeitsantrag der Rathauskoalition heißt es dazu lapidar: Förderung des Radverkehrs, insbesondere durch Schaffung von leistungsfähigen Radverbindungen und mehr Radabstellplätzen. Das will doch jeder! Aber das nötige Geld dafür herausrücken, macht offenbar Bauchweh. Also bleiben sie auch in ihrem Antrag schön unverbindlich. Wenn es ihnen ernst ist mit der Förderung des Radverkehrs, dann stimmen sie auch für unseren Antrag.

GR. Fila: Radverkehr ist ein sehr umfangreiches Thema und ich finde es wird im Verkehrsausschuss immer sehr gut besprochen. Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag in den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Fila auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 17) an den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 24 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
 2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Marehard und GR. Mag. Sönser sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend. GR. Dr. Csar, GR. Haböck und GR. Hufnagl haben die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
 betreffend Öffi-Offensive
Verf-015-I-18-2019

GR. Mag. Teubl: Der Antrag beschäftigt sich mit dem öffentlichen Verkehr in Wels. Dieser ist trotz aller vorhandenen Verbesserungen nach wie vor ein Jammer. Daran ändert die durchaus erfolgreiche Einführung von Abendbussen nicht all zu viel. Es gibt weiterhin keine Busse am Sonntag, keinen Citybus mit Anbindung von Welios und Messegelände, keine Ringlinie, keine vernünftige Anbindung des Bahnhofes, keine Attraktivierungsmaßnahmen, wie Echtzeitanzeigen an den wichtigsten Haltestellen u.ä. Mit einer raschen Umsetzung dieser Maßnahmen könnten deutlich mehr Öffi-Passagiere gewonnen werden. Das ist auch dringend nötig, denn mit dem Stadtbus werden in unserer Stadt gerade 10 % der Wege zurückgelegt, während es beispielsweise in Linz 35 % sind.

Daher lautet unser Antrag, dass die Stadt Wels eine Öffi-Offensive starten soll, um innerhalb kürzester Zeit den Anteil des öffentlichen Personennahverkehrs an der innerstädtischen Mobilität drastisch zu erhöhen. Zu diesem Zweck wird die Wels Linien GmbH mit der unverzüglichen Realisierung von folgenden Maßnahmen beauftragt:

- Einführung des Sonntagsverkehrs auf den Welser Stadtbuslinien
- Schaffung der von Experten empfohlenen Ringlinie
- Schaffung eines Citybusverkehrs zwischen Bahnhof, Innenstadt, Welios und Messegelände.

Im Schwarz-Blauem Dringlichkeitsantrag heißt es dazu: Attraktivierung des öffentlichen Nahverkehrs insbesondere durch eine Attraktivierung der Linienführung, bessere Informationskanäle und einer Vergünstigung der Jahrestarife. Auch hier bleiben sie leider ziemlich im Schwammigen. Was meinen sie mit Verbesserung der Linienführung? Hier ist unser Antrag viel konkreter. Die Vergünstigung der Jahrestarife von 420 auf 250 Euro ist schließlich einem Antrag der GRÜNEN geschuldet und bereits erfolgt. Wenn sie wirklich etwas bewirken wollen, stimmen sie für unseren Antrag.

GR. Spindler: Wie von Herrn Bürgermeister Dr. Rabl bereits erwähnt, wird der Nahverkehr interessanter gestaltet. Es werden neue Busse bestellt, ausgestattet mit Schadstoffklasse 6, es wird bargeldloses Zahlen angedacht. Die Haltestellen werden umgebaut, die Errichtung von Park & Ride-Abstellplätzen, günstigere Tickets und digitale Routenplaner sind geplant. Wir sind der Meinung, dass diese Maßnahmen zielführend sind und werden diesen Antrag ablehnen.

GR. Ganzert: Ich melde mich zu Wort nachdem schon hervorgekommen ist, dass dieser Antrag von der FPÖ- und ÖVP-Fraktion abgelehnt wird. Diese Öffi-Offensive-Überschrift ist für mich zu kurz gegriffen um jetzt zu sagen wir haben eine Pressekonferenz gemacht und es tut sich was. Es stimmt, es tut sich einiges, es ist aber noch zur Erreichung des Zieles sehr viel notwendig. Deshalb wäre es für mich als Symbol wichtig diesem Antrag zuzustimmen.

Wenn ich jetzt aber schon weiß, dass es eine Mehrheit gibt, die diesen Antrag ablehnen wird, möchte ich - wie beim Antrag betreffend Radverkehr, der vorzüglich im

Verkehrsausschuss diskutiert wird und dort hingehört – auch diesen Antrag dem Verkehrsausschuss zuweisen. Außerdem bin ich der Meinung, dass der öffentliche Verkehr immer ein Thema ist, welches im Diskurs stehen muss. Deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung – ohne vorherige Ankündigung, sondern erst im Laufe der Wortmeldung -, diesen Initiativantrag dem Verkehrsausschuss zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Ganzert auf Zuweisung des Initiativantrages in den Verkehrsausschuss wird mit

gegen 8 Ja-Stimmen (SPÖ-Fraktion)
20 Nein-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
abgelehnt.

Der Initiativantrag (Anlage 18) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 11 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)
17 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
abgelehnt.

GR. Dr. Csar, GR. Haböck und GR. Hufnagl haben die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

18.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend klimaneutrale Verwaltung
Verf-015-I-19-2019

GR. Mag. Teubl: In diesem Tagesordnungspunkt möchte ich ihnen unseren Antrag betreffend klimaneutrale Verwaltung vorstellen. Im Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Fraktion heißt es: „Steigerung der Energieeffizienz im Wirkungsbereich des Magistrats. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Gebäudesanierung bzw. im Zuge der Modernisierung des Fuhrparks auch diesen“ – das war es.

Meine Damen und Herren der FPÖ- und ÖVP-Fraktion, da waren sie etwas müde beim Abschreiben, denn unser Antrag ist wesentlich umfangreicher. Unser Antrag lautet: „Die Stadt Wels bekennt sich zu einem verantwortungsvollen und vorausschauenden Umgang mit den vorhandenen Ressourcen und einer klimaneutralen Organisation der Verwaltung. Dies bedeutet, bei allen zukünftigen Beschlüssen, Anschaffungen und Projektausschreibungen die Klimaneutralität in den Vordergrund zu stellen bzw. werden Lösungen und Aktionen bevorzugt, die eine positive Auswirkung auf das Klima haben, insbesondere

1. dass die Verwaltung der Stadt Wels ab dem Jahr 2020 klimaneutral organisiert wird. Diese Zielsetzung umfasst folgenden Bereiche: Bauen und Sanieren,

- Mobilität, Dienstreisen, Fuhrpark, Beschaffung und IT sowie Küche und Kantinen. Ausgenommen von der Bedarfsdeckung mit erneuerbaren Energieträgern sind Anlagen zur Spitzenlastabdeckung und Notbetrieb und Fahrzeugen in den Bereichen, wo keine wirtschaftlich vertretbare merkfähige Alternative zur Verfügung steht, wie derzeit etwa bei schweren Nutzfahrzeugen,
2. den Energiebedarf im eigenen Wirkungsbereich, das sind im Eigentum der Stadt Wels stehende Gebäude und der Fahrzeugpool, bis 2040 höchstmöglich zu reduzieren und durch erneuerbare Energieträger zu decken. Zur Erreichung dieses Ziels ist ein Umsetzungskonzept für die Jahre 2020 bis 2030 zu beschließen, das folgende Maßnahmen enthält:
 - a) Ersatz aller bestehenden Ölkessel durch Anlagen auf Basis erneuerbarer Energieträger bis Ende 2020,
 - b) Stufenplan zur energetischen Sanierung der Gebäude, die im Eigentum der Gemeinde stehen, der verbleibende Energieverbrauch ist durch erneuerbare Energieträger zu decken,
 - c) Ausführung von Neubauten als Niedrigenergiegebäude. Der sehr niedrige Energiebedarf ist mit erneuerbaren Energieträgern zu decken,
 - d) geeignete Dachflächen von gemeindeeigenen Gebäuden sind bestmöglich mit Solar- und/oder Photovoltaikanlagen auszustatten, sofern dem nicht begründbare Umstände (z.B. Denkmalschutz, Orts- und Landschaftsbild, Sanierungszeitpunkt usw.) entgegenstehen,
 - f) Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energieträger am gesamten Endenergiebedarf der Gemeindegebäude für Heizung, Kühlung und Strom auf 90% im Jahr 2030,
 - g) bei der Anschaffung neuer Dienst-PKWs, die zusätzlich oder als Ersatz für auszumusternde Fahrzeuge in Betrieb gehen, wird der Fokus weiterhin auf Elektrofahrzeuge gelegt, sofern für deren Einsatzbereich keine Ausschließungsgründe (Allradtauglichkeit, Geländegängigkeit, Transportfunktion, Langstreckentauglichkeit, etc.) bestehen;
 3. in den gemeindeeigenen Küchen und Kantinen bzw. Kooperationspartnern in gemeindeeigenen Gebäuden ist auf biologische, regionale und saisonale Lebensmittel zu setzen sowie dafür zu sorgen, dass keine Lebensmittel verschwendet bzw. vernichtet werden und Mehrwegsysteme bei Gebinden zur Anwendung kommen, um Abfälle zu vermeiden;
 4. im Bereich Beschaffung und IT ist auf umwelt- und klimaschonenden Produkte zu achten. Bei langlebigen Produkten sind Reparatur- und Recyclingfähigkeit sowie die Beachtung des gesamten Lebenszyklus der Produkte und die damit verbundenen Kosten die zentrale Grundlage für die Kaufentscheidung;
 5. nach einer Evaluierung der umgesetzten Maßnahmen für die Jahre 2030 bis 2040 einen weiteren Maßnahmenplan zur Erreichung des Gesamtziels zu erstellen und diesen dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen;
 6. dem Gemeinderat alle drei Jahre über den Umsetzungsstand zu berichten.“

Was ist der Unterschied zwischen unserem Antrag und dem Dringlichkeitsantrag? Erstens umfasst unser Antrag mehr Bereiche der Stadtverwaltung, wie Bauen und Sanieren, Mobilität, Dienstreisen, Fuhrpark, Beschaffung, IT, Küchen und Kantine. Zweitens nennt unser Antrag konkrete Maßnahmen und eine Deadline für deren Umsetzung. Drittens verlangt unser Antrag eine Evaluierung des Maßnahmenkatalogs und eine laufende Berichtspflicht über den Umsetzungsstand. Dieser Antrag ist also wesentlich konkreter als der Dringlichkeitsantrag und würde die erwähnten Zielsetzungen

in eine praxistaugliche Umsetzung bringen. Daher hoffe ich auf eine einhellige Zustimmung.

GR. Zaunmüller: Für mich summiert sich dieser Themenkomplex auch schon zum Tagesordnungspunkt 1., den wir zweieinhalb Stunden sehr ausführlich diskutierten, daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag in den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

GR. Mag. Teubl: Welcher Ausschuss?

Bgm. Dr. Rabl: An den Präsidialausschuss, da es um Verwaltungsaktivitäten – klimaneutrale Verwaltung – geht.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Zaunmüller auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 19) in den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 22 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Scheinecker, BA, GR. Mag. Schindler und GR. Spindler sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend. GR. Dr. Csar, GR. Haböck und GR. Hufnagl haben die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

19.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Eindämmung der Bodenversiegelung
Verf-015-I-20-2019

GR. Mag. Teubl: Dieser Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit der Eindämmung der Bodenversiegelung. Wir müssen die Bodenversiegelung durch Parkplätze, Einkaufszentren und Straßenbau rigoros beenden, damit der Wasserhaushalt reguliert werden kann und das Stadtklima erträglich bleibt. Die in Arbeit befindliche Grünflächenrichtlinie mit Vorschreibung eines Richtlinienkennwerts bei Neubauten ist dazu ein vielversprechender Ansatz. Dass man sich von den Vorschriften in dieser Richtlinie auch freikaufen kann den vorgeschriebenen Anteil an unversiegelter Fläche einzuhalten, ist allerdings unseres Erachtens abzulehnen. Gar nicht erfasst von dieser Richtlinie sind aber bestehende Objekte, insbesondere Parkplätze. Parkplätze sind die größten Versiegelungsflächen in unserer Stadt. Sie müssen daher unter die Erde oder zumindest mit Rasengittersteinen ausgeführt werden, damit eine Versickerung des Wassers möglich ist.

Mir wird oft gesagt, dass das nicht funktioniert. Dann fahren sie bitte in das Bildungshaus Schloß Puchberg, stellen sie sich dort auf den Parkplatz und schauen sie sich an wie gut das funktioniert. Wir stellen daher den Antrag, die Stadt Wels erstellt ein Maßnahmenpaket zur Verhinderung weiterer Bodenversiegelung sowie zur durchlässigen

Gestaltung derzeit versiegelter und verdichteter Böden. Zu diesem Zweck wird die Bodenversiegelung zum Zweck der Anlage von Parkplätzen künftig untersagt. Weiters wird der Einfluss der Stadt Wels auf die Messe Wels dahingehend geltend gemacht, die riesigen Asphaltflächen im Messegelände entsprechend umzugestalten.

Zu diesem Punkt wurde heute schon einmal angeführt, dass das unmöglich sei, weil dann im Messegelände ein unerträglicher Morast die Aussteller und Besucher behindern würde. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, es war einmal anders. Anstelle der riesigen Asphaltflächen im westlichen Teil des Messegeländes gab es Schotterflächen, die auch keinen Matsch erzeugten – nur wenn es viel regnete – und die ausgestellten Traktoren standen dort genauso gut wie auf einer versiegelten Fläche. Dasselbe würde auch für das Parken der Autos zum Zwecke des Besuchs des Welldorado gelten.

Im östlichen Teil des Messegeländes gab es die „Festwiese“, das war der Teil, der hinter der Stadthalle jetzt komplett versiegelt ist - das war tatsächlich einmal eine Wiese. Auf dieser Wiese fand das Volksfest statt. Dort standen die Bierzelte, traten Akrobaten auf einer Bühne auf und in der übrigen Zeit gab es einen Spielplatz und eine Wiese. Diese Wiese hat mitunter bei Regen gelitten und es wurden bei Durchfeuchtung Hackschnitzel gestreut. Aber sie hat sich wieder erholt.

Damit war viel mehr Grün und es gab eine grüne Verbindung zwischen Tierpark, Volksgarten und Messegelände, während das heutige Messegelände in einem traurigen Zustand der Verbetonierung und der Verasphaltierung ist. Daher ersuchen wir sie diesem Antrag zuzustimmen.

GR. DI. Haydinger: Wie ich heute bereits eingangs zu unserem Dringlichkeitsantrag erwähnte, ist in der Grünflächenrichtlinie das Thema die Bodenverdichtung erwähnt und wird ausführlich diskutiert. Herr Mag. Teubl, sie waren bei diesem Ausschuss dabei. Warum ist ihrerseits dazu nie eine Wortmeldung zu dieser Richtlinie gekommen?

Weil sie das Thema mit dem Parkplatz angesprochen haben: Bei der Wieselburger Messe warten die Traktoren darauf, dass sie bei Regen von den Besuchern mit der Seilwinde herausgezogen werden. Diesen Zustand brauchen wir in Wels nicht mehr. Sie können uns gerne im Ausschuss ihre ökonomisch vertretbaren Ideen für das Messegelände präsentieren und ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. DI. Haydinger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 20) in den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 25 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Dr. Csar, GR. Haböck und GR. Hufnagl haben die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Planung einer weiteren Freizeitanlage
Verf-015-I-21-2019

GR. Mag. Teubl: Dieser Tagesordnungspunkt ist betitelt mit der Planung einer weiteren Freizeitanlage und wird ihnen wahrscheinlich bekannt vorkommen. Wir haben das schon mehrmals versucht. Ausgangspunkt ist, dass die Stadt Wels Berechnungen zufolge etwa 37 ha öffentliche Grünflächen hat, dass wir aber nach gängigen Standards der Raumplanung fast doppelt so viel - etwa 70 ha – brauchen würden. Wir wiesen bereits wiederholt auf dieses Defizit hin und stellten entsprechende Anträge.

Unter dem Klimaschutzaspekt geht es aber nicht nur darum, dass mehr Grünflächen einfach für das Klima gut sind, sondern eine solche weitere Freizeitanlage, insbesondere wenn sie durch einen Badesee ergänzt ist, würde auch dazu führen, dass das Erholungsbedürfnis der Welser mehr als bisher in der Stadt befriedigt werden kann. Sie würden an schönen Tagen weniger darauf angewiesen sein an einen See im Salzkammergut zu fahren, damit weiterer Verkehr verhindert würde und dem Klimaschutz hier genüge getan wäre.

Der Antrag lautet: „Die zuständigen Dienststellen des Magistrats werden mit Vorarbeiten für die Schaffung einer weiteren Freizeitanlage mit einem Naturbadesee beauftragt.“

GR. Hacker: Es ist interessant, nach jedem Hitzesommer steigt auch die Sehnsucht nach einer weiteren Freizeitanlage, nach einem Badeteich. Wir diskutierten in den letzten Jahren schon mehrmals dieses Thema im Gemeinderat. Natürlich wäre ein erweitertes Erholungsgebiet mit einem netten Schwimmteich eine schöne Sache.

Ich habe mich selber mit der Planung eines Badeteichs auseinandergesetzt. Unter Berücksichtigung der Kosten des Grundstückes, der Errichtungskosten und der Erhaltung eines solchen Projektes stünde eine Investition an, die unser Budget nicht tragen kann. Interessant ist, dass gerade die GRÜNE-Fraktion einen Badeteich einfordert. Wir wissen, wir müssen in die Tiefe graben. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir in unserer Stadt bereits Regionen haben, bei denen bei längeren Hitzeperioden der Grundwasserspiegel dermaßen absinkt, dass diese Haushalte ohne Wasser sind. Für mich ist das schon ein Argument.

Unser Wasserrechtsexperte Mag. Humer ist heute leider nicht anwesend, aber er sagt, dass aus vielerlei Gründen die Idee eines Badesees in der Stadt chancenlos ist. Behalten wir doch die natürlichen Ressourcen. Ich spreche speziell die Traun mit dem dazugehörigen Augebiet an. Nutzen wir diese Chancen, dieses Potential, hier einen Nutzen für die Stadt und ihre Bürger zu schaffen.

Ich bin über die heutige Tagesordnung etwas verwundert. Die Anzahl der von den GRÜNEN eingebrachten Anträge sagt nichts über deren Qualität aus. Im letzten Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss, bei dem sie Kollege Mag. Teubl anwesend waren, erhielten wir vom zuständigen Referenten Peter Lehner die Information, dass mittlerweile die Grünflächenrichtlinien in Ausarbeitung sind. Diskutieren

wir doch im Ausschuss ausführlich darüber, um nicht in Zukunft eine solche Unmenge an Anträgen im Gemeinderat zu behandeln.

GR. Schatzmann: Es stehen Wahlen vor der Tür und siehe da, die GRÜNEN haben als Wunsch einen Badesee. Im Gemeinderat 2010 wurde darüber bereits diskutiert. Der Wunsch von Herrn Mag. Teubl wäre, die vorhandenen 37 ha auf 70 ha zu erweitern. Allerdings ist mir ein Rätsel, woher er die Grundstücke dafür nimmt. Er spricht immer von Wels-Nord, aber ich wüsste nicht wo in Wels-Nord noch so ein Grundstück vorhanden ist, auf dem ein Badesee errichtet werden könnte. Sprechen sie von dem Grund hinter der Bahnlinie, so gehört dieser mindestens zehn verschiedenen Besitzern und daher werden sie diesen nicht bekommen.

Damals ging es nicht nur um einen Badesee, sondern auch um ein textilfreies Baden und sie wollten in Wels einen Nudistenclub. Herr Mag. Teubl sie sagen, sie sind kein Träumer. Wenn sie keine Träumer sind, dann verstehe ich ihre Anträge nicht. Wenn ich mir das aus dem Jahr 2010 Herausgesuchte ansehe, muss ich mir auf die Zunge beißen, damit ich nicht hellauf lache. Einen Badesee mit Sandstrand wünsche ich mir auch. Ich wünsche mir auch noch einige Palmen, damit das Ganze ein südländisches Flair bekommt. Wünsche und umsetzbare Wünsche sind zweierlei Sachen. Ihre Wünsche können wir wahrscheinlich nie erfüllen. Haben sie eine Ahnung was es bedeutet einen Badesee zu betreiben? Wie tief und groß dieser bzw. wie die Wasserqualität sein muss? Sie sind gegen chlorhaltiges Wasser - nur damit werden die Bakterien abgetötet, in einem Badesee nicht.

Deshalb fahren die Leute an den Traunsee oder Attersee, diese sind groß und es gibt keine Probleme. Aber die kleinen Badeseen werden teilweise geschlossen, wie beispielsweise in Feldkirchen oder der Pichlinger See. Wird es zu heiß im Sommer kann es passieren, dass sie nicht mehr baden können, weil die Wasserqualität nicht mehr stimmt. Es wurde auch nicht weitergedacht, denn wenn sie so etwas bauen, benötigen sie Toilettenanlagen, einen Buffetbetreiber und eine Menge an sonstigen Ressourcen. Sie kommen jedes Mal vor einer Wahl mit irgendwelchen Schnapsideen. Wir wären ihnen dankbar, wenn sie einmal etwas Vernünftiges bringen würden.

GR. Ganzert: Mir gefällt, dass Kollege Weidinger gerade heute wieder zurück in den Gemeinderat gekommen ist, weil er so in den Gemeinderat kommt, wie er ihn verlassen hat. Wir sind momentan in der fünften Stunde und in der letzten Periode war es Standard, dass wir vor 20 oder 21 Uhr nicht nach Hause gingen. Das haben die meisten schon verlernt, aber bei „nur“ 25 Tagesordnungspunkten dauert die Sitzung nun einmal bis 20 Uhr.

Kollegin Hacker sagte schon richtig, lieber Walter, wenn es dir wichtig ist, dann reden wir doch im Ausschuss darüber. Das Thema „Planung einer weiteren Freizeitanlage“ konnte ich nicht richtig einordnen. Ich war der Meinung wir könnten bei der bestehenden noch so viel qualitativ verbessern und diese ausbauen anstelle eine neue zu errichten.

Der Naturbadesee ist ein wirklich altes Thema. Wir haben dazu eine aufgeklärtere Herangehensweise und gehen in Richtung naturnaher Bademöglichkeit. Wir denken eventuell wenn die Hallen in der Messe-Ost abgerissen werden, ob es dort eine Möglichkeit gibt. Mich wundert, es ist in anderen Gemeinden auf einmal möglich die Traun als Badeplatz zu nützen. Das hängt mit der Tiefe, der Strömung etc. zusammen. In

diesem Zusammenhang wird GR. Mag. Humer gerne zitiert. Allerdings stimmt das für uns nicht ganz. Auch wenn ein Badensee als solcher nicht funktionieren möge, müsste man sich die Mühe machen die Kosten auszurechnen oder gibt es irgendwo einen alternativen Platz? Ist es dort nicht möglich oder ist es doch möglich?

Ich stelle gleich einen Zuweisungsantrag. Wie werden aber im Falle einer Ablehnung zustimmen, nicht weil wir interpretieren der Naturbadensee gleich einer naturnahen Bademöglichkeit sondern weil wir das als Unterstützung ansehen.

In diesem Sinne stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Ganzert auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 21) in den zuständigen Ausschuss wird mit

	<u>12 Ja-Stimmen</u> (SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen	<u>16 Nein-Stimmen</u> (FPÖ- + GRÜNE-Fraktion)
	<u>abgelehnt.</u>

Bgm. Dr. Rabl: Zur Feststellung zwischendurch: GR. Mag. Humer erstellte ein Rechtsgutachten dazu, dass wasserrechtlich ein Badensee in der ganzen Stadt nicht möglich ist weil rechtlich nicht erlaubt. Das wurde jetzt schon drei Mal mit gleichem Ergebnis geprüft. Es liegt ausschließlich an GR. Mag. Humer als Wasserrechtsbehörde, weil dieser dieses Rechtsgutachten erstellte. Ich möchte festhalten, dass es rechtlich nicht geht, egal wo er liegt.

GR. Ganzert: Lieber Herr Bürgermeister, das stimmt nicht! Das ist eine Frage der Interpretation. Wenn du in deinem Garten einen Naturteich anlegst, wäre das auch eine naturnahe Bademöglichkeit. Errichtest du einen besonderen Pool mit Lagunen, wäre das auch eine naturnahe Bademöglichkeit oder Haushalte in Wels haben einen Badeteich mit natürlichem Wasser. Insofern ist es nicht komplett unmöglich in der ganzen Stadt eine naturnahe Form des Badens zu ermöglichen. Es könnten der Mühlbach oder andere Gewässer sein, wo man naturnahe seine Füße reinhängen kann. Es klingt so als ob es rein rechtlich nicht möglich ist irgendwo in Wels zu baden, außer im Freibad oder in anderen Gewässern.

Bgm. Dr. Rabl: Danke! Aber ein Bach ist etwas anderes als ein Teich.

GR. Mag. Teubl: Lieber Kollege Schatzmann! Wir diskutierten dieses Thema tatsächlich schon oft und werden es immer wieder diskutieren, weil wir es einfach nicht einsehen, dass einer Stadt wie Wels es nicht gelingen kann eine naturnahe Bademöglichkeit für ihre Bürger zu schaffen. Linz hat immerhin zwei riesige Badeseen. Salzburg hat zwei Badeseen, die Gemeinde Saalfelden hat einen Badensee (mit textilfreiem Abschnitt) und Gallspach ein über die Grenzen hinaus bekanntes Natur-Bad. Das heißt, möglich ist es einen solchen Badensee zu errichten.

In erster Linie geht es uns um eine zweite Freizeitanlage. Dass dort eine Bademöglichkeit vorgesehen werden kann, ist unbestritten. Das kann doch bitte jeder orten wenn er will – am Wollen fehlt es.

Das andere angesprochene Problem ist die Frage der Situierung. Natürlich wüssten wir hier Flächen. Aber wir werden ihnen diese Flächen nicht nennen, nicht weil wir so böse sind, sondern weil diese Flächen innerhalb weniger Minuten bei Ankauf durch die Stadt Wels dreimal so viel kosten würden. Das wäre äußerst kontraproduktiv. Was hier fehlt ist der Wille dazu. Sagen sie einfach sie wollen das nicht. Aber grundsätzlich bin ich doch der Meinung besser textilfrei baden als sinnfrei argumentieren.

GR. KR. Schönberger: Lieber Walter Teubl, hier den Gemeinderat zu einer Wahlkampfarena umzugestalten mit elf Anträgen mit schon irgendwann einmal diskutierten Themen ist sehr herausfordernd für Menschen, die ihr Tageswerk mit Arbeit verbringen müssen. Du warst Pädagoge und ich weiß nicht wie aufmerksam deine Schüler um diese Zeit gewesen wären. Ich weiß von anderen nach der Arbeit Unterrichtenden, dass diese sich sehr schwer mit den Schülern tun. Auch ich habe um diese Tageszeit ein Aufmerksamkeitsproblem.

Wir alle hätten Themen für zehn oder fünfzehn einzubringende Anträge, weil in zehn Tagen Wahl ist. Das ist der Sache nicht dienlich. Du bringst durchaus interessante, spannende Themen ein, aber kein Mensch hat ein Ohr dafür, weil alle fürchterlich genervt sind zu dieser Tageszeit. Ich weiß nicht warum du diesen wichtig Themen teilweise diesen Pyrrhusdienst erweist.

Ich rede als Schönberger und nicht im Namen der Fraktion. Ich würde das nicht machen weil ich genau weiß, es muss mir zugehört werden, aber in Wirklichkeit sind schon alle am Absprung und geistig zu Hause. Nach der Wahl ist vor der Wahl und ich wünsche mir, wenn die nächsten Wahlen ins Haus stehen, dass wir nicht wieder von euch so viele Anträge haben. Dann tun wir das auch und machen uns einen Spaß daraus. Der Sache dient das, was wir hier seit über einer Stunde haben, fast nicht mehr. Wenn du glaubst, dass das geschieht, sinnvoll und dienlich ist, dann bist du falsch gewickelt.

GR. Schatzmann: Auch ich möchte noch etwas richtigstellen. 2010 sagte der damalige Bürgermeister Dr. Koits folgendes: „Bevor ich zur Abstimmung komme darf ich ihnen zur Information noch etwas berichten. Wir haben schon im Vorjahr, als dieses Projekt angesprochen wurde, die rechtlichen Bedingungen geprüft. Es ist das in den Medien, die im Vorjahr dieses Thema aufgriffen, nachzulesen. Im Rahmen dieser Prüfung wurde eindeutig festgestellt, dass schon aus Gründen des Wasserrechts bzw. des Wasserschutzes eine Genehmigung für eine Nassbaggerung nicht möglich ist bzw. würde eine solche von den zuständigen Behörden nicht erteilt. Daneben gibt es noch Hygieneprobleme etc.“

Diese Dinge wurden schon im Vorjahr geklärt und ich bitte darum, die Ausführungen hierfür nachzulesen. Haben sie das nicht nachgelesen, Herr Mag. Teubl?

GR. Mag. Brenner-Nerat verlässt die Sitzung des Gemeinderates um 19.41 Uhr.

Der Initiativantrag (Anlage 21) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 10 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)
17 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
abgelehnt.

GR. Dr. Csar, GR. Mag. Brenner-Nerat, GR. Haböck und GR. Hufnagl haben die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung

Berichterstatterin Gemeinderätin MMag. Stefanie Rumersdorfer

21.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Baumoffensive
Verf-015-I-22-2019

GR. MMag. Rumersdorfer: Wir haben jetzt noch drei Beiträge zum Klimaschutz und zwei andere Beiträge - dann sind wir auch schon fertig. Wir wollen diese Gemeinderatsitzung tatsächlich nicht in eine Wahlkampfarena umwandeln. Es geht darum, dass alle Parteien sich den Klima und Umweltschutz auf die Fahne schreiben und plakatieren. Wir machen konkrete Vorschläge, dadurch können sie Flagge zeigen.

Bei meinem Antrag geht es um die Pflanzung von 1.000 Bäumen. Auch der Vizebürgermeister Mag. Baier der Stadt Linz sprach von 1.000 Bäumen. Daher sehe ich kein Problem diesem Antrag zuzustimmen, denn ich halte die Diskussion, wer von wem abgeschrieben und wer als erster was oder wie gemacht hat, nicht für zielführend.

Es ist allgemeiner Konsens, dass die Bäume das CO₂ binden. Darüber gab es am Donnerstag eine Dokumentation im Fernsehen, abrufbar in der TVtek. Es wird von den Wissenschaftlern darüber geredet, dass wir in Wirklichkeit schon eine Lösung haben, die nennt sich „Bäume“. Also lassen sie uns diese Bäume pflanzen! Es gibt bereits ein fertiges Baumstadt-konzept und ich hoffe auf eine Finanzierung. Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger und Vzbgm. Huber kündigten im Frühjahr dieses Jahres an, dieses Konzept in diesem Herbst beschließen zu wollen. Jetzt haben wir Herbst - ich hoffe die Finanzierung wird genehmigt, weil wir diese Bäume brauchen. Da schon mehrere Fraktionen für das Thema „brennen“, hoffe ich auf eine positive Beschlussfassung.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Zu diesem Thema hörten wir heute schon sehr viel. Alleine im letzten Jahr pflanzte die Stadt Wels 200 Bäume. Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag in den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Vzbgm. Raggl-Mühlberger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 22) in den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 23 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Hacker war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend. GR. Dr. Csar, GR. Mag. Brenner-Nerat, GR. Haböck und GR. Hufnagl haben die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

22.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Fassaden- und Dachbegrünung
Verf-015-I-23-2019

GR. MMag. Rumersdorfer: Die Fassaden- und Dachbegrünung wurde heute schon erwähnt. Auch in der Klimaschutzliste der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion ist diese Überschrift zu finden. Allerdings wird die Schaffung von Bewusstsein hier nicht ausreichen. Wir brauchen politische Rahmenbedingungen in Form von Förderungen - nicht nur für die Investoren. Es wurden leider viele Umweltförderungen abgeschafft. Wir würden sie gerne in die Liste der Förderungen aufnehmen. Viele Neubauten haben bereits ein Flachdach, bei vielen ist es aufgrund der Statik nicht möglich. Es sollte sich jedoch herausfinden lassen, wo es möglich wäre. Viele Städte machten bereits gute Erfahrungen. Zuletzt wurde diese Förderung auch in der Stadt Linz verabschiedet. Bitte um Diskussion und Beschlussfassung.

GR. DI Haydinger: Ich bin gedanklich noch bei Punkt 20. und sehe die GRÜNEN noch beim FKK-Baden und hoffe, ich bekomme das bis zum Schlafengehen aus meinem Kopf heraus. Wie auch bei den anderen Punkten möchte ich darauf hinweisen, dass diese Dachbegrünung Teil der Richtlinie ist, die sich noch in Ausarbeitung befindet. Deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. DI. Haydinger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 23) in den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 23 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Hacker war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend. GR. Dr. Csar, GR. Mag. Brenner-Nerat, GR. Haböck und GR. Hufnagl haben die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

23.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Erstellung eines Solarflächenkatasters
Verf-015-I-24-2019

GR. MMag. Rumersdorfer: Auch über dieses Thema diskutierten wir heute bereits. Wir müssen die Energieversorgung umstellen. Wir brauchen nicht nur eine Verkehrs- sondern auch eine Energiewende. Aktiver Klimaschutz ist das Gebot der Stunde. In Thalheim hat bei einem Projekt ein Wohnhaus in eine gemeinsame Anlage investiert. Dadurch produzieren sie ihren eigenen Sonnenstrom. Dieses Projekt wurde mit dem Energiepreis des Landes Oberösterreich ausgezeichnet. Die Stadt Wels ist gut beraten mit gutem Beispiel voranzugehen. Wir haben auf der Messehalle 21 eine große Photovoltaikanlage, die von den Bürgern mitfinanziert wurde. Der Andrang und die Zustimmung waren riesengroß. Wieso dieses Erfolgsprojekt nicht erweitern?

Unser Vorschlag wäre Flächen hinsichtlich ihrer Eignung und ihres Potentials für die Solarenergienutzung zu analysieren und aufzuzeigen wo und wie diese Potentiale zugänglich gemacht werden können. In den deutschen Städten Rosenheim und Coburg gibt es entsprechende Solarflächenkataster. Es wird die Wohnadresse eingegeben und auf dem Kataster ist genau ersichtlich, ob mein Haus geeignet ist oder nicht. Mit den Farben grün, gelb und rot ist die Eignung ganz einfach herauszufinden. Außerdem sollen die im Besitz der Stadt Wels befindlichen Gebäude zuerst überprüft werden. Dieser Punkt ist auf der Klimaschutzliste unter Steigerung der Energieeffizienz im Wirkungsbereich des Magistrats zu finden. Ich denke, hier ist eine Zustimmung möglich.

GR. Weidinger: Gerade weil Wahlkampfzeit ist, gebührt es der Respekt jedem zuzuhören und eine Diskussion weiterzuführen. Ich würde über den Solarflächenkataster mindestens eine halbe Stunde reden wollen, aber es fehlt doch ein wenig die Aufmerksamkeit, es lichten sich die Reihen. Deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag in den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Weidinger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 24) in den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 23 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Hacker war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend. GR. Dr. Csar, GR. Mag. Brenner-Nerat, GR. Haböck und GR. Hufnagl haben die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend die Errichtung eines Campingplatzes Wels
Verf-015-I-25-2019

GR. MMag. Rumersdorfer: Lieber Kollege Weidinger, wir kennen uns nicht, aber ich bereite meine Anträge sehr gewissenhaft vor. Die Ein-Zeilenanträge sind oft dem geschuldet, dass darüber diskutiert wird was denn wohl gemeint sein könnte. Deshalb wurde ganz klar formuliert: „Die Stadt Wels errichtet einen Campingplatz“.

Derzeit haben wir 70 Campingplätze in Oberösterreich – keiner davon in der zweitgrößten Stadt des Landes. Wir haben eine Campingmesse und keinen Campingplatz. Nach der Schließung der Jugendherberge gibt es kaum mehr günstige Übernachtungsmöglichkeiten in der Stadt. Ein Campingplatz ist längst überfällig, denn nicht nur Konzert- und Messebesucher, Rucksacktouristinnen sondern auch durchreisende Roma und Sinti könnten davon profitieren. Mehrere Dauerprobleme in der Stadt könnten auf einen Schlag gelöst werden.

Ich gab im Internet „Campingplatz Wels“ ein und die Suchmaschine zeigte mir sofort das Böhse-Onkelz-Konzert an. Das heißt, auch diese Besucher haben nach einem Campingplatz aktiv gesucht. Besucher suchten bis nach Haslach an der Mühl und Vöcklabruck Quartiere, weil in Wels und Umgebung alles ausgebucht war. Es wurde ein provisorischer Caravan-Parkplatz an den Park & Ride-Flächen eingerichtet, jedoch mit dem Hinweis, dass es keine sanitäre Infrastruktur mit Toiletten und Wasser gibt.

Meiner Meinung nach sollten Besucher der Stadt Wels einen Campingplatz vorfinden können, wo diese Infrastruktur gegeben ist, denn ich sehe es als Teil der Gastfreundschaft, wenn sich die zu uns kommenden Menschen auch entsprechend wohlfühlen. Eine sanitäre Infrastruktur ist das Mindeste.

Zur Thematik der Öffnungszeiten: Der Campingplatz Pichlingersee hat von 15. März bis 15. Oktober (7 Monate) – also kein Ganzjahresbetrieb – geöffnet. Außerdem ist die Rezeption nicht zu allen Zeiten besetzt. Vielleicht gibt es eine Möglichkeit der Kofinanzierung mit dem Land oder der Messe Wels bzw. sollte mit den Betreibern des Campingplatzes in Linz über deren Handhabung gesprochen werden. Vielleicht gibt es auch die Möglichkeit, dass jemand privat den Campingplatz betreibt. Kollege Dr. Csar schlug diese Möglichkeit vor. Auf alle Fälle ist es Aufgabe der Stadt einen Campingplatz zu errichten und zur Verfügung zu stellen, denn ein privater Betreiber wird das nicht tun. Die Verpachtung steht auf einem anderen Blatt.

Wir dürfen uns nicht fürchten möglicherweise mit einem Angebot auch eine Nachfrage zu schaffen. Laden wir doch auch die Gäste zu uns ein, die nicht in einem Hotel schlafen können oder wollen. Wels liegt an einem sehr günstigen Verkehrsknotenpunkt und benötigt daher eine geeignete Möglichkeit für Caravans mit einer ordentlichen Infrastruktur. Ich bitte um Diskussion und Beschlussfassung.

Vzbgm. Kroiß: Das Thema Campingplatz gibt es schon so lange wie das Thema Badeseesee. Es gab einmal in der Kalkofenstraße einen Campingplatz. Dieser wurde Mitte

der 80er-Jahre oder Anfang der 90er-Jahre geschlossen. Ganz genau kann das nicht gesagt werden, weil es darüber keine Aufzeichnungen mehr gibt. Vor längerer Zeit diskutierten wir im Gemeinderat die Errichtung eines Campingplatzes. Damals gab Bürgermeister Dr. Koits den Auftrag nach verschiedenen Grundstücken zu suchen, zu finden und zu überprüfen.

Damals wurden Grundstücke an der Grieskirchner Straße nördlich der Autobahn, im Bereich Trabrennbahn, an der Mitterhoferstraße und am Westring geprüft. Auch der Flugplatz wurde als möglicher Campingplatz ins Auge gefasst. All diese Grundstücke wurden überprüft, aber letztendlich gab es keine Entscheidung, weil entweder das Grundstück zu teuer oder die Infrastruktur nicht vorhanden war. Das heißt, letztendlich haben wir keinen Campingplatz in Wels, weil wir keine geeigneten Grundstücke fanden. Das Thema kommt immer wieder. Es gab vor längerer Zeit Überprüfungen, allerdings war es nicht möglich diesen Campingplatz zu realisieren. Die Stadt Wels hat keine geeigneten Grundstücke und es hat sich auch kein privater Campingplatzbetreiber gefunden. Jetzt haben wir dieses Thema wieder und ich glaube, es ist ganz schwierig jemanden zu finden, der einen Campingplatz betreiben möchte.

GR. Scheinecker, BA: Ich bin Wels-West-Anwohnerin und beobachtete mit Spannung wie die Konzertbesucher „angepilgert“ sind. Ganz viele übernachteten im Auto. Wels wird mit großer Zustimmung als Konzertstadt positioniert. Aber bei genauer Betrachtung haben wir einen Mangel an Schlafplätzen. Ich wohne wirklich am hinteren Ende von Wels und selbst hier standen Autos mit darin schlafenden Menschen. Mir persönlich ist das egal. Aber als Stadt, die an sich selbst den Anspruch stellt große Konzerte stattfinden zu lassen, sollte überlegt werden, wie wir die Konzertbesucher beherbergen können.

Wir veranstalten die Campingmesse – das Campen ist ganz groß im Kommen. Auf „willhaben“ werden alte Busse gesammelt. Wir hätten damit neue Besucher und Touristen für diese Stadt, die diese Möglichkeit auch nutzen könnten.

Als nicht unwesentlichen Aspekt würden wir manche Problematik des wilden Campierens einfach anderes regulieren können. Insofern wäre dieser Versuch ein wesentlicher Punkt noch einmal genauer zu schauen, ob wir eine geeignete Fläche finden könnten, um zukünftig viele Probleme von vornherein in den Griff zu bekommen, wenn wir uns Konzertstadt nennen. Das leidliche Thema Roma und Sinti hätten wir dadurch anders im Griff und können insofern den Antrag der GRÜNEN nur unterstützen.

GR. Wiesinger: Liebe Frau Kollegin MMag. Rumersdorfer! Du hast zuerst erklärt, dass die GRÜNEN die Anträge kurz fassen und verständlich sind. Dafür ist dieser Antrag kein gutes Beispiel. Sechs Wörter in einen Antrag zu verpacken und dann zu glauben, es kennt sich jeder aus, ist etwas schwierig. Im Antrag steht: „Die Stadt Wels errichtet einen Campingplatz.“ Sind wir Betreiber oder nicht? Du hast es zwar in deinen Ausführungen erklärt, aber im Antrag ist es nicht ersichtlich. Hat dieser Campingplatz zwei oder tausend Stellplätze?

Das sind alles noch offene Fragen, deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Wiesinger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 25) in den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 23 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Wohlschlager war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend. GR. Dr. Csar, GR. Mag. Brenner-Nerat, GR. Haböck und GR. Hufnagl haben die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

25.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Durchführung einer Elternbefragung zur Kinder-
gartennachmittagsgebühr
Verf-015-I-26-2019

Bgm. Dr. Rabl: Zu diesem Initiativantrag gibt es einen Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wie folgt:

„Der Beschlussantrag möge abgeändert werden und lautet daher folglich:
Die Stadt Wels wird beauftragt eine umfassende Befragung zum Thema Nachmittagsbetreuungsg Gebühr durchzuführen. Es sollen Kindergarten- und Krabbelstubenleitungen, gruppenführende Pädagoginnen sowie betroffene Eltern befragt werden aus welchen Gründen die Kinder von der Nachmittagsbetreuung abgemeldet wurden und wie sich dies sowohl auf die berufliche Situation der Eltern als auch auf die Situation in den Einrichtungen bzw. Gruppen auswirkt.

Bitte diesen Abänderungsantrag in die Diskussion mitaufzunehmen.

GR. MMag. Rumersdorfer: Danke, liebe Daniela für deinen Abänderungsantrag, den nehme ich gerne auf. In der letzten Gemeinderatsitzung besprachen wir, dass es uns ein Warnsignal sein muss, wenn 35 % der Kinder in der Nachmittagsbetreuung abgemeldet werden, denn diese verlieren wir in der wichtigsten Bildungseinrichtung Kindergarten. Leider sind uns die genauen Gründe nicht bekannt. Wir wissen nur, dass in den Kindergärten Herderstraße, Pernau, Neustadt und Noitzmühle die meisten Abmeldungen zu verzeichnen sind.

Ein Nulltarif wäre weiterhin die beste Alternative. Allerdings werden wir mit dieser Forderung nicht durchkommen, daher ist eine Befragung der Eltern notwendig. Wird der Abänderungsantrag mitberücksichtigt, sollen auch die Pädagoginnen miteinbezogen werden. Diese sind die Expertinnen, sie wissen was sie brauchen. So kann die Stadt Wels die Bedürfnisse der Eltern in Bezug auf die Nachmittagsbetreuung zielsicherer treffen.

Wir brauchen ein echtes System der sozialen Gerechtigkeit und keines der Selektion, damit möglichst viele Kinder von dieser professionellen Förderung und Betreuung der Pädagoginnen profitieren. Es gibt Eltern, die wollen es sich nicht leisten und es gibt Eltern, die können es sich nicht leisten. Es ist und bleibt eine wichtige Bildungseinrichtung. Frau StR. Josseck-Herdt kündigte schon an frühestens im nächsten Jahr eine derartige Befragung durchführen zu können. Deshalb stellen wir heute schon diesen Antrag, weil so ein Vorhaben etwas an Vorlaufzeit braucht und im Budget berücksichtigt werden muss.

GR. Mag. Schindler: Wie wir bereits gemeinsam in der letzten Gemeinderatssitzung angemerkt haben, ist Frau StR. Josseck-Herdt eine Befürworterin zur Befragung der Nachmittagsgebühr. Bis heute wurden von der zuständigen Landesrätin, Mag. Christine Haberlander, nur die nackten Zahlen erhoben, wie viele Kinder wirklich abgemeldet sind, aber die zuständigen Personen wurden nie befragt. Dass alleine in Wels 35 % der Kinder abgemeldet wurden, ist wirklich Anlass zur Sorge. Für uns Sozialdemokraten stellen die Kindergärten eine wichtige Grundlage für umfassende Bildung dar, denn frühes Lernen ist besonders für den Erwerb von Sprachen und Sozialkompetenzen von großer Bedeutung. Das sollte uns gerade in Wels ein besonderes Anliegen sein. Aus diesem Grund und weil uns Frauen nur durch ein sicheres Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten auch der Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden kann, treten wir für einen umfassend möglichen Zugang zu dieser Bildungsressource ein.

Anders als die Kollegin MMag. Rumersdorfer möchte ich diese Befragung größer anlegen, denn die betroffenen Kindergartenleiterinnen sowie gruppenführende Pädagoginnen können wirklich Auskunft darüber geben, warum Eltern ihre Kinder abgemeldet haben. Eine rein quantitativ angelegte Befragung wird wahrscheinlich wenig Output liefern und sehr wenig Rücklauf haben. Deshalb bin ich eine Befürworterin, dass auch die zuständigen Pädagoginnen und Leiterinnen befragt werden, damit hier – wenn schon eine Studie erhoben wird – wirklich die Gründe gut eruiert werden. Und damit vielleicht Gründe eruiert werden, die in einer quantitativen Befragung nicht angegeben werden, weil es die Befragten nicht lesen oder nicht angeben wollen.

StR. Josseck-Herdt: Sehr geehrte Frau Kollegin MMag. Rumersdorfer! Der Antrag ist eigentlich schon obsolet, weil wir schon längst daran arbeiten diese Fragen an die Eltern zu stellen. Ich sagte nicht, dass nächstes Jahr eine Befragung stattfinden soll, sondern ich sprach bereits im Juni mit meinen Mitarbeitern in der Kindergartenverwaltung über eine Befragung. In der Gemeinderatsitzung am 01.07.2019 erwähnte ich eine mögliche Elternbefragung, aber zurzeit sind die Ressourcen nicht vorhanden. Das ist am Ende des Kindergartenjahres auch ganz normal.

Mittlerweile haben wir im August die Fragen schon vorbereitet, werden in dieser Woche aufbereitet und sollen dann an die Eltern nach der Eingewöhnungsphase der Kinder gestellt werden. Es ist alles im Laufen und ich werde sehen, ob wir die Befragung der Pädagoginnen noch miteinbeziehen können. Ich kann mir zurzeit nicht vorstellen, dass wir dazu sehr viel Zuspruch von den Mitarbeitern bekommen, weil der Aufwand enorm ist. Gerade zu Beginn des Kindergartenjahres ist es nicht ohne weiteres möglich sie noch mehr mit Arbeit zuzuschütten. Es ist alles im Laufen und es bedarf nicht dieses Antrages.

GR. Wiesinger: Ich sprach mich in der letzten Gemeinderatssitzung schon für eine Elternbefragung aus und stehe dem immer noch positiv gegenüber. Aufgrund des Abänderungsantrages von GR. Mag. Schindler würde ich das gerne noch einmal im Ausschuss diskutieren, ob wir diese Frage nicht in die geplante Befragung implizieren können. Deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Antrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Wiesinger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 26) in den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 24 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Dr. Csar, GR. Mag. Brenner-Nerat, GR. Haböck und GR. Hufnagl haben die Sitzung des Gemeinderates bereits verlassen.

Bgm. Dr. Rabl: Die Tagesordnung ist damit erschöpft - es war eine durchaus langwierige Sitzung. Ich bedanke mich trotzdem für die Aufmerksamkeit, die Sitzungsdisziplin, die Teilnahme und wünsche ihnen noch einen schönen Abend.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 11.11.2019 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.